

DOKUMENTE DES Fortschritts INTERNATIONALE REVUE

.....
**HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR.HERMANN BECK:BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:W₃₅**

.....
**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

.....
**AUSGEGEBEN ANF: DEZEMB.1912
5. JAHR 11. HEFT**



**BERN-
HARD**

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH DEM RECHTSLEBEN GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK GEKENNZEICHNETEN
ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-WILMERSDORF,
PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

UNVERLANGTE MANUSKRIPTE WERDEN NUR ZURÜCKGESANDT, WENN IHNEN RÜCKPORTO
BEILIEGT.

Die Rolle der Gewalt in den Konflikten des modernen Lebens	795
WALTHER SCHÜCKING, Professor der Rechte in Marburg: Das Statut des Haager Staatenverbandes	808
Justizrat GERHARD, Berlin: Neue Entwicklungen in der deutschen Versicherung	812
Professor Dr. ALFRED MANES, Berlin: Die deutsche sozialpolitische Angestellten- versicherung	818
Amtsgerichtsrat Dr. KÖHNE, Berlin: Der Stand der Jugendgerichtsbewegung in Deutschland	823
Landrichter Dr. ERNST SONTAG, Berlin: Die Vorarbeiten zu einem neuen deut- schen Reichsstrafgesetzbuche	828
Dr. FELIX REGNAULT, Paris: Die Selbstverteidigung der Gesellschaft gegen das Verbrechertum	835
Chronik	837

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Synthetische Weltkultur	841
--	-----

POLITISCHE ENTWICKLUNG:

Dr. CHARLES RICHEL, Professor an der Universität Paris, Präsident der franzö- sischen Friedensgesellschaft: Die Kosten eines europäischen Krieges	846
STOYAN MARKOVICH: Die albanische Frage	848
MIKAËL WARANDIAN: Die türkische Krise in ihrer Beziehung zum armenischen Problem	850
Dr. ERNST CRUŽKA, Lundenburg in Mähren: Neue Entwicklungstendenzen im Deutsch-Österreichischen Volke	854
Chronik	856

SOZIALE ENTWICKLUNG:

GEORG SCHMIEDL, Wien: Das Lehrerinnen-Zölibat in Österreich	859
J. SENGBUSCH, Riga: Antialkohol-Unterricht in Riga	861
Chronik	867

TECHNISCHER UND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT:

Chronik	867
---------------	-----

BILDUNGSWESEN:

EINAR BÖÖK, Helsingfors: Kommunale Arbeiterbildung in Finnland	869
Chronik	871

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

DIE ROLLE DER GEWALT IN DEN KONFLIKTEN DES MODERNEN LEBENS.

Eine Rundfrage.

IN den verschiedensten Sphären des modernen Lebens scheint uns überall dort, wo Gegensätze nach Entwirrung ringen, eine Antithese stets klarer hervorzutreten: die nämlich zwischen einer Entscheidung durch das Recht des Stärkeren (sei es auf dem Wege physischer, sei es auf dem wirtschaftlicher Gewalt) und einer Schlichtung, die höheren Billigkeitsgesichtspunkten entspricht.

Dieser Gegensatz beherrscht die Beziehungen zwischen den Völkern: Sollen ihre Konflikte durch den Krieg, der den Stärkeren zum Siege führt, oder durch einen internationalen Schiedsgerichtshof nach Regeln des Völkerrechts geordnet werden?

Die gleiche Frage schwebt über den Gegensätzen der sozialen Klassen: Sollen Streik und Aussperrung, über alles Gemeininteresse hinweg, der stärkeren ökonomischen Gruppe augenblicklichen Vorteil geben — oder sollen höhere Gesichtspunkte, durch das Gesetz oder industrielle Schiedsgerichtshöfe vertreten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln? — Die Problemstellung ist in beiden Fällen genau die gleiche; die Lösung scheint mir für beide identisch zu sein, wenngleich dies heute noch von fast jedermann in paradoxer Weise verkannt wird, wenngleich gerade manche der wärmsten Freunde des Schiedsgerichtsgedankens, leidenschaftlichste Gegner des Krieges, sonderbarerweise den Streik, der ja eine organisch durchaus wesensverwandte Form ist, billigen. Andere wieder verurteilen den Streik, aber sie preisen den Krieg zwischen den Völkern als Jungbrunnen neuer Kraft.

Diesem Chaos der Meinungen gegenüber schien es uns von Wert, durch eine Nebeneinanderstellung beider Probleme die notwendige Identität beider Gesichtspunkte erkennen zu lassen und zu zeigen, daß eben in beiden Fällen die Frage auf dem Spiel stehe, ob die Menschheit sich ihrer inneren Notwendigkeiten hinreichend bewußt geworden ist, um sich dem blinden Walten des Daseinskampfes, der ihre tierischen Vorgänger wie auch ihre eigenen Anfänge beherrschte, zu entziehen und ihre Angelegenheiten planvoll zu ordnen.

Aus diesem Wunsche heraus schien es uns entsprechend, die Frage: „Gewalt oder Schiedsgericht“ einer größeren Anzahl von berufenen Vertretern der verschiedenen Klassen und Völker vorzulegen.

Um noch umfassender zu sein, glaubten wir drei andere Probleme, mit den beiden Hauptfragen indirekt verwandt, gleichfalls zur Diskussion stellen zu sollen: Die Fortentwicklung der sozialen Verhältnisse durch Gesetz oder Revolution, die Schlichtung von Ehrenkonflikten durch Schiedsgericht oder Duell, die Sühnung von Verbrechen durch geordnete Justiz oder Selbsthilfe (Lynchjustiz). Wohl waren wir uns darüber klar, daß viele Persönlichkeiten etwa die Selbsthilfe in der Form des Duells und der Lynchjustiz verwerfen, in der Form des Streiks oder der Revolution befürworten, in der des Krieges ablehnen würden und umgekehrt. Aber gerade der subjektive Zwang, nach allgemeineren Gesichtspunkten für die Motivierung dieser verschiedenen Beantwortung einer wesensverwandten Frage zu suchen, schien uns geeignet, manchen Trugschluß aufzudecken und dem Vorurteil zu begegnen.

Es erschien uns auch von Wert, diese scheinbar einander fernen Probleme zusammenzufassen; gerade weil sie zum Teil verschiedenen Entwicklungs-epochen der Menschheit angehören und weil die Lösung der einfacheren Probleme bzw. die nahezu völlig erzielte Einstimmigkeit ihrer Beantwortung zur Erkenntnis führen dürfte, daß auch die schwierigeren bzw. einer späteren, in die Zukunft hineinragenden Entwicklungsepoche angehörigen Problemstellungen dereinst ebenso rein gelöst werden würden.

Wir denken da speziell an den Gegensatz zwischen geordneter Rechtspflege und Lynchjustiz, von dem wir voraussahen, daß die erdrückende Mehrheit aller europäischen Persönlichkeiten, denen die Frage vorgelegt werde, sich auf den Boden der in Europa abgeschlossenen Geschichtsentwicklung stellen, der geordneten Gerichtsbarkeit den offenbar verdienten Vorzug geben würde. Demgegenüber darf natürlich nicht vergessen werden, daß gerade dieses Problem für das Mittelalter das dornigste aller sozialen Probleme gewesen ist, daß Jahrhunderte sich vergebens um eine dauerhafte Treuga Dei, um einen Ersatz des Faustrechts durch allgemeine Gerichtsbarkeit bemühten, daß die Wahrung der Gerichtshoheit über Konflikte zwischen den Einzelnen damals genau so als Utopie angesehen wurde wie heutzutage die Herstellung einer Gerichtshoheit über den Völkern.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß in den Südstaaten der amerikanischen Union die Lynchjustiz gegenüber den Negern noch heute auch von den kultiviertesten, sozial höchststehenden Kreisen der weißen Bevölkerung als eine Notwendigkeit, als eine — der angeblich zu langsamen ordentlichen Gerichtsbarkeit überlegene — Maßnahme gepriesen wird. Naturgemäß muß jede Analyse dieses paradoxen Standpunktes zu größerer Klarheit über die Wichtigkeit der Gegenargumente führen, die für ordentliche Gerichtsbarkeit sprechen — und damit indirekt die Schlagkraft des gleichen Gedankens, wenn auf Konflikte zwischen sozialen Klassen und Völkern angewendet, darlegen.

Aus all diesen Gesichtspunkten heraus schien es uns von Wert, eine internationale Rundfrage über die Rolle der Gewalt in den Konflikten des modernen Lebens zu veranstalten und deren Ergebnisse gleichzeitig in den Dokumenten des Fortschritts und den Documents du Progrès zu veröffentlichen. Bei der Aussendung der Fragebogen wurde vor allem darauf Rücksicht genommen, nicht nur alle philosophischen und soziologischen Standpunkte, sondern auch alle spezifischen Kompetenzen bezüglich Beurteilung der einzelnen Teilprobleme und alle von spezieller geschichtlicher Tradition diktierten Anschauungen der verschiedenen Völker des Erdkreises zu sammeln. Daß sich aus dieser Nebeneinanderreihung der verschiedenen Ansichten irgendwelche präzise Mehrheitsbildung zugunsten des Prinzips ordnender Gerechtigkeit ergeben werde, war allerdings durch die Art und Weise der Veranstaltung ausgeschlossen; dem Leser muß es selbst überlassen bleiben, aus dem Gegensatz all dieser Gesichtspunkte, aus der Widerlegung der Gewalttheorie des einen in dieser Sphäre durch die Theorie des andern, der sie für seine eigene Sphäre beibehält, für die des ersten aber von sich weist, die entsprechenden logischen Schlüsse zu ziehen.

Immerhin sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gesichtspunkte, welche der Redaktion dieser Zeitschrift vorschweben, nur in diesen einleitenden Worten wiedergegeben werden, daß wir uns jedoch weder mit irgendwelchen der einander widerstrebenden Meinungen der von uns befragten

Persönlichkeiten noch mit den Folgerungen am Schlusse der Rundfrage solidarisch fühlen können.

Nach Feststellung dieser notwendigen Gesichtspunkte ist es uns eine angenehme Pflicht, unseren Zoll aufrichtigsten Dankes jenen Persönlichkeiten darzubringen, welche uns in aufopfernder und uneigennütziger Weise in der schwierigen Arbeit der Enquête unterstützt haben, vor allem Herrn Is. Polako-Paris, der sich durch die Anordnung unserer Fragebogen, durch die Auswahl der zu befragenden Persönlichkeiten unter den Vertretern aller ideellen Strömungen, unter den an irgendeinem der Teilprobleme speziell interessierten Personenkreisen, das entscheidende Verdienst an der Sammlung so vieler bemerkenswerter Ansichten erworben hat; ferner Herrn Descamps, welcher durch seine Ordnung der eingelaufenen Antworten, durch die kritische Analyse derselben in seinem Schlußworte vermöge der exakten Methode der von ihm geleiteten Société de la Science Sociale unsere Problemstellung klärte und vertiefte. Ferner danken wir all den vielen Freunden von nah und fern, welche uns durch Nennung der für Versendung unserer Bogen in Frage kommenden Persönlichkeiten bzw. durch Beantwortung unserer Fragen einen großen Dienst geleistet haben.

Im nachfolgenden sei zunächst der Text des Fragebogens und seien daran anschließend die einzelnen Antworten in peinlicher Wahrung von Inhalt und Form der einzelnen Thesen mitgeteilt.

Für die Redaktion der Dokumente des Fortschritts,

R. Broda.

Text der Rundfrage.

Wenn wir das Leben der Völker und der Menschen überschauen, können wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Gewalt in ihren verschiedenen Formen (als Krieg, Streik und Duell) immer wieder zur Entscheidung der Konflikte, die zwischen den Nationen, den sozialen Klassen und den Menschen selbst entstehen, berufen wird. Wir glauben, daß es von wesentlichem Interesse wäre, die Ansicht berufener Personen darüber kennen zu lernen, ob diese Rolle der Gewalt als eine wohlthätige angesehen werden kann, ob wir mit Darwin den Kampf ums Dasein als wesentlichen Hebel jedes Fortschritts betrachten müssen, oder ob es vielmehr möglich und ratsam wäre, andere Mittel und Wege zur Entscheidung aller Konflikte zu suchen, die Gewalt als Schiedsrichterin durch gesetzliche Einrichtungen zu ersetzen.

Von diesem Gedanken ausgehend erlauben wir uns, Ihnen die nachstehenden Fragen zu unterbreiten:

1. Erscheint Ihnen die Gewalt: Krieg,
Revolution,
Streik,
Lynchjusti,
Duell,
usw.

als das beste Mittel zur Entscheidung ökonomischer, politischer und persönlicher Streitpunkte?

Wenn ja:

2. Welches sind die Vorteile für die Gesamtheit, welche die Wertzerstörung, die offenbare Schädigung der einzelnen durch die oben genannten Akte aufwiegen?

Wenn nein:

3. Welche Formen der Regelung durch Schiedsgerichte oder andere Arten gesetzlicher Entscheidung schlagen Sie zum Ersatze der Gewaltmittel vor?

Wir legen die gleiche Frage berufenen Vertretern aller Nationen, aller Klassen, aller politischen und geistigen Strömungen vor und haben die Absicht, die Antworten derselben in zwei Bänden, deren einer in deutscher, deren anderer in französischer Sprache erscheinen wird, zu veröffentlichen.

Wir erlauben uns, an Sie die Bitte um freundliche Antwort an unser Hauptbureau: 59, Rue Claude-Bernard, Paris, zu richten und lassen Ihnen völlige Freiheit, ob Sie über alle obengenannten Punkte oder nur über einige derselben, ob Sie in eingehender Ausführung oder in knapper Präzisierung antworten wollen.

Antworten.

Dr. Osman Ghaleb Bey, früh. Dekan der medizinischen Fakultät an der Universität Kairo:

Statt einer direkten Antwort möchte ich bloß meine Auffassung der Frage im allgemeinen wiedergeben. Meine Ausführung dürfte ein Widerspiel der Empfindungen sein des Volkes, das mich gezeugt hat: eines selbstbewußten Volkes, das in fremdem Joch schmachtet.

In meiner Jugend glaubte ich an die Gerechtigkeit und Moral der modernen Zivilisation; alt und erfahren, wie ich jetzt bin, bemerke ich Heuchelei und die Begierde nach Vergewaltigung des Schwächeren bei jeglichem Eintreten für menschliche Interessen.

England, das als einer der zivilisiertesten und moralisch höchststehenden Staaten der Erde gilt, ist gleich ein Beispiel dafür. Sein Werk ist es, aus den Kindern eines Landes, dem es „die Zivilisation bringen“ will, Sklaven zu machen und eine einige Bevölkerung unter sich in Parteien zu spalten und gegenseitigen Haß zu säen.

Auch alle andern europäischen Staaten — wo immer sie kolonisieren — machen es so.

Im Innern der „zivilisierten“ Staaten herrscht genau dasselbe Übergewicht des Stärkeren, und es ist noch dazu durch Sitte und Gesetze geheiligt.

Ich glaubte ehemals an eine friedliche Lösung der Frage meines Landes; heute halte ich sie für ausgeschlossen, leider! Ist die Politik nicht ein Gewebe von Lug und Trug in der Hand des Stärksten? Alles schrumpft zusammen in eine Machtfrage unter einem Mantel gefälschter Moralität.

In jenen zivilisierten Ländern, wo die ausgebeutete Klasse dazu gelangt ist, sich wenigstens zu organisieren, wird den Ungerechtigkeiten der Oberklasse durch planmäßige Gewaltmaßregeln von unten gesteuert.

In unseren unglücklichen Gebieten, wo der Ausländer Herrscher ist, gibt es eine derartige Organisation nicht. Um die Völker sich dienstbar zu machen, hält man sie ja in völliger Uneinigkeit. Wollten sie sich rühren, wären Kugeln aus den Geschützschlünden der Okkupationsarmee und denjenigen ihrer verblendeten Landesbrüder die Antwort. Um uns also zu verteidigen oder besser, um uns zu rächen, sind wir angewiesen auf jene Formen der Gewalt, die von den Machthabern als unmoralisch hingestellt werden.

Wenn z. B. eine Armee eine ganze Bevölkerung hinmetzelt zur Strafe, daß sie ihr Land verteidigt oder nach Gerechtigkeit gerufen oder eine freiheitliche Konstitution verlangt habe, so heißt dieses Schlachten: die Ordnung und Ruhe wiederherstellen. Wenn in der Empörung sich eine Hand bewaffnet und einen Tyrannen niederstreckt, heißt das Meuchelmord und Feigheit.

Ich muß den Schluß ziehen, daß meiner Überzeugung nach die Gewalt unter ihren verschiedenen Formen vorläufig der einzige wirksame Faktor zur fortschrittlichen Entfaltung der sozialen Organismen ist: vor allem bei der Lösung so schwerwiegender Probleme, wie die Befreiung unterdrückter Völker eines ist.

Wird es hierfür niemals friedliche Wege geben? Die Zukunft allein kann es lehren. Jedenfalls glaube ich an solche niemals für lange Zeit.

Die Wahl einer Spezialform der Gewalt hängt von den Umständen, dem Milieu, den Stärke- oder Schwächeverhältnissen ab, von der Solidarität und Einigkeit der einzelnen Teile einer Gesellschaft oder endlich ihrer durch den Ausbeuter lebhaft geschürten Zwietracht.

In diesem allgemeinen, doch ungleichen Kampfe darf die Opferung der Einzelnen nicht zählen. Es wird stets Verluste auf beiden Seiten geben, die billigeren selbstverständlich auf seiten des Stärkeren; aber der Schwächere darf sich doch niemals für überwunden geben angesichts der Vielfältigkeit der ihm zu Gebote stehenden Gewaltmöglichkeiten. Vielleicht aus bloßer Ermüdung am Kampfe wird der Stärkere schließlich nachgeben?

In diesem Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit muß das Wort des arabischen Dichters uns gegenwärtig sein: „Der Mensch muß leben für das Glück anderer, und der Krieger muß siegen, damit der Ruhmeslorbeer von den kommenden Geschlechtern gepflückt werde.“

* * *

Dr. Gustav Ratzenhofer, Gmunden:

Zwei Mittel standen seit jeher Individuen und sozialen Gruppen für ihre Zwecke zur Verfügung: Vertrag und Gewalt. Kompromiß und Gewalt sind die Formen aller Politik. Ob dieses oder jenes Mittel zur Anwendung gelangt, dafür ist maßgebend das Grundgesetz aller menschlichen Tätigkeit, nämlich das ökonomische Prinzip, den angestrebten Erfolg mit dem geringsten Opfer zu erreichen. Kampfkosten und der Preis friedlicher Vereinbarung werden gegeneinander abgewogen und danach entscheidet sich die Frage: Krieg oder Frieden?

Wenn arme Nomaden auf reiche Stämme stießen, die zur Teilung gern bereit waren, gab es für sie nur ein Mittel, sich in den Besitz der erstrebten Kulturgüter zu setzen: die Gewalt. So ist Gewalt als Mittel der Interessenbefriedigung eine durchaus natürliche Erscheinung, die aus dem Tierreich über das Leben der Urmenschen in die Kultur hereinreicht.

Die Kultur schafft neue Kampfpreise und neue Kampfmittel, fördert also zunächst die Gewalt. Andererseits führt die Verstandesentwicklung dazu, den wertezerstörenden Kampf dort zu vermeiden, wo sein Ausgang vorhersehbar ist: es wird ein Kompromiß auf der Basis des wahrscheinlichen Kampfergebnisses geschlossen. Die Kriege sind seltener geworden, nicht nur, weil sie bei höherer Kultur härter empfunden werden, sondern weil es zum Vergleich der gegenseitigen Kräfte nicht erst der Schlacht bedarf. So entstand der bewaffnete Friede.

Die Gewalt ist und bleibt aber eine dauernde Funktion des sozialen Lebens. Staat und Rechtsordnung, Schöpfungen der Gewalt, können ohne Gewalt nicht bestehen. Im Innern hängt die Zivilisation von der bewußten Gewaltanwendung der sozialen Autorität zugunsten der Gesamtinteressen gegen die Gelüste der Gewissenlosen ab. Denn es wird immer Menschen geben, die ihren Vorteil ohne Rücksicht auf ihre Umgebung suchen. Die Gesellschaft kann darum der Polizei und des Strafrechts nicht entbehren. Ja, es ist anzunehmen, daß sich die Gesellschaft, welche den Kampf gegen sozialfeindliche Individuen heute mit wenig Energie und mit minimalem Erfolge führt, sich noch zu weit stärkeren Gewaltmitteln wird aufrufen müssen als bisher. Die Fähigkeit zu energischer Gewalt auf sittlicher Grundlage ist eine Fundamentalforderung der Zivilisation. Denn der Kampf für die Freiheit der Rechtlichen wird dank der Skrupellosigkeit der Gesellschaftsschädlinge stets ein Gewaltkampf sein.

Aber auch für Gewaltanwendung im großen, die Kriege, sind dauernde Gründe vorhanden. Die Interessengegensätze der Kulturvölker auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik sind reine Machtfragen.

Bei untergeordneten Konfliktsanlässen mag das Interesse der Wertschonung dazu führen, den Streit durch Vertrag oder Unterwerfung unter einen Schiedsspruch zu schlichten. Aber keine Moral und kein historisches Recht wird einen Stärkeren dazu bewegen, auf einen sicheren Erfolg gegen einen schwächeren Gegner zu verzichten, oder einen Schwächeren dazu bewegen, vitale Interessen zu opfern, so lange Gewaltanwendung noch einen Erfolg verheißt.

Ja, es ist von dem Gesichtspunkte der Menschheitsentwicklung moralischer, durch Gewalt eine Neuordnung der staats- und völkerrechtlichen Beziehungen zu schaffen, statt Zustände, die dem natürlichen Kräfteverhältnis widersprechen, aufrechtzuerhalten. Denn auf dem Siege des Gesunden, Kräftigen über das altersschwache historische Recht beruht der sittliche und kulturelle Fortschritt.

Innere und äußere Ordnung, der Rechtszustand und das friedliche Konzert der Mächte beruhen schließlich auf derselben Wurzel: auf der realen Macht, die zu ihrem Schutze bereitsteht. Langjährige friedliche Übung läßt Gewaltanwendung entbehrlich erscheinen und im Verein mit andern psychologischen Momenten ein Rechtsgefühl entstehen, das der Friedensordnung eine selbständige Autorität zuschreibt. Aber der praktische Staatsmann wie der Soziologe weiß den Schein vom Wesen zu trennen. Den Verlust der Wehrkraft würde ein Kulturvolk mit seiner Ausschaltung aus dem Kreise der respektierten Völker, die zivilisierte Menschheit mit dem Triumph anarchischer Unkultur bezahlen.

Die Fragen des Rundschreibens sind nach den österreichischen Soziologen Gumpowicz und Ratzenhofer zu beantworten wie folgt:

I.

Die zur Gewaltanwendung bereitstehenden Kräfte sind die einzigen natürlichen und inappellablen Mittel zur Entscheidung politischer Streitpunkte, zu denen insbesondere auch wirtschaftliche Differenzen zwischen den Staaten gehören. Daran können weder Humanität und moralischer Fortschritt noch die Ansichten der Gelehrten oder der weitesten Kreise über die Eignung der Gewalt zur Entscheidung von Streitpunkten etwas ändern;

denn die politischen Kräfte wirken wie alle andern Naturkräfte unabhängig von menschlichen Theorien.

Allein mit steigender Kultur wird die wirkliche Anwendung der Gewaltmittel immer seltener, weil das wirtschaftliche Prinzip dazu drängt, das voraussichtliche Kampfergebnis vorwegzunehmen und friedliche Verträge auf der Basis des Kräfteverhältnisses zu schließen. 1. In der äußeren Politik wird die Existenz verschiedener Nationen, welche durch wirtschaftliche und rassenmäßige Zusammenfassung rivalisierende Einheiten mit verschiedenen Traditionen und verschiedenen Interessen geworden sind, die Bedeutung der Kriegsrüstung als ultima ratio so lange erhalten, als es verschiedene Nationen gibt. 2. Im Innern des Kulturstaates soll die kolossale Überlegenheit der öffentlichen Autorität über die Feinde der Ordnung jeden Kampf als aussichtslos ausschließen. Die Erhaltung dieser Kraftüberlegenheit, im Notfalle die Ausnutzung derselben im Interesse des Gemeinnutzens ist ein Postulat der Zivilisation. 3. Wenn innerhalb eines Staates das System der überkommenen Rechte der Ausgestaltung zugunsten emporkommender sozialer und wirtschaftlicher Gruppen hartnäckig widerstrebt, kann und wird nur Gewalt oder Gewaltdrohung die Anpassung der Rechte an die natürlichen Kräfte bewirken (fortschrittliche Revolution).

II.

Gewaltanwendung zerstört Kulturwerte. Angst vor dieser Zerstörung ist der Grund des drückenden, waffenstarrenden Friedens. Die Rüstungen entziehen große Wertsummen der kulturellen Arbeit. In dieser Beziehung kann bessere Einsicht in das Wesen der Wehrkraft Erleichterung bringen. Oft wird nämlich durch eine Überspannung der Schlagfertigkeit, d. h. der unmittelbaren Kriegsbereitschaft, die Fähigkeit des Volkes zu dauernden Gewaltanstrengungen beeinträchtigt. Allein in letzter Linie ist Gewalt das einzige Mittel zur Lösung diametraler Interessengegensätze. Nur Gewalt kann entscheiden, welches Interesse zur Befriedigung gelangt und welches schweigen und untergehen muß. Die Kriege bringen nach einem Meer von Jammer eine Neuordnung der Länderkarte, den Sieg des Starken, Lebensfähigen und Lebenswürdigen über das Kranke und Niedergehende. Der Volkskrieg ist Völkergericht. Auch in der Politik ist Kampf ums Dasein Mittel der Auslese und der Entwicklung. Gewaltsame Beseitigung lebensunwürdiger Herrschaftsverhältnisse leitet allen Fortschritt ein. Die Scheu vor der Gewalt zur rechten Zeit ist eine wesentliche Ursache des trägen Verlaufes der Zivilisation.

III.

Nach dem Vorstehenden haben Krieg und Kriegsrüstung nach außen, Gewaltanwendung gegen subversive Tendenzen im Innern und dort, wo die Staaten noch nicht zu einer gesunden Entwicklung ermöglichenden politischen Freiheit gediehen sind, sogar die Revolution einen dauernden Wert als Mittel des zivilisatorischen Fortschrittes. Anderes scheint vom Duell zu gelten, der gewalttätigen Entscheidung sogenannter Ehrenhändel zwischen Privaten. Gleichwohl ist auch das Duell nicht ohne zivilisatorischen Wert, insofern es ein Mittel zur Erhaltung der Charaktere ist. Die Existenz kraftvoller Persönlichkeiten ist neben dem Gemeinnutz die zweite Voraussetzung zivilisatorischen und moralischen Fortschritts. Dieser beruht auf einer Verbindung von Sozialisierung der niederen und Individualisierung der höheren Triebe. Es ist nun naheliegend, daß die gesellschaftliche Hilfe zu plump ist,

um bei Ehrverletzungen den Anforderungen höchstentwickelter Persönlichkeiten zu entsprechen. Das starke Individuum fühlt das Bedürfnis, die höchste Interessensphäre seines Privatlebens, die Ehre, ohne Einmischung fremder Kräfte durch eigenen Mut zu schützen. Es wäre nicht ohne Nachteil, wenn dem Individuum gestattet wird, sich nach jeder Richtung auszuleben, gleichzeitig ihm zu verwehren, die Verantwortung für sein Handeln mit Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit zu tragen.

Unsere Duelle fordern bei weitem nicht so viel Todesopfer als unsere Tunnelbauten. Sie stellen aber ehrverletzende Worte und Handlungen unter die Gefahr des Zweikampfs und fördern so die Respektierung der Menschenwürde, was mehr wert ist als eine Zugsverbindung. Das Duell auf der Basis geläuterter Ehrbegriffe reiht sich daher in das System gemeinnütziger Institutionen.

IV.

Der intellektuelle Verkehr der Nationen und die geistige Bildung der politisch Maßgebenden lehren die Völker fremde Kräfte schätzen und ihre politischen Aspirationen auf das Maß des Durchsetzbaren einzuschränken; hiermit werden Kriege vermieden. Schiedsgerichte und Friedenskongresse vertagen die Streitpunkte, statt sie zu schlichten. Die gehäuften Konfliktsanlässe führen schließlich zu einem katastrophalen Kriege. —

Moralische Bildung und das Ansehen von Ehrengerichten vermögen das Duell zu einem Ausnahmemittel gegen selten gewordene Exzesse zu machen.

*

*

*

Jacques Novicow (Odessa) †:

Sie gehen von der Tatsache aus, daß „die Gewalt oftmals berufen sei, die Konflikte zwischen den Völkern, den Klassen und den Individuen zu schlichten“. Daß die Gewalt hierzu berufen werde, ist unbestreitbar; aber ob sie ihrer Aufgabe auch gewachsen sei, ist eine andere Frage. Nie und nimmer kann die Gewalt Konflikte regeln, sie kann sie nur hervorrufen und ausdehnen. Die Gerechtigkeit allein verhindert Konflikte.

Ein sozialer Konflikt, eine sogenannte „Frage“, ist eine Massenkrankheit. So lange ein Organ im menschlichen Körper anstandslos seine Schuldigkeit tut, so lange wird der Mensch sich dieses Organs nicht bewußt. Erst wenn das Organ nicht mehr richtig funktioniert, wenn ein Schmerz sich einstellt, erlangt es Bedeutung im Bewußtsein. Die aufgeworfene „Frage“ und ein pathologischer Zustand sind also verschiedene Namen für wesensverwandte Dinge.

Was von der Gesamtheit der Zellen eines Lebewesens gilt, das gilt auch von der Gesamtheit der Individuen, die einen Staat bilden. Es gibt keine „normannische Frage“. Die Normannen werden andern Stämmen des gleichen Landes gegenüber nicht benachteiligt. Alle sozialen Funktionen wickeln sich in der Normandie regelrecht ab. Die Normannen wünschen nicht, sich von ihren Staatswesen abzutrennen, sich zu ihm in politischen Gegensatz zu bringen. Also, sie sind zufrieden mit ihren gegenwärtigen Verhältnissen; diese Verhältnisse sind normale.

Anders ist es mit Elsaß-Lothringen. Eine große Anzahl seiner Einwohner leidet unter seiner gewaltsamen Annexion von 1871. Sie sträuben sich gegen

die deutsche Oberherrschaft. Wo aber ein Leiden besteht, liegt Krankheit vor. Und weil Elsaß-Lothringen sich in einem krankhaften Zustande befindet, darum gibt es eine „Elsässische Frage“.

Ebenso wenn im Schoß einer Gesellschaft eine Klasse ungerechte Privilegien besitzt, entsteht eine „Frage“, da jene, welche diese Vorrechte bezahlen, leiden. Auch hier ein Fall sozialer Krankheit. Ist aber vor dem Gesetze die Gleichheit aller Bürger hergestellt, so leidet niemand mehr durch die Privilegien anderer, die „Frage“ verschwindet.

Was vermag die Gewalt? Sie kann die Menschen nur zu Dingen zwingen, die ihrem Willen entgegengesetzt sind. Die Elsässer z. B. wollten sich 1871 nicht von Frankreich trennen. Die Gewalt der Deutschen hat sie dazu gezwungen. Indem jedes Individuum das zu tun bestrebt ist, was in seinem Interesse liegt, so ist die Gewalt nur dazu da, gewisse Individuen in Gegensatz zu ihren Interessen zu bringen. Die Gewalt dient also zur *Vergewaltigung*, zu sonst nichts. Da aber Vergewaltigung wehtut und eine allgemeine Schmerzhaftigkeit eben einen Konflikt bedeutet, so kann die Gewalt niemals dazu da sein, den Konflikt zu bekämpfen. Wenn hingegen, um eine Differenz zu regeln, eine Vereinbarung gefunden wird, die beiden Parteien annehmbar erscheint, so verschwindet das Leiden auf beiden Seiten zugleich. Der sozial-pathologische Fall verschwindet ebenfalls. Gewalt ist hierzu ganz unfähig, denn das Opfer leidet durch sie.

Nun zur Frage selbst:

„Glauben Sie, daß der Fortschritt auf dem Wege der Gewalt am besten erreicht werden könne?“

Fortschritt und Gewalt sind zwei Gegensätze wie Licht und Finsternis. Wo Gewalt ist, ist nicht Fortschritt. Der Fortschritt ist die immer innigere Beziehung des Individuums zur äußeren Welt. Unmittelbar durch die Sinnes-eindrücke bilden wir uns eine gewisse Vorstellung vom Universum. Wäre der Einklang zwischen der äußeren Welt und dieser Vorstellung ein vollkommener, dann würden wir die ganze *Wahrheit* kennen, wären allwissend, wären Gott. Doch wohlgemerkt steht jener ungeheuren Zahl von Phänomenen, die das Universum ausmachen, nur der winzige Bruchteil jener Phänomene, die uns zu erkennen gegeben ist, gegenüber. Es besteht daher eine sehr schwache Wechselbeziehung zwischen dem Individuum und der Welt, und das Bild, das wir uns vom Universum machen, entspricht offenbar nur wenig der Wirklichkeit. Jeder Schritt aber, der diese Wechselbeziehung vertieft, ist Fortschritt. Der Gipfel des Fortschritts wäre die Allwissenheit. Jede reine Erkenntnis, die wir gewinnen, ist ein Aufstieg zu diesem Gipfelpunkt.

Nach dieser passiven Wechselbeziehung (die sich von außen nach innen richtet), gibt es auch eine aktive (die von innen nach außen wirkende), die Anpassung des Milieus an die menschlichen Bedürfnisse, d. i. die wirtschaftliche Produktion.

Alle Frühjahre sprießt das Gras von selbst auf den Wiesen, aber der Mensch kann Gras nicht essen. Er sät also Getreide. — Die Winterkälte macht uns leiden. Wir bauen heizbare Häuser. Wir modifizieren förmlich das Klima unseres Planeten damit, wir passen unser physikalisches Milieu unseren Bedürfnissen an. Wenn der ganze Erdball unseren Wünschen gemäß einmal umgewandelt sein wird, wird er weder eine unfruchtbare Steppe noch einen unverwerteten Sumpf mehr aufweisen.

Jede Annäherung zu diesem Höchstpunkte des Reichtums ist Fortschritt.

Die passive (wissenschaftliche) wie die aktive (produktive) Wechselbeziehung zum All können nur durch Arbeit erzeugt werden. Um in der Mathematik, Chemie, Geographie weiterzukommen, muß man arbeiten. Um Getreide, Kleider und Häuser zu haben, muß man arbeiten. Die Gewalt kann also in keinem Falle dem Fortschritt dienen, denn die Gewalt verhindert am Arbeiten. In der Tat, die Gewalt kann sich nur unter zwei Formen vollziehen: der Menschenmord — sei er einzeln, sei er zahlreich — und der Raub (die Aneignung fremden Gutes). Es ist klar, daß, wer umgebracht wurde, nicht mehr arbeiten kann; und wenn einer verstümmelt ist, kann er auch nicht so gut arbeiten wie ein Gesunder. Die Zeit, die Peter braucht, um Paul zu töten, geht ebenfalls der Arbeit verloren. Auch die Zeit, in der Paul sich verteidigt, geht verloren. Das gleiche bei der Verstümmelung, beim Raub.

Man muß bedenken, daß der Menschenmord fast durchwegs die Beraubung zum Ziele hat. So lehrt auch die Erfahrung, daß wachsender Allgemeinreichtum erhöhte Sicherheit bedeutet. Es ist dies eine soziologische Erkenntnis, die keine Ausnahme duldet. Nie und nimmer jedoch sah man eine anarchische Gesellschaft gedeihen. Der Fortschritt steht immer im umgekehrten Verhältnis zur Gewalt. Das trifft auch aus einem andern Gesichtspunkte zu. Der Fortschritt besteht in einer Einwirkung des Menschen auf das physikalische Milieu; die Gewalt aber befaßt sich nicht mit dem physikalischen Milieu; jene Tat heißen wir die Arbeit. Die Gewalt ist eine Einwirkung des Menschen auf den Menschen.

Was manchmal glauben machen will, daß der Fortschritt mit der Gewalt etwas zu tun habe, ist der grobe Irrtum, der den Angriff mit der Verteidigung verwechselt. Wenn zur Sklaverei Gezwungene sich erheben, so mögen sie sich befreien. Man vergesse aber nicht, daß dieser fruchtbaren Gewalt eine andere, verderbliche, vorausgegangen ist. Diese Gewalt ist die erste Tatsache, auf die die Aufmerksamkeit gerichtet sein muß. Es springt in die Augen, daß diese Gewalttat einen vielfachen Fortschrittsverlust bedeutet: den Zeitverlust der A.s, um die B.s zu unterjochen; denjenigen der B.s, um sich zu verteidigen; denjenigen der B.s, um sich zu erheben, und denjenigen der A.s, um dieser Erhebung zu begegnen. Ohne die erste Gewaltübung wäre all diese Zeit der wahren Fortschrittsentwicklung erspart geblieben. Wenn von Gewalt gesprochen wird, muß immer jene eigenwillige gemeint sein, die auf Menschenrechte Jagd macht, nicht jene zweite Gewalt, die eine Antwort auf die erste ist und die Menschenrechte wiederherzustellen sucht. Da aber repressive Gewalt niemals ohne vorausgehende aggressive Gewalt möglich ist, so kann der Satz einwandfrei aufgestellt werden, daß Gewalt und Fortschritt einander feindlich sind.

*

*

*

Dr. Charles Richet, Professor an der Universität Paris.

Man kann sagen, daß das Prinzip der Gewalt der Irrtum sei. Der Irrtum braucht die Gewalt, um zu regieren; die Wahrheit ist sich selbst genug, sie triumphiert, weil sie die Wahrheit ist. So ist es auch bei aller Gerechtigkeit, die sich durchsetzt, eben weil sie gerecht ist. Nicht daß, wo Gewalt gebraucht wird, immer Irrtum und Ungerechtigkeit sein müßten; aber die Gewalt ist etwas für sich, ohne den mindesten Zusammenhang mit Gerechtigkeit und Wahrheit. Sie gehorcht dem wilden, blinden Zufall und ist das Gesetz des

Stärkeren. Es kommt vor, daß der Stärkere manchmal die Wahrheit und die Justiz vertritt — dies aber nur ganz zufällig, keineswegs prinzipiell. Die Gewalt kann sich im Prinzip auf kein Recht, auf keine Vernunft, auf keinen Vorwand berufen, ihr Sieg vernichtet Wahrheit und Gerechtigkeit, sie kümmert sich weder um Wahrheit noch um Gerechtigkeit.

Die Wahrheit aber triumphiert, weil sie die Wahrheit ist; die Gerechtigkeit triumphiert, weil sie die Gerechtigkeit ist. Wenn wir jemals meinen, daß eine Welt, auf Wahrheit und Gerechtigkeit gegründet, besser sei als eine auf Verrat und Irrtum gegründete, so bedeutet dies die Verdammung der Gewalt; denn die Stärke ist ebensowenig in notwendigem Zusammenhange mit dem, was wahr ist, als mit dem, was gerecht ist.

1. Scheiden wir zuerst den Streik aus der Klasse der Gewaltakte aus. Er ist ganz einfach eine der Formen, unter denen ein Vertrag geschlossen werden kann. Hundert Arbeiter (oder zehn oder tausend oder zehntausend) finden ihren Lohn unzureichend und weigern sich unter dieser Bedingung, weiterzuarbeiten: das ist ihr unbestreitbares Recht, und ich wüßte nicht, durch welches Sophisma man freie Menschen zwänge, gegen ihren Willen zu arbeiten. Ob sie nun Schaden nehmen durch den Streik, ob die Unternehmer sich gegen sie verbinden, ob ihre Rädelsführer sie moralisch tyrannisieren — die materielle Freiheit aller muß doch gewahrt sein: wenn nur die zwischen Arbeitern und Unternehmern eingegangenen Verträge haarscharf beobachtet werden. In diesem Lichte ist der Streik keine Gewalt-, sondern eine Freiheitsbetätigung.

Sollte den Staatsbeamten das Streikrecht gewährt werden, so müßte dem Staat allerdings auch das absolute Recht der Entlassung bzw. Absetzung zustehen, sowie das Recht, im vorhinein von allen seinen Beamten die Streikentsagung zu fordern. Das wäre ein frei eingegangener Vertrag, und ihm darf nicht zuwidergehandelt werden.

2. Die Sabotage ist eine wirkliche Gewaltmaßregel, und zwar eine sehr schlimme, die niemand verteidigen kann. Strengere Gesetze als bisher, sollten gegen sie erlassen werden. Ein Arbeiter, dem man ein Instrument anvertraut, ist wie der Wächter eines Schatzes, der mit seiner Ehre dafür haftet. Jeder Vertrauensmißbrauch aber ist schändlich.

3. Die Lyn ch u n g ist ebenso unwürdig wie die Sabotage. Es ist die Verdammung ohne Untersuchung, das Gericht ohne Urteil. Einem Individuum, das vielleicht unschuldig ist, wird die Möglichkeit, sich zu reinigen, geraubt. Wenn die Sabotage Verrat und Niedertracht ist, so ist die Lynchung die brutale Rechtsverweigerung. Es ist der Triumph der blinden Wut, die, ohne zu sehen und zu hören, zuschlägt.

4. Das Duell ist selbstverständlich von allen Gewaltakten der harmloseste. Erstens zählt er ja nur wenige Opfer. Abgesehen von unglücklichen Zufälligkeiten, ist das Duell eher komisch als tragisch. Jenen jungen Elegants, die damit ihrer Ahnengalerie einen Tribut zu zahlen wähnen, ist es nicht gut zu verwehren, so lange die Soziologie den Aristokratismus nicht überhaupt überwunden hat.

5. Die Revolution ist reine Gewalt und daher vom Übel.

Es gab allerdings Epochen, wo das Recht kein Gewicht besaß, wo die Völker konstitutionslos, stimmlos auf Gnade und Ungnade ihren Oberen preisgegeben waren. Damals und noch heute in dergleichen Fällen ist die Revolution das einzige Mittel, das Joch abzuschütteln.

Man müßte aber auch genau umzirkeln, wo der Ausdruck Revolution zutrifft. Der 9. November 1799 war Revolution und Bonaparte war der Schuldige. Der 2. Dezember 1851 war Revolution und wieder durch einen Bonaparte. Für den 27. Juli 1830 ist der Urauführer nicht so klar festzustellen. War es Karl X., der die Verordnung erließ, oder das Volk von Paris, das die Charte mißverstand? Wurde die Revolution vom 4. September 1870 durch den Zusammenbruch bei Sedan gerechtfertigt? Nein! Alle diese ungesetzlichen Ausschreitungen können nicht verteidigt werden. Sowie eine Nation (durch ihre Abgeordneten) eine Konstitution angenommen hat, kann diese Konstitution nicht mehr durch einen Gewaltakt niedergeworfen werden. Und dies muß laut verkündet werden, damit das Reich der Sicherheit und des Friedens nicht vor den Hirngespinnsten einiger Besessener zunichte werde. Die Gesetzmäßigkeit muß gewahrt werden. Es ist eine der ungeheuerlichsten Phrasen der Geschichte — und das will viel sagen —, dieses geflügelte Wort von Napoleon III.: „Ich habe die Gesetzlichkeit mit dem Rechte vertauscht.“

6. Der Krieg ist, was seine Folgen anbelangt, die schwerste, blutigste, unmenschlichste aller Gewaltausschreitungen.

Er ist die barbarische, sinnlose Vernichtung. Nichts rechtfertigt ihn, als eine überlebte Tradition des Menschenmordes und der Verhöhnung aller Moral. Und ihm kann nur eine einzige Entschuldigung werden, die nämlich: daß die menschheitlichen Gesellschaften von jeher kriegerisch waren. Übrigens habe ich so oft sowohl das groteske als auch das scheußliche Antlitz der Kriegsgöttin gezeichnet, daß ich mich hier nicht zu wiederholen brauche.

Um zusammenzufassen: Wenn wir den Streik, der eine ganz legitime Verteidigungsform, und das Duell, das vom sozialen Standpunkt bedeutungslos ist, weglassen, so bleiben diese vier verabscheuenswürdigen Gewaltmaßregeln: der Krieg, die Revolution, die Sabotage und die Lynchjustiz.

Gegen Sabotage und Lynchjustiz genügt eine gute Polizei. Wenn in unseren Tagen nicht eine falsche Menschenfreundlichkeit den Verbrechern soviel Nachsicht angedeihen ließe, wäre es mit Sabotage und Lynchjustiz vorbei. Bleiben Revolution und Krieg. Aber die Revolutionen sollten eigentlich mit einer wirklich liberalen Staatsregierung, in der alle Bürger Stimmrecht besitzen, unvereinbar sein.

Ernsthaft bleibt also für die Zukunft nur das Problem des Krieges. Dies der böse Feind, der uns bedroht, auch wenn er nicht entfesselt ist. Sogar in Friedenszeiten bringt er vielen Verderben und Betrübnis. Und was das schlimmste ist, er trägt das Gepränge des Tugendhaften zur Schau. Es ist Raub und Mord unter dem Deckmantel von Patriotismus, Energie und Umsicht. Dem Kriege müssen alle diese Beschönigungen genommen werden. Er hat nichts zu tun mit Patriotismus, nichts mit Energie, nichts mit Wachsamkeit. Er ist ganz einfach Lüge und Mord.

Um ihn zu besiegen, braucht es nur einer kleinen Tat. Schon gibt es ein internationales Tribunal. Seinen Schiedssprüchen muß Gesetzeskraft verliehen werden. Der internationale Schiedsspruch muß obligatorisch sein. Wenn diese Verpflichtung einmal festgelegt sein wird, werden die Waffen von selber sinken, es wird zu großen und mörderischen Kriegen einfach nicht mehr kommen; die Zivilisation wird ihren Weg in Frieden verfolgen; die Fortschritte werden sich unendlich verschnellern.

*

*

*

Universitätsprofessor Dr. Michael Mayr, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, Innsbruck.

Jede Gewalt muß durch wahren Fortschritt in Form gesetzlicher Einrichtungen allmählich beseitigt werden.

* * *

Dr. Wilh. Ostwald, eh. Professor an der Universität Leipzig.

Die Gewalt in allen ihren Formen ist das primitivste und daher roheste und unzweckmäßigste Mittel zur Erledigung von Willensgegensätzen zwischen Einzelnen oder Gruppen. Nach dem Grundsatz des maximalen Güteverhältnisses der transformierten Energie, der für alle menschlichen Handlungen das maßgebende Ideal ist, muß daher überall die Gewalt durch bessere Formen des Ausgleiches ersetzt werden. Diese besseren Formen kennzeichnen sich durch entsprechende Verminderung der Energievergeudung und treten in doppelter Gestalt auf. Nämlich 1. vorgängige Schaffung von Rechtsverhältnissen (z. B. Verträgen und dergleichen), durch welche Willensgegensätze tunlichst vermieden werden; 2. Schaffung von Instanzen gemeinsamen Vertrauens (Schiedsgerichten und dergleichen), durch welche entstandene Willensgegensätze ohne Anwendung von Gewalt ausgeglichen werden.

Eine günstige Selektion durch Krieg und dergleichen ist nicht vorhanden, dagegen eine ungünstige, weil die gewaltsamen und dem Recht abgeneigten Naturen durch den Krieg und seine Folgen begünstigt werden.

* * *

Dr. Julius Ofner, Mitglied des österreichischen Reichsrats, Wien.

1. Lynchjustiz und Duell sind unbedingt verwerflich. An ihre Stelle hat die gerichtliche (oder ehrenamtliche) Untersuchung und Ahndung zu treten.

2. Krieg, Revolution und allgemeiner Streik sind nur als letzte Notwehr gestattet: „Wenn der Gedrückte nirgends Rat kann finden“ (Schiller). In solchem Fall aber sind sie berechtigt. Der Sklave darf und soll sich befreien. Das Menschtum ist das höchste Gut. Solche äußerste Mittel sind aber stets mit schweren Übeln, mit Blut und Thränen verbunden. Sie sollen also nach Möglichkeit verhütet werden.

3. Zur Verhütung sollen Schiedsgerichte, Einigungsämter, im Staate aber konstitutionelle Freiheiten bestehen, welche es dem Verletzten gestatten, seine Klage vorzubringen und welche so eingerichtet sind, daß die Klage unbefangen geprüft und gewürdigt wird. Die Versuche hierzu waren bisher ungenügend, haben aber doch gezeigt, daß die Aufgabe nicht völlig undurchführbar ist. Sie ist jedenfalls des Schweißes der Edlen wert, die sich dadurch nicht abschrecken lassen dürfen, daß die Geschichte leider zeigt, daß sich die im Besitze von Macht und Vorrechten Befindlichen bisher nur durch Gewalt, nicht durch eigene Einsicht zur Nachgibigkeit bestimmen lassen.

* * *

Des Humbert, Prüfungskommissär, London.

Der Daseinskampf war in primitiven Epochen ein notwendiges Übel, weil er das einzige Mittel war, worüber die Natur verfügte, um die Tatkräftig-

Man müßte aber auch genau umzirkeln, wo der Ausdruck Revolution zutrifft. Der 9. November 1799 war Revolution und Bonaparte war der Schuldige. Der 2. Dezember 1851 war Revolution und wieder durch einen Bonaparte. Für den 27. Juli 1830 ist der Urauführer nicht so klar festzustellen. War es Karl X., der die Verordnung erließ, oder das Volk von Paris, das die Charte mißverstand? Wurde die Revolution vom 4. September 1870 durch den Zusammenbruch bei Sedan gerechtfertigt? Nein! Alle diese ungesetzlichen Ausschreitungen können nicht verteidigt werden. Sowie eine Nation (durch ihre Abgeordneten) eine Konstitution angenommen hat, kann diese Konstitution nicht mehr durch einen Gewaltakt niedergeworfen werden. Und dies muß laut verkündet werden, damit das Reich der Sicherheit und des Friedens nicht vor den Hirngespinnsten einiger Besessener zunichte werde. Die Gesetzmäßigkeit muß gewahrt werden. Es ist eine der ungeheuerlichsten Phrasen der Geschichte — und das will viel sagen —, dieses geflügelte Wort von Napoleon III.: „Ich habe die Gesetzlichkeit mit dem Rechte vertauscht.“

6. Der Krieg ist, was seine Folgen anbelangt, die schwerste, blutigste, unmenschlichste aller Gewaltausschreitungen.

Er ist die barbarische, sinnlose Vernichtung. Nichts rechtfertigt ihn, als eine überlebte Tradition des Menschenmordes und der Verhöhnung aller Moral. Und ihm kann nur eine einzige Entschuldigung werden, die nämlich: daß die menschheitlichen Gesellschaften von jeher kriegerisch waren. Übrigens habe ich so oft sowohl das groteske als auch das scheußliche Antlitz der Kriegsgöttin gezeichnet, daß ich mich hier nicht zu wiederholen brauche.

Um zusammenzufassen: Wenn wir den Streik, der eine ganz legitime Verteidigungsform, und das Duell, das vom sozialen Standpunkt bedeutungslos ist, weglassen, so bleiben diese vier verabscheuenswürdigen Gewaltmaßregeln: der Krieg, die Revolution, die Sabotage und die Lynchjustiz.

Gegen Sabotage und Lynchjustiz genügt eine gute Polizei. Wenn in unseren Tagen nicht eine falsche Menschenfreundlichkeit den Verbrechern soviel Nachsicht angedeihen ließe, wäre es mit Sabotage und Lynchjustiz vorbei. Bleiben Revolution und Krieg. Aber die Revolutionen sollten eigentlich mit einer wirklich liberalen Staatsregierung, in der alle Bürger Stimmrecht besitzen, unvereinbar sein.

Ernsthaft bleibt also für die Zukunft nur das Problem des Krieges. Dies der böse Feind, der uns bedroht, auch wenn er nicht entfesselt ist. Sogar in Friedenszeiten bringt er vielen Verderben und Betrübnis. Und was das schlimmste ist, er trägt das Gepränge des Tugendhaften zur Schau. Es ist Raub und Mord unter dem Deckmantel von Patriotismus, Energie und Umsicht. Dem Kriege müssen alle diese Beschönigungen genommen werden. Er hat nichts zu tun mit Patriotismus, nichts mit Energie, nichts mit Wachsamkeit. Er ist ganz einfach Lüge und Mord.

Um ihn zu besiegen, braucht es nur einer kleinen Tat. Schon gibt es ein internationales Tribunal. Seinen Schiedssprüchen muß Gesetzeskraft verliehen werden. Der internationale Schiedsspruch muß obligatorisch sein. Wenn diese Verpflichtung einmal festgelegt sein wird, werden die Waffen von selber sinken, es wird zu großen und mörderischen Kriegen einfach nicht mehr kommen; die Zivilisation wird ihren Weg in Frieden verfolgen; die Fortschritte werden sich unendlich verschnellern.

*

*

*

Universitätsprofessor Dr. Michael Mayr, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, Innsbruck.

Jede Gewalt muß durch wahren Fortschritt in Form gesetzlicher Einrichtungen allmählich beseitigt werden.

* * *

Dr. Wilh. Ostwald, eh. Professor an der Universität Leipzig.

Die Gewalt in allen ihren Formen ist das primitivste und daher roheste und unzweckmäßigste Mittel zur Erledigung von Willensgegensätzen zwischen Einzelnen oder Gruppen. Nach dem Grundsatz des maximalen Güteverhältnisses der transformierten Energie, der für alle menschlichen Handlungen das maßgebende Ideal ist, muß daher überall die Gewalt durch bessere Formen des Ausgleiches ersetzt werden. Diese besseren Formen kennzeichnen sich durch entsprechende Verminderung der Energievergeudung und treten in doppelter Gestalt auf. Nämlich 1. vorgängige Schaffung von Rechtsverhältnissen (z. B. Verträgen und dergleichen), durch welche Willensgegensätze tunlichst vermieden werden; 2. Schaffung von Instanzen gemeinsamen Vertrauens (Schiedsgerichten und dergleichen), durch welche entstandene Willensgegensätze ohne Anwendung von Gewalt ausgeglichen werden.

Eine günstige Selektion durch Krieg und dergleichen ist nicht vorhanden, dagegen eine ungünstige, weil die gewaltsamen und dem Recht abgeneigten Naturen durch den Krieg und seine Folgen begünstigt werden.

* * *

Dr. Julius Ofner, Mitglied des österreichischen Reichsrats, Wien.

1. Lynchjustiz und Duell sind unbedingt verwerflich. An ihre Stelle hat die gerichtliche (oder ehrenamtliche) Untersuchung und Ahndung zu treten.

2. Krieg, Revolution und allgemeiner Streik sind nur als letzte Notwehr gestattet: „Wenn der Gedrückte nirgends Rat kann finden“ (Schiller). In solchem Fall aber sind sie berechtigt. Der Sklave darf und soll sich befreien. Das Menschentum ist das höchste Gut. Solche äußerste Mittel sind aber stets mit schweren Übeln, mit Blut und Thränen verbunden. Sie sollen also nach Möglichkeit verhütet werden.

3. Zur Verhütung sollen Schiedsgerichte, Einigungsämter, im Staate aber konstitutionelle Freiheiten bestehen, welche es dem Verletzten gestatten, seine Klage vorzubringen und welche so eingerichtet sind, daß die Klage unbefangen geprüft und gewürdigt wird. Die Versuche hierzu waren bisher ungenügend, haben aber doch gezeigt, daß die Aufgabe nicht völlig undurchführbar ist. Sie ist jedenfalls des Schweißes der Edlen wert, die sich dadurch nicht abschrecken lassen dürfen, daß die Geschichte leider zeigt, daß sich die im Besitze von Macht und Vorrechten Befindlichen bisher nur durch Gewalt, nicht durch eigene Einsicht zur Nachgibigkeit bestimmen lassen.

* * *

Deshumbert, Prüfungskommissär, London.

Der Daseinskampf war in primitiven Epochen ein notwendiges Übel, weil er das einzige Mittel war, worüber die Natur verfügte, um die Tatkräftig-

sten, die Stärksten und die Klügsten auszulesen. Dieser Kampf führte den Fortschritt herbei. Aber seit den ältesten Zeiten machte sich auch der Trieb zu friedlichem Zusammenschluß geltend. Von jener Epoche, da unsere wilden Ahnherren noch in kleinen Gruppen von Familien oder Stämmen lebten, sagt Darwin: „Wenn zwei primitive Stämme, die im gleichen Lande lebten, aufeinanderstießen, siegte endlich immer derjenige Stamm, der die größere Anzahl tapferer, treuer und aufopfernder Männer hatte, immer bereit, sich von drohender Gefahr gegenseitig zu benachrichtigen, einander beizuspringen. Wurde ein solcher Stamm doch von einem andern besiegt, so mußten dessen Glieder in noch höherem Grade diese moralischen und sozialen Eigenschaften besessen haben.“

Wir sehen also, daß selbst in jenen grauen Vorzeiten die Einigkeit schon eine gewisse Rolle spielte. Der Mensch ist nun zivilisiert genug, daß diese Einigkeit sich in ihrer ganzen Stärke entfalten könne. Das heißt soviel, als daß wir nicht mehr unsere Zuflucht zur Gewalt nehmen müssen, um die Streitigkeiten zwischen Völkern, Klassen und Individuen beizulegen. Ehemals lagen die Städte untereinander in Streit, jeder kleine Edelmann führte mit seinen Nachbarn Krieg. Dies ist vorbei. Die Gewalt hat immer weniger zu sagen. Der Fortschritt, der in der Vergangenheit sich mehr oder weniger automatisch vollzog, weist uns ganz genau die Bahnen, die die Menschheit verfolgt, das Ziel, dem sie zustrebt. Wir fangen instinktiv zu begreifen an, daß das **Schiedsverfahren** eigentlich das einzig logische Mittel ist, um Konflikte zu regeln. Es bleibt nur noch ein Schritt übrig: die Nationen zu gewöhnen einzusehen, daß es ehrenvoll sei, sich in aller Einfachheit den Sprüchen des Schiedsgerichtes zu unterwerfen.



WALTHER SCHÜCKING, PROF. DER RECHTE IN MARBURG: DAS STATUT DES HAAGER STAATENVERBANDES.



UBER der Wertung der Einzelfortschritte, die uns die Haager Friedenskonferenzen gebracht haben, ist bisher mehr oder weniger die organisatorische Bedeutung des Werkes vom Haag übersehen worden. Gerade darin aber dürfte die weltgeschichtliche Wirkung dieses Unternehmens liegen, daß dadurch die bisher anarchische Staaten-gesellschaft zu einer organisierten umgewandelt wird. Nicht expressis verbis, aber implicite und ipso facto ist schon durch das Schiedsgerichtsabkommen von 1899 unter den Kulturstaaten ein Verband aufgerichtet, der als Träger des ständigen Schiedshofs erscheint. Demnächst werden nach den Beschlüssen von 1907 die Cour de justice arbitrale und der Internationale Prisenhof als weitere Gerichtshöfe des Staatenverbandes hinzutreten. Schon heute gesellen sich dem ständigen Schiedshof von 1899 als außerordentliche Organe des Staatenverbandes die von Fall zu Fall in das Leben gerufenen internationalen Untersuchungskommissionen zur Klärung streitiger Tatsachen. Allen vorgenannten Organen dient ein und dasselbe „Internationale Bureau“, das wiederum dem „Internationalen Verwaltungsrat“ unterstellt ist. Von der dritten Haager Konferenz können wir mit Sicherheit hoffen, daß sie die

Friedenskonferenzen periodisch machen wird. Natürlich würde dann die periodisch wiederkehrende Konferenz selbst das oberste Organ des ganzen Verbandes werden. Dieser Friedenskonferenz würde jedesmal die Tätigkeit eines Comité préparatoire vorausgehen, wie solches schon für die dritte Haager Konferenz von der zweiten in Aussicht genommen ist. Damit hätte der Haager Staatenverband noch ein weiteres Organ gewonnen. Das Ganze erscheint zunächst als eine Organisation für die internationale Justiz und die fortschreitende Kodifikation des Völkerrechts. Indessen ist der Zweck schon heute ein politischer: „Le maintien de la paix générale“, wie es ausdrücklich in der Überschrift zum Schiedsgerichtsabkommen heißt, das die ganze Organisation geschaffen hat. Deshalb handelt es sich auch nicht um eine bloße Union nach Art der völkerrechtlichen Zweckverbände, sondern um die Anfänge eines Weltstaatenbundes. Dieser ist fraglos berufen, demnächst die älteren Unionen für Spezialzwecke der internationalen Verwaltung, z. B. den Weltpostverein, in sich aufzunehmen und von sich aus neu auftauchenden Bedürfnissen internationaler Verwaltung zu genügen.

Das Comité préparatoire für die dritte Haager Konferenz sollte nach den Wünschen der zweiten ein Konferenzstatut entwerfen. Erkennen wir aber, daß die Friedenskonferenz selbst wiederum das Organ eines Weltstaatenbundes ist, so wird man sich nicht darauf beschränken können, die Konferenz zu organisieren, sondern man wird dem Haager Staatenverbande seine Verfassung geben müssen. In den folgenden Artikeln ist zum ersten Male der Versuch unternommen, ein solches Statut für den Weltstaatenbund zu entwerfen *):

Einleitung: Die souveränen Staaten der Kulturwelt, überzeugt von den Vorteilen, welche aus ihrer dauernden Verbindung für die Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens und die Förderung der Zivilisation hervorgehen würden, sind übereingekommen, sich zu einem dauernden Bunde zu vereinigen, und haben zu diesem Zweck ihre Gesandten zur dritten Haager Friedenskonferenz mit Vollmachten versehen, nämlich

In Gemäßheit dieses Beschlusses haben die vorstehenden Bevollmächtigten nach geschehener Auswechslung ihrer richtig befundenen Vollmachten folgende Artikel verabredet:

Artikel I. Die souveränen Staaten der Kulturwelt, und zwar vereinigen sich zu einem dauernden Bunde, welcher der Haager Staatenverband heißen soll. Die Vereinigung geschieht unter dem Vorbehalt der Souveränität und aller daraus fließenden Rechte, insbesondere des Rechtes jedes einzelnen zugehörigen Staates, unter Wahrung der Formen des Art. XIII aus dem Bunde wieder auszuschcheiden.

Artikel II. Der Zweck des Verbandes ist die möglichste Wahrung des Rechtsfriedens unter den Staaten durch Einrichtung einer Staatengerichtsbarkeit, die Kodifizierung und Fortbildung des internationalen Rechtes, der Rechtsschutz der Individuen in Angelegenheiten des internationalen Rechtes

*) Der Verfasser beschränkt sich im folgenden auf den Text der Bundesakte und verweist in Bezug auf die Motive zu jedem einzelnen Artikel auf Seite 229 ff seines jüngst erschienenen Buches: „Der Staatenverband der Haager Konferenzen“. Bd. 1 der von ihm begründeten Sammlung: „Das Werk vom Haag“. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig 1912. Bd. 2 der Sammlung von Hans Wehberg behandelt das Problem eines internationalen Staatengerichtshof und ist auch bereits erschienen.

und die Begründung organisatorischer Einrichtungen internationaler Verwaltung.

Artikel III. Der Staatenverband bildet eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten mit wechselseitigen gleichen Vertragsrechten und Vertragspflichten.

Artikel IV. Oberstes Organ des Staatenverbandes ist die Haager Friedenskonferenz, in welcher alle Mitglieder des Verbandes durch ihre Bevollmächtigten vertreten sind. Jedes Mitglied hat eine Stimme in der Konferenz. Von mehreren Delegierten eines Staates muß einer als der stimmführende bei der Konferenz beglaubigt sein.

Artikel V. Die Friedenskonferenz tritt alle zehn Jahre im Haag zu einer ordentlichen Tagung zusammen, die regelmäßig am 18. Mai beginnen wird. Die Einladungen werden durch den holländischen Minister des Äußeren als Vorsitzenden des Internationalen Verwaltungsrates in angemessener Frist versandt. Auf Verlangen einer einfachen Majorität der dem Staatenverband angehörigen Staaten, das an den Internationalen Verwaltungsrat zu richten ist, muß eine außerordentliche Tagung zusammenberufen werden.

Artikel VI. Die Friedenskonferenz beschließt:

1. über die Angelegenheiten der Staatengerichtbarkeit,
2. über die Kodifizierung und Fortbildung des internationalen Rechtes,
3. über Einrichtungen zum Rechtsschutze des Individuums in Angelegenheiten des internationalen Rechtes,
4. über organisatorische Einrichtungen internationaler Verwaltung,
5. über die Abänderung der Verfassung des Staatenverbandes,
6. über die Geschäftsordnung der Friedenskonferenzen,
7. über die Finanzen des Staatenverbandes.

Jeder an der Konferenz teilnehmende Staat hat das Recht, auf der Konferenz gehört zu werden, Vorschläge zu machen und Anträge zu stellen, die das Präsidium der Beratung übergeben muß.

Beschlüsse über die Abänderung der Verfassung des Staatenverbandes können nur einstimmig gefaßt werden. In andern Fällen entscheidet die Majorität; es kann jedoch die Minorität gegen die Ausführung solcher Beschlüsse rechtswirksam protestieren, die nicht wenigstens von einer Dreiviertelmajorität der abgegebenen Stimmen angenommen worden sind. Nicht abgegebene Stimmen werden nicht gezählt. Ist die Dreiviertelmajorität vorhanden, so sind gleichwohl die dissentierenden Staaten an den betreffenden Majoritätsbeschluß nicht gebunden, insbesondere können sie nicht zu den Lasten solcher organisatorischer Einrichtungen herangezogen werden, denen sie nicht zugestimmt haben. Dasselbe gilt, wenn mangels einer Dreiviertelmajorität ein formeller Protest möglich war, aber nicht eingelegt worden ist. Nur die Geschäftsordnung der Friedenskonferenz kann durch eine Dreiviertelmajorität rechtswirksam für die Gesamtheit der zugehörigen Staaten abgeändert werden.

Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nicht dem ganzen Staatenverbande gemeinsam ist, werden, soweit die betreffenden Konventionen nichts anderes bestimmen, nur die Stimmen der Staaten gezählt, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist.

Artikel VII. Die Frage des Präsidiums der Konferenz, des Verfahrens bei den Verhandlungen der Friedenskonferenz, der Anzahl der Kommissionen regelt eine Geschäftsordnung, die in ihrer ersten Fassung einstimmig angenommen sein muß. Über die Abänderung der Geschäftsordnung vgl. Art. VI Abs. 3.

Artikel VIII. Die Beschlüsse der Haager Konferenzen treten erst in Kraft, nachdem und insoweit sie von den Verbandsstaaten ratifiziert worden sind. Andererseits sind die Verbandsstaaten ein für allemal verpflichtet, die von ihnen ratifizierten Beschlüsse auch in guten Treuen auszuführen.

Artikel IX. Die laufenden Geschäfte des Staatenverbandes werden durch den Verwaltungsrat des ständigen Schiedshofes geführt (vgl. Art. 49 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle), der sich bei seiner Tätigkeit der Mitwirkung des Bureau des ständigen Schiedshofes bedient. Der Verwaltungsrat hat insbesondere auch den Staatenverband vermögensrechtlich zu vertreten, zur juristischen Verpflichtung des Staatenverbandes genügt die Unterschrift der betreffenden Urkunde durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter und zwei seiner Mitglieder. Der Verwaltungsrat erstattet jährlich über seine gesamte Verwaltungstätigkeit den Vertragsmächten Bericht.

Artikel X. Zwei Jahre vor dem Zusammentritt jeder Konferenz hat ein vorbereitendes Komitee seine Tätigkeit aufzunehmen.

Die Aufgabe dieses Komitees besteht darin:

1. die verschiedenen, der Konferenz zu unterbreitenden Vorschläge zu sammeln,

2. Diejenigen Fragen festzustellen die für eine baldige, internationale Regelung reif sind,

3. ein Programm vorzubereiten, das die Mächte so frühzeitig aufzustellen hätten, daß es in den verschiedenen Ländern gründlich geprüft werden kann.

Das Komitee besteht aus 15 Mitgliedern und 5 Stellvertretern, welche letztere mit beratender Stimme bei seinen Verhandlungen zugezogen werden können. — Die Mitglieder des Komitees werden von den Verbandsstaaten nach einer Wahlordnung gewählt, die einen Bestandteil der Geschäftsordnung der Friedenskonferenz bildet. Die größten Staaten bilden dabei einen Wahlkreis für sich, während die mittleren und kleineren Staaten unter Berücksichtigung ihrer Bevölkerungsziffer zu besonderen Wahlkreisen vereinigt werden. — Die stellvertretenden Mitglieder wählt sich das vorbereitende Komitee nach seinem Zusammentritt selbst.

Artikel XI. Bei organisatorischen Einrichtungen des Staatenverbandes zu Justiz- und Verwaltungszwecken kann aus Zweckmäßigkeitsgründen trotz des in Art. III dieser Verfassung ausgesprochenen Grundsatzes der Rechtsgleichheit der Verbandsstaaten ihr Einfluß auf die betreffende Institution, z. B. das Recht der Ämterbesetzung, abgestuft sein. Auch in diesem Falle soll aber so weit wie möglich wenigstens die relative Gleichheit gewahrt bleiben, indem die Differenzierung der betreffenden Rechte nach einem bestimmten einheitlichen Maßstab erfolgt.

Artikel XII. Die Kosten für die gemeinsamen Ausgaben des Staatenverbandes werden nach dem für das internationale Bureau des Weltpostvereins aufgestellten Verteilungsmaßstabe von den Verbandsstaaten aufgebracht. Der Geldbedarf des Staatenverbandes wird von Jahr zu Jahr durch den internationalen Verwaltungsrat festgestellt. Auf Grund dieser Feststellung erfolgt die Einziehung dieser Beiträge der einzelnen Staaten durch den Verwaltungsrat gleichzeitig mit der Berichterstattung über die Ausgaben des verflossenen Jahres. Die Kassenführung geschieht durch das Internationale Bureau des ständigen Schiedshofes unter Aufsicht des Verwaltungsrates.

Artikel XIII. Die Kündigung dieses Abkommens geschieht durch schriftliche Mitteilung an den Internationalen Verwaltungsrat im Haag. Dieser hat unverzüglich den Verbandsstaaten eine beglaubigte Abschrift der betreffenden Erklärung mitzuteilen und ihnen bekannt zu geben, an welchem Tage die Kündigung bei ihm eingelaufen ist.

Die Kündigung wirkt nur in Ansehung derjenigen Macht, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung beim Internationalen Verwaltungsrat eingelaufen ist, auch enden die pekuniären Verpflichtungen des ausscheidenden Staates erst mit der Beendigung des auf das Kündigungsjahr folgenden Etatsjahres.

Der ausscheidende Staat hat keinen Anteil am Vermögen des Staatenverbandes.

Wer aus dem Staatenverbände ausscheidet, verliert auch gleichzeitig die Zugehörigkeit zu den engeren Gerichts- und Verwaltungsgemeinschaften, die der Staatenverband unter seinen Mitgliedern in das Leben gerufen hat.

Die Kündigung des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten zieht umgekehrt das gleichzeitige Ausscheiden aus dem Staatenverbände nach sich.



JUSTIZRAT GERHARD-BERLIN: NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER DEUTSCHEN VERSICHERUNG.

DAS Rechtsinstitut der Versicherung hat in Deutschland, sowohl was die Zahl der versicherten Personen als auch die dabei in Betracht kommenden Summen anlangt, einen sehr starken Umfang erreicht. Nach einer Zusammenstellung aus dem Jahre 1909, welche vorliegt, waren damals in der Sozialversicherung 54 Millionen Personen versichert. Der Kreis der zu dieser Versicherung gehörigen Personen ist inzwischen durch die mit der Reichsversicherungsordnung herbeigeführten Änderungen und durch die neu errichtete Angestelltenversicherung noch um etwa sechs Millionen gewachsen. Wenn auch eine große Anzahl von Personen bei dieser Zusammenstellung mehrfach gezählt sind, weil dieselben Personen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung, der Krankenversicherung oder der Unfallversicherung oder der Alters- und Invaliditätsversicherung doppelt versichert sind, so bleibt doch als Resultat, daß eine ungeheuer große Zahl der deutschen Staatsangehörigen von der Sozialversicherung ergriffen ist. — Die Privatversicherung hatte nach derselben Zusammenstellung im Jahre 1909 Versicherungsverträge in der Zahl von weit über vierzig Millionen aufzuweisen. — Privat- und Sozialversicherung haben zusammen im Jahre 1909 etwa 1200 Millionen Mark ausgezahlt. In demselben Jahre sind an Prämieeneinnahmen zu verzeichnen gewesen bei der Lebensversicherung etwa 580 Millionen Mark, bei der Rückversicherung etwa 350 Millionen Mark, bei der Feuerversicherung annähernd 350 Millionen Mark; die übrigen Zweige der Privatversicherung haben zusammen auch etwa über 300 Millionen Mark an Prämieeneinnahmen zu verzeichnen gehabt. Die gesamten Aktiva der Privatversicherung sind im Jahre 1909 auf mehr als 6000 Millionen Mark berechnet worden.

Man sieht, welchen gewaltigen Faktor im deutschen Wirtschaftsleben und — bei den internationalen Beziehungen der Versicherung — damit

überhaupt im Wirtschaftsleben die deutsche Versicherung bildet, und um so mehr mag es am Platze sein, zu beleuchten, welche wirtschaftlichen und rechtlichen Momente bei dieser Entwicklung mitgesprochen haben und bei der weiteren Entwicklung in Zukunft mitsprechen werden. Die Versicherung ist, wie bekannt, eine Maßnahme, durch welche jemand für sich oder seine Nahestehenden diejenigen Nachteile ersetzt bekommen will, welche übermächtige Naturereignisse (Tod, Feuer, Krankheit, Unfall usw.) auf seine oder seiner Angehörigen wirtschaftliche Verhältnisse ausüben. Der Grundgedanke eines derartigen Abkommens und die geschichtliche Entwicklung ergeben, daß an sich jedem freistand, ob er eine solche Versicherung eingehen wollte oder nicht. Diese Freiheit der Entschließung ist indessen zu einem großen Teil in der weiteren Entwicklung der Versicherung fallen gelassen worden. Indem das Deutsche Reich um das Jahr 1880 herum begann, zwangsweise eine Versicherung für viele Verhältnisse des Wirtschaftslebens einzuführen, ist in das Versicherungswesen ein Moment hineingekommen, welches man als Eingriff der Staatsgewalt bezeichnen muß, und durch das die vom Reich eingeführten und allmählich immer weiter entwickelten sogenannten Arbeiterversicherungen als Zwangsversicherungen charakterisiert werden. Betrachtet man vom nationalökonomisch-politischen Standpunkt aus die Arbeiterversicherung, so ergibt sich, daß staatssozialistische oder soziale Beweggründe diese Versicherung beeinflußt haben, weshalb man auch von dieser Art Versicherung als einer Sozialversicherung spricht. Der Zwang, den die Staatsgewalt kraft ihrer Machtvollkommenheit hierbei ausübt, zeigt sich bekanntlich in der Nötigung, je nach der Art der Versicherung teils für Arbeitgeber allein, teils für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam, Beiträge zu entrichten, wie sie für den Bestand dieser Versicherung notwendig sind.

Wenn das Deutsche Reich um das Jahr 1880 herum mit der Einführung dieser Sozialversicherung begonnen und hierbei mit dem Zwange zur Versicherung operiert hat, so ist zwar die Art der Versicherung, die Fürsorge für Angestellte, deren Sparmöglichkeit gering ist, ein ganz neues Moment gewesen; die Anwendung gesetzlichen Zwanges aber war im deutschen Versicherungsleben nicht vollständig ungewohnt. In einer ganzen Reihe von Fällen bestand bereits nach gesetzlichen, kommunalen oder sonstigen statistarischen Einrichtungen eine Verpflichtung zur Versicherung und zur Beitragsleistung. So kennt z. B. Berlin die seit vielen Jahrzehnten bestehende Einrichtung der städtischen Feuersozietät mit der Bedingung, daß jeder Hauseigentümer in Berlin durch diese Feuersozietät gedeckt ist gegen Feuer Schäden, während auf der anderen Seite jeder Berliner Hauseigentümer im Wege einer Art Umlegeverfahren verpflichtet ist, gemäß dem Werte seines Grundstücks soviel an Beitrag zu zahlen, daß die Schädenszahlen des Jahres dadurch gedeckt werden.

Der Begriff des Zwanges ist aber für die deutsche Versicherung neuerdings auch in anderer Weise, und zwar im Gebiete der Privatversicherung von großer Bedeutung geworden. Die Privatversicherung ist so gestaltet, daß der eine Teil gegen irgendeinen Nachteil die Versicherung geben will, der andere Teil diese Versicherung nimmt. Versicherer und Versicherungsnehmer gehen ein Vertragsverhältnis ein, und die Rechtswissenschaft ordnet deshalb auch zutreffenderweise den Versicherungsvertrag bei denjenigen Vorschriften ein, die sich mit den Verträgen beschäftigen. Der Versicherungsvertrag bildet einen Teil des Obligationenrechts, wie der alte lateinische Aus-

druck lautet. In Vertragsverhältnissen steht an sich den Parteien ziemlich viel Freiheit über die Art ihrer Abmachungen zu, und dieser Grundsatz ist auch im großen und ganzen in dem seit dem 1. Januar 1900 geltenden Bürgerlichen Gesetzbuch und erst recht im Handelsgesetzbuch in Deutschland aufrecht erhalten worden. Das Versicherungsvertragsrecht war weder im deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch noch im deutschen Handelsgesetzbuch geregelt. Es fand diese Regelung erst in einem späteren Gesetze, welches seit dem 1. Januar 1910 Gesetzeskraft besitzt. Bis dahin stand dem Versicherungsnehmer und dem Versicherer frei, Abmachungen, wie sie wollten, zu treffen. Da nun aber die Entwicklung der Dinge es mit sich brachte, daß in Deutschland fast immer Versicherungen übernommen wurden nur von großen Gesellschaften, so hatte sich die Gepflogenheit eingebürgert, daß diese Gesellschaften ihre Bedingungen festsetzten und der diesen großen Gesellschaften gegenüber wirtschaftlich schwächere Versicherungsnehmer diese Bedingungen annehmen mußte, sofern er überhaupt einen Versicherungsvertrag abschließen wollte. Die Versicherung ist ein Rechtsverhältnis, bei dem Treu und Glauben eine große Bedeutung haben. Täuschungen des Versicherers sind möglich z. B. durch falsche Angaben über Gesundheit bei der Lebensversicherung, durch Gefahrerhöhung bei der Feuerversicherung, durch wahrheitswidrige Maßnahmen nach einem Unfall usw. Sehr begreiflich ist also, daß, je umfangreicher die Versicherungen wurden, je entwickelter das deutsche Wirtschaftsleben sich gestaltete, je größer durch veränderte Transportmittel, durch maschinelle Berufe usw. die Gefahr wurde, die Versicherungsgesellschaften sich gegen Benachteiligung zu schützen suchten durch Versicherungsbedingungen, die auf Vermeidung der Benachteiligung gerichtet waren. Eine Zeitlang waren diese Bedingungen so scharf zugespitzt worden, daß seitens der Versicherungsnehmer vielfach Beschwerden über sie laut wurden. Man beklagte sich z. B. innerhalb der Lebensversicherung darüber, daß, nachdem der Versicherungsnehmer jahrelang Prämien gezahlt hatte, im Falle seines Ablebens den Hinterbliebenen, zu deren Gunsten die Versicherung genommen war, die Auszahlung verweigert wurde, unter Hinweis darauf, daß Krankheitszustände bei Eingehung der Versicherung nicht angegeben oder hinsichtlich der Benennung der Ärzte Irrtümer oder Verschweigungen vorgefallen seien. Im Bereich der Feuerversicherung kam es z. B. vor, daß Zahlung des Brandschadens abgelehnt wurde, weil im Laufe der Jahre der Versicherungsnehmer gegen Vorschriften verstoßen hätte, welche zur Vermeidung von Feuersgefahr für die betreffenden Betriebe von der Versicherungsgesellschaft vorgesehen waren. In allen Versicherungszweigen konnte die Fortsetzung der Versicherung eingestellt werden, wenn der Versicherungsnehmer mit der Zahlung der jährlichen Prämie im Rückstande blieb, ohne daß in den Versicherungsbedingungen irgendeine Mahnung oder eine Frist enthalten war. Diese Einstellung der Versicherung war besonders bedenklich bei der Lebensversicherung, die ja gleichzeitig eine Art Sparbetrieb darstellt, und bei der die Ablehnung einer Fortsetzung der Versicherung mit dem Verfall des bisher Eingezahlten gleichbedeutend war oder wenigstens sein konnte. Nach den Versicherungsbedingungen war auch bei der Lebensversicherung, falls der Versicherte trotz jahrelangen Bestehens der Versicherung Selbstmord beging, der Verfall jedes Anspruchs aus der Versicherung damit verknüpft. Wir haben hier nur die wichtigsten Fälle herausgegriffen. Diese Anführungen ergeben aber schon, daß die Versicherungsbedingungen vielfach über dasjenige hinausgingen, was gegenüber dem

gutgläubigen Versicherungsnehmer am Platze war. — Unter dem Eindruck der vielen Beschwerden haben die Versicherungsgesellschaften allerdings, man kann sagen, ungefähr von den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an, ihre Versicherungsbedingungen wesentlich vorteilhafter für den Versicherungsnehmer gestaltet. Als aber die Behörden des Deutschen Reichs an den Entwurf eines Gesetzes über den Versicherungsvertrag herangingen, gelangte doch die Auffassung zur Herrschaft, daß es nötig sei, gewisse Grundzüge der Versicherungsbedingungen gesetzlich unabänderlich festzulegen. Diese Auffassung ist auch demnächst in das Gesetz, wie es Gesetzeskraft erlangt hat, übergegangen, und so operiert auch im Gebiete der Privatversicherung und innerhalb der Vereinbarung der Vertragschließenden sonst in weitem Umfange freigegebenen Obligationenrechts das Gesetz bezüglich der Versicherung mit dem Begriff des Zwanges. Das im ganzen aus 194 Paragraphen bestehende Versicherungsvertragsgesetz weist nach einer während der Beratung im Reichstage gemachten Zusammenstellung zwischen 70 und 80 Paragraphen auf, welche mehr oder minder zwingende Vorschriften enthalten. Man sieht also, daß die Einwirkung starker Staatsgewalt, unter Ausübung des Zwanges sich auch in dieser Hinsicht beim Versicherungswesen bemerkbar macht. Die zwingenden Bestimmungen verbieten z. B. den Rücktritt des Versicherers von der Versicherung, wenn er sich auf unrichtige Angaben beim Abschluß oder auf Zuwiderhandlungen während des Bestehens der Versicherung stützt, sofern der Versicherungsnehmer gutgläubig oder entschuldbar handelte. Ein Rücktritt ferner wegen Nichtzahlung der Prämie ist erst angängig, nachdem der Versicherungsnehmer mit einer Frist zur Zahlung aufgefordert worden ist, und auch nur, wenn diese Aufforderung bestimmte Hinweise enthält. Die Vereinbarung einer Frist zur Geltendmachung der Versicherungsansprüche, einer Präklusivfrist, ist nur wirksam unter gewissen gesetzlich bestimmten Voraussetzungen, und die Verweigerung der Zahlung der Versicherungssumme bei der Lebensversicherung, falls der Versicherte durch Selbstmord geendet hat, ist kraft Gesetzes nicht statthaft, wenn nachgewiesen wird, daß der Selbstmord in unzurechnungsfähigem Zustande begangen worden ist. Der Zwang, den das Versicherungsvertragsgesetz mit diesen Bestimmungen ausübt, wird ausgeübt im Interesse des Schutzes der Versicherten.

Man weiß, und unsere einleitenden Bemerkungen ergeben dies auch, daß große Summen im Versicherungswesen festgelegt sind, und daß unendlich viele Personen und wirtschaftliche Existenzen eng verknüpft sind mit einer Weiterentwicklung der Privatversicherung. Die Sozialversicherung ist von vornherein eingeführt worden unter staatlicher Aufsicht, zu einem Teil unter direkter Führung durch staatliche oder kommunale Organe. Die Privatversicherung hingegen entwickelte sich in der großen Mehrzahl der Fälle in der Form des Betriebes durch Privatunternehmer, wenn auch diese Privatunternehmungen den Charakter von Großbetrieben angenommen hatten und meistens Aktiengesellschaften waren. Schon früh hat man in einzelnen Teilen Deutschlands allerdings auch für die Privatversicherung gewisse staatliche Kontrollen angeordnet. Diese Art Aufsicht hatte aber keinen sehr weitgehenden Charakter; ein strengeres Eingreifen der Staatsgewalt wurde vielmehr erst möglich, als im Jahre 1901 ein Aufsichtsgesetz erlassen wurde. Durch dieses Aufsichtsgesetz ist eine Reichsbehörde, das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung, eingesetzt worden, dem die Aufsicht über die Privatversicherungsunternehmungen obliegt, und welches auch die Genehmigung zu

erteilen hat, wenn z. B. ein neues Versicherungsunternehmen begonnen werden soll. Diese Genehmigung ist sowohl erforderlich, wenn das Unternehmen sich auf bereits vorhandene Versicherungsarten erstreckt, als auch, wenn es, wie in den letzten Jahren vielfach vorgekommen ist, neue Versicherungszweige in den Bereich der Versicherung einbeziehen will.

So haben wir als einen wichtigen rechtspolitischen Faktor für das deutsche Versicherungswesen und seine Entwicklung zu verzeichnen den Umstand, daß in mehrfacher Hinsicht die Einwirkung staatlicher Gewalt stattfindet und ein Zwang ausgeübt wird. Trotzdem das deutsche Privatversicherungswesen in Deutschland damit einen ganz besonderen Charakter angenommen hat, haben wir eine sehr günstige Entwicklung desselben zu verzeichnen. Wie das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt auf der einen Seite beherrscht ist von der Einwirkung der Konkurrenz, auf der anderen Seite von dem Versuche, durch den Zusammenschluß von Betrieben oder durch Vereinheitlichung des Betriebes in Form von Verbänden, Kartellierungen usw. eine Gleichmäßigkeit und Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Berufszweige zu schaffen, so auch die deutsche Privatversicherung. In vielen Berufsweigen sichert der oben erwähnte Zusammenschluß eine gedeihliche Entwicklung der beteiligten Unternehmungen, führt aber zugleich häufig infolge des gemeinsamen Vorgehens für den Vertragsgegner eine günstigere Geschäftslage herbei, als sonst der Fall wäre. Daneben wirkt in dieser Richtung das Eingreifen der Konkurrenz ein; sei es, daß es sich um Maßnahmen der den Verbänden nicht angeschlossenen Betriebe handelt, sei es daß, die Vereinbarungen der Verbände innerhalb dieser jeder beteiligten Unternehmung eine gewisse Freiheit lassen. Die gleiche Erscheinung haben wir auch in der Versicherung zu verzeichnen. Wir finden zahlreiche Vereinigungen der Versicherungsunternehmungen in Form von Verbänden mit dem ausgesprochenen Zwecke, innerhalb der jetzt vorgeschriebenen gesetzlichen Schranken die Bedingungen einheitlich zu fixieren. Auf der anderen Seite sehen wir, daß teils durch die Vereinbarungen der verbundenen Gesellschaften, teils durch die innerhalb eines Verbandes in gewissem Grade zugelassene Einwirkung der Konkurrenz oder diejenige der außenstehenden Konkurrenz die Versicherungsbedingungen, man kann sagen, von Jahr zu Jahr günstiger für den Versicherten sich gestalten. Großzügigkeit ist auch hier, wie sonst in deutschem Geschäftsleben, an die Stelle früherer Ängstlichkeit und Kleinlichkeit getreten. So finden wir z. B. in den neueren Bedingungen der Lebensversicherungsgesellschaften ein Entgegenkommen weit unter die gesetzlich zum Schutze der Versicherten vorgesehenen Schranken. Wie wir oben schon erwähnten, ist bei der Lebensversicherung von Bedeutung, die Angabe inwiefern der Versicherte vor Abschluß der Versicherung schon leidend gewesen ist, und welche Ärzte ihn behandelt haben. Auch sonstige Erklärungen über seine bisherige körperliche Entwicklung, über die bisher von ihm ausgeübten Berufe, über seine bisherige Lebensweise sind für den Entschluß des Versicherers, auf die Versicherung einzugehen, von Bedeutung. Tritt nach verhältnismäßig kurzer Zeit, sagen wir nach fünf Jahren, der Tod des Versicherten ein, so könnte nach dem Gesetze der Versicherer die Auszahlung der Versicherungssumme verweigern, wenn sich ergibt, daß die Angaben des Versicherten in einem oder dem anderen dieser Punkte unrichtig gewesen sind, oder wenn man annehmen kann, daß der Versicherer bei Kenntnis der richtigen Sachlage die Versicherung wegen Befürchtung frühzeitigen Absterbens nicht abgeschlossen

hätte. Dieses mit technischem Ausdruck als Anfechtung der Lebensversicherung bezeichnete Vorgehen des Versicherers ist nach dem Gesetz während eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Abschluß des Versicherungsvertrages statthaft. Die Versicherungsbedingungen der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften gehen wohl sämtlich unter diese Grenze herunter. Die Anfechtung ist bei einer ganzen Anzahl von Versicherungsgesellschaften nur drei Jahre lang zulässig, bei anderen nur zwei Jahre, bei einzelnen sogar nur ein Jahr. — Das Verhalten des Versicherten nach Abschluß der Versicherung kann ein derartiges sein, daß man behaupten könnte, er sei dadurch früher, als man bei Abschluß des Versicherungsvertrages annehmen konnte, gestorben. Herr X, der ein ruhiges Engrosgeschäft bei Abschluß des Versicherungsvertrages betrieben hatte, ist einige Jahre später in ein Geschäft übergetreten, welches ihn veranlaßte, viele Reisen zu machen. Diese Veränderung seiner Lebensweise hat die Gefahr des frühzeitigen Todes erhöht. Oder es kann vorkommen, daß ein Versicherter einige Jahre nach Abschluß des Versicherungsvertrages durch Berufswechsel genötigt wird, sich öfter in gefährlichen Situationen aufzuhalten, z. B. die Handhabung von Maschinen zu zeigen oder zu beobachten, ebenfalls eine Änderung, die die Möglichkeit früheren Todes verstärkt. Nach allen diesen Richtungen zeigen die neuerlichen Versicherungsbedingungen ein weitgehendes Entgegenkommen. Nach kurzer Frist, mitunter sogar ohne Frist, ist dem Versicherten jede Reise oder wenigstens eine große Anzahl von Reisen gestattet, ohne daß dadurch irgendein Einfluß auf die Gültigkeit der Versicherungsvertrages eintritt, und das gleiche gilt bezüglich des Berufswechsels. Es handelt sich hier um die Tendenz, die Unanfechtbarkeit der Lebensversicherungspolice in weitestem Umfange auszudehnen, eine Tendenz, die sich in besonders interessanter Weise bemerkbar macht bei der Frage, ob auch im Falle des Selbstmordes die Versicherungssumme ausgezahlt wird. Gesetzlich ist der Versicherer nur verpflichtet, die Versicherungssumme im Falle des Selbstmordes auszu zahlen, wenn dargelegt wird, wie wir oben erwähnten, daß der Versicherte im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit den Selbstmord begangen hat. Liegt Selbstmord in zurechnungsfähigem Zustande vor, so könnte der Versicherer kraft Gesetzes die Versicherungssumme zu zahlen ablehnen. Nach den Versicherungsbedingungen, wie sie jetzt meist in Deutschland gelten, wird auch im Falle des Selbstmordes gezahlt, nur muß der Versicherungsvertrag eine gewisse Zeit bestanden haben, so daß also eine gewisse Karenzzeit einzuhalten ist. Diese Frist ist verschieden bei den einzelnen Gesellschaften gestaltet, sie beträgt meist zwei oder drei Jahre, bei einer Anzahl Gesellschaften nur ein Jahr.

Die Vertragsfreiheit, die hierbei zutage tritt und sich in einer den modernen Geschäftsbestrebungen entsprechenden Art in geschäftlich großzügiger Art äußert, hat sich nicht unangefochten aufrechterhalten lassen. Bei der Beratung des Versicherungsvertragsgesetzes im Reichstage ist eine ziemlich starke Minorität mit der Ansicht aufgetreten, daß es moralisch unberechtigt sei, im Falle des Selbstmordes überhaupt etwas zu zahlen, und daß die meisten von uns auch oben erwähnten zwingenden Vorschriften noch um eine bereichert werden sollten. Es sollte nämlich angeordnet werden, daß die Versicherungsgesellschaften nicht berechtigt seien, zu vereinbaren, daß im Falle des Selbstmordes die Versicherungssumme ausgezahlt werde. Der dieser Auffassung entsprechende Antrag hat die Zustimmung der Mehrheit nicht gefunden; die Vertragsfreiheit ist daher in dieser Beziehung unein-

geschränkt; aber es ist jedenfalls interessant, daß der auf vielen Gebieten heute in Deutschland vorhandene Widerstreit zwischen neueren und älteren Anschauungen bei der Frage des Selbstmordes auch auf das scheinbar ganz entlegene Gebiet der Versicherung hinübergegriffen hat, und daß moderne Kampferscheinungen auch hierbei sich geltend gemacht haben.



PROFESSOR DR. ALFRED MANES-BERLIN: DIE DEUTSCHE SOZIALPOLITISCHE ANGESTELLTEN-VERSICHERUNG.



ER Aufgabe dieser Zeitschrift entsprechend soll, wenn hier über die voraussichtlich am 1. Januar 1913 in Kraft tretende Versicherung für Angestellte berichtet wird, diese betrachtet werden als Dokument des Fortschrittes. Hierin liegt also zum mindesten die versteckte Forderung, die Schattenseiten des Gesetzes zurück-, seine Lichtseiten aber besonders hervortreten zu lassen. Will man diesen Weg einschlagen, so muß man fragen, auf wessen Standpunkt man sich dabei am besten stellt. Auf den des Gesetzgebers? des Sozialpolitikers? der Zwangsversicherten? der zur Zahlung der Beitrags-hälfte verpflichteten Unternehmer? oder dokumentiert das Gesetz etwa einen Fortschritt in jeder Beziehung?

Unzweifelhaft bedeutet das Gesetz jedenfalls einen Rekord in bezug auf die Schnelligkeit seines Zustandekommens und die Einstimmigkeit seiner Annahme durch den in den letzten Zügen liegenden Reichstag Ende 1911. Hätten aber damals nicht die Neuwahlen vor der Tür gestanden, und hätte nicht jede Partei zu riskieren gehabt, daß sie die Stimmen einiger Hunderttausender von Angestellten bei Ablehnung des Gesetzes verlieren würde, so wäre ganz bestimmt das Gesetz, wenigstens so, wie es jetzt ist, nicht zur Annahme gelangt; denn glücklicherweise sind die Leistungen unserer Gesetzgeber gerade auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik fast ausnahmslos gründlichere Leistungen, bei denen Unklarheiten, Widersprüche und direkte Textfehler zu den seltensten Ausnahmen gehören. Das Versicherungsgesetz für Angestellte aber weist alle diese Mängel in reichem Maße auf. Und noch ehe das Gesetz in Wirksamkeit getreten ist, wird eine Novelle dazu gefordert, um die vorhandenen lästigen Unklarheiten, Fehler und Widersprüche zu beseitigen. In dieser Beziehung hätte der deutsche Gesetzgeber wirklich seinem österreichischen Kollegen, dem dasselbe Schicksal begegnet ist, nicht nachzueifern brauchen. Als mildernden Umstand kann der Gesetzgeber allerdings geltend machen, daß eine Partei die andere in Liebedienerei um die Angestellten zu überstürzen versucht hat.

Dies vorausgesetzt, zugleich noch mit dem Hinweis darauf, daß das Gesetz in erster Linie aus politischen Gründen zum mindesten beschleunigt worden ist, um wegen des neuen Reichstags einen Teil der Angestellten für die Regierung günstig zu stimmen, sei nunmehr kurz der wesentliche Inhalt des Gesetzes vom 20. Dezember 1911 geschildert. Dabei darf ich mich wohl meinen Ausführungen anschließen, die sich in dem von mir zusammen mit Dr. Königsberger bei Götschen herausgegebenen Kommentar vorfinden

Das Hauptcharakteristikum des Gesetzes ist, gleich dem unserer andern Sozialversicherungsgesetze, die Anordnung einer Versicherungspflicht. Von dieser werden rund 2 Millionen männliche und weibliche Angestellte erfaßt. Für rund zwei Drittel von diesen ist der Versicherungszwang nichts Neues; sie kennen ihn vielmehr aus der Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, welcher sie nach dem alten Gesetze wie nach der neuen Reichsversicherungsordnung unterstehen. Für diese kommt also eine Art Doppelversicherung jetzt zustande mit ganz verschiedenen Versicherungsträgern und Versicherungsbehörden, verschiedenen Beitragsleistungen und ganz abweichend voneinander gestalteten Leistungen an die Versicherten. Nur für etwa eine halbe Million versicherungspflichtiger Angestellter tritt diese Komplizierung nicht ein, weil ihr Gehalt zu hoch ist, so daß sie nicht unter die seit 1890 eingeführte Invalidenversicherung fallen. Daß gerade in dem Moment, in welchem die Vereinheitlichung oder wenigstens Vereinfachung unserer unübersichtlichen Sozialversicherung gefordert und teilweise auch wenigstens äußerlich durch die Kodifikation in Gestalt der Reichsversicherungsordnung durchgeführt wird, ein ganz selbständiger Neubau in einer von der bisherigen Bauweise gänzlich abweichenden Stilart neben den schon vorhandenen Gebäudekomplex gestellt wird, ist bedauerlich.

Im einzelnen erstreckt sich die Versicherung auf Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung, auf Handlungs- und Apothekergehilfen, auf Bühnen- und Orchestermmitglieder, Lehrer und Erzieher sowie auf bestimmte Personen der Schiffsbesatzung. Alle diese Leute unterliegen der Versicherungspflicht vom vollendeten 16. Lebensjahre an, vorausgesetzt, daß sie beim Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben, auch dürfen sie noch nicht berufsunfähig sein und müssen gegen Entgelt als Angestellte beschäftigt werden; ihr Jahresarbeitsverdienst darf aber 5000 M. nicht übersteigen. Gewisse Personen, für die bereits anderweitig ausreichend gesorgt ist, sind ohne weiteres oder auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, die andererseits durch den Bundesrat eine Ausdehnung auch auf einige Selbständige, Kleinunternehmer, erfahren kann.

Das Gesetz hat neun Gehaltsklassen, von denen die unterste Klasse A alle Gehälter bis zu 550 M. umfaßt, die oberste Klasse J die Gehälter von 4000 bis 5000 M.

Gegenstand der Versicherung sind:

1. für den Angestellten selbst Invalidenrente und Altersrente, beide Ruhegeld genannt, und
2. für die Angehörigen Hinterbliebenenrenten: Witwenrente, Waisenrente, Witwerrente.

Ruhegeld erhält, wer Berufsunfähigkeit oder das gesetzliche Alter nachweist sowie die vorgeschriebene Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat. Hinterbliebenenrenten werden gewährt, wenn der Verstorbene zur Zeit seines Todes die Wartezeit für Ruhegeld erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat. Ersteres erhält derjenige Versicherte, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat und durch körperliche Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Ausübung seines Berufes dauernd unfähig ist. Diese Berufsunfähigkeit liegt vor, wenn die Arbeitsfähigkeit des Angestellten auf weniger als die Hälfte eines körperlich und geistig Gesunden von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Diese „Berufsunfähigkeit“ als Voraussetzung für den Bezug der Renten ist nicht mit der in der Invalidenversicherung als Voraussetzung des Rentenbezugs erforderlichen Invalidität zu verwechseln. Jene kann vorliegen, wenn von dieser noch lange nicht die Rede ist. Die Ange-

stellenversicherung ist also insofern günstiger für die Versicherten, aber doch lange nicht so günstig, wie die Angestellten es gefordert hatten. Auch wer nicht dauernd berufsunfähig ist, aber während 26 Wochen ununterbrochen berufsfähig war, erhält für die weitere Dauer der Berufsunfähigkeit ein Krankenruhegeld. Witwenrente erhält die Witwe nach dem Tode ihres versicherten Mannes. Waisenrente erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters seine ehelichen Kinder unter 18 Jahren und nach dem Tode einer Versicherten ihre vaterlosen Kinder unter 18 Jahren. Als vaterlos gelten auch uneheliche Kinder. Nach dem Tode einer versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemannes, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten hat, steht den ehelichen Kindern unter 18 Jahren Waisenrente und dem Manne Witwenrente zu, so lange er bedürftig ist. Waisenrenten gibt es auch, wenn zur Zeit des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand. Nach dem Tode einer versicherten Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und seiner väterlichen Unterhaltungspflicht entzogen hat, steht den ehelichen Kindern unter 18 Jahren Waisenrente zu, auch wenn zur Zeit des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand und der Ehemann sich seiner väterlichen Unterhaltungspflicht entzogen hat.

Zu diesen Geldleistungen hinzu kommen weitere Leistungen, insbesondere das volkshygienisch sehr wichtige Heilverfahren. Es kann nämlich die Reichsversicherungsanstalt ein solches einleiten, um die infolge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzuwenden und wird dies voraussichtlich in weitem Maße versuchen. Angehörige des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, erhalten während des Heilverfahrens ein Hausgeld: mindestens täglich $\frac{3}{20}$ des zuletzt gezahlten Monatsbeitrages, das sind zwischen 24 und 399 Pfennigen. Das Hausgeld fällt weg, so lange und soweit Lohn und Gehalt auf Grund eines Rechtsanspruches gezahlt wird.

An die Stelle der Geldleistungen können Sachleistungen treten. Empfänger von Ruhegeld oder Rente können auf ihren Antrag in einem Invaliden- oder Waisenhaus oder einer ähnlichen Anstalt untergebracht werden. Dazu können die Barbezüge ganz oder teilweise verwendet werden. Trunksüchtigen können ganz oder teilweise Sachleistungen gewährt werden.

Wie erwähnt, ist der Bezug der Renten an die Erfüllung einer Wartezeit geknüpft. Die Wartezeit dauert: 1. beim Ruhegeld für männliche Versicherte 120 Beitragsmonate, für weibliche Versicherte 60 Beitragsmonate, 2. bei den Hinterbliebenenrenten 120 Beitragsmonate; nur bei den ersten zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes soll die Wartezeit hier auf 60 Beitragsmonate verkürzt werden. Falls weniger als 60 Beitragsmonate nachgewiesen werden, beträgt die Wartezeit beim Ruhegeld für weibliche Versicherte 90, im übrigen 150 Beitragsmonate.

Die Anwartschaft erlischt, wenn nicht innerhalb gewisser Perioden eine bestimmte Mindestanzahl von Beitragsmonaten zurückgelegt worden oder die Zahlung der Anerkennungsgebühr unterblieben ist. Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte innerhalb des dem Kalenderjahr der Fälligkeit der Beiträge oder der Anerkennungsgebühr folgenden Kalenderjahres die rückständigen Beträge nachzahlt. Militärische Dienstleistungen, zeitweilige Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit und Besuch einer staatlich anerkannten Lehranstalt zu Fortbildungszwecken gelten als Ersatztatsachen; sie werden einer versicherungspflichtigen Beschäftigung für die Erhaltung der Anwartschaft gleich erachtet.

Was die Berechnung der Versicherungsleistungen betrifft, so bestimmt darüber das Gesetz das Folgende: Das Ruhegeld beträgt nach Ablauf von 120 Beitragsmonaten ein Viertel des Wertes der in dieser Zeit entrichteten Beiträge. Weibliche Versicherte sind hinsichtlich des Ruhegeldes bessergestellt. Die Witwen- und Witwenrente beträgt zwei Fünftel des Ruhegeldes, das der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Ergeben die Renten einen höheren Betrag, so werden sie im Verhältnis ihrer Höhe gekürzt. Beim Ausscheiden eines Hinterbliebenen erhöhen sich die Renten der übrigen bis zum zulässigen Höchstbetrage. — Eine Erstattung der Hälfte der eingezahlten Beiträge (in Kapitalabfindung oder lebenslänglicher Rente) erfolgt bei dem Ableben weiblicher Angestellter nach Erfüllung einer fünfjährigen Wartezeit sowie beim Ausscheiden solcher Personen aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung zufolge Heirat. Eine Besonderheit für weibliche versicherte Angestellte ist die Gewährung von Leibrenten.

Weiblichen Versicherten, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, kann nämlich auf Antrag an Stelle der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung, der Aufrechterhaltung der erworbenen Anwartschaft oder der Erstattung von Beiträgen eine Leibrente gewährt werden, deren Höhe sich nach dem Werte der erworbenen Anwartschaft auf Ruhegeld und nach dem Alter der Antragstellerin richtet und vom Rentenausschuß festgesetzt wird. Die Tarife zur Berechnung des Wertes der Anwartschaft und der Leibrente setzt die Reichsversicherungsanstalt mit Genehmigung des Bundesrates fest. — Aus gewissen Gründen können die Leistungen bisweilen entzogen werden oder ruhen.

Die Kosten der Versicherung, auch die für die gesamte Verwaltung, tragen vollständig die Versicherten und die Unternehmer, und zwar jede Gruppe zur Hälfte in Form monatlicher Beiträge, die nach Gehaltsklassen abgestuft, zwischen 1,60 M. und 26,60 M. betragen. Der Arbeitgeber, der den Versicherten den Beitragsmonat hindurch beschäftigt, hat für sich und ihn den Beitrag zu entrichten. Die Versicherungspflichtigen müssen sich bei der Gehaltszahlung die Hälfte der Beiträge vom Gehalt abziehen lassen. Die Arbeitgeber dürfen nur auf diesem Wege den Beitragsteil der Versicherten wieder einziehen.

Die Beitragsleistung erfolgt entweder durch Verwendung von Marken, welche in Versicherungskarten eingeklebt werden oder durch das weit bequemere Postscheckverfahren.

Die organisatorische Durchführung der Angestelltenversicherung dürfte am klarsten werden, wenn man die in Betracht kommenden Organe von unten nach oben verfolgt. In nicht unbeträchtlichem Umfange haben die versicherten Angestellten wie die Unternehmer durch die ihnen eingeräumte Wahlberechtigung ein nicht unbedeutendes Selbstverwaltungsrecht. Sämtliche versicherte Angestellte sowie deren Arbeitgeber, sofern sie nur volljährig und reichsangehörig sind, sind zu der nach dem Proportionalssystem erfolgenden Wahl von Vertrauensmännern berechtigt, die aus der Zahl der Versicherten wie der Arbeitgeber zu entnehmen sind, und zwar für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde in der Regel mindestens sechs; für jeden Vertrauensmann werden in gleicher Weise je zwei Ersatzmänner gewählt. Die „Vertrauensmänner“, als welche übrigens auch weibliche Versicherte gewählt werden können, sind das Verbindungsglied zwischen Versicherten sowie Arbeitgebern, auf die sie zu gleichen Teilen entfallen, und den Rentenausschüssen, dem Lokalorgan der Verwaltung. Abgesehen davon, daß diesen Vertrauensmännern von den Rentenausschüssen verschiedene Obliegenheiten übertragen werden können, sollen sie auch ohne Auftrag diesen alle Tatsachen mitteilen, die nach ihrer Ansicht für den Ausschuß oder die Reichsversicherungsanstalt von Wichtigkeit sind. Aus den Vertrauensmännern werden die Beisitzer im Rentenausschuß, Schiedsgericht oder Oberschiedsgericht, sowie die nicht beamteten Mitglieder des Verwaltungsrates und Direktoriums entnommen. Damit haben wir bereits sämtliche Organe der Versicherung mit Namen aufgezählt. Die erwähnten Rentenausschüsse, die nach Bedarf errichtet werden, bestehen aus einem Obmann als ständigen Vorsitzenden, mindestens einem Stellvertreter (beides vom Reichskanzler zu ernennende Beamte) sowie aus den erwähnten Beisitzern. Der durch die Rentenausschüsse geschaffenen Dezentralisation der Verwaltung steht als Zentralinstanz gegenüber der eigentliche Träger der Versicherung, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte mit dem Sitz in Groß-Berlin. Diese Anstalt hat ein Direktorium, deren Präsident nach dem Vorschlage des Bundesrates auf Lebenszeit ernannt wird, und der an der Spitze des Direktoriums steht, über welches der Reichskanzler die Aufsicht führt. In diesem Direktorium befinden sich die erforderlichen beamteten Mitglieder sowie je zwei Vertreter

der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Mindestens je zwölf Vertreter der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber bilden mit dem Präsidenten des Direktoriums als Vorsitzenden den Verwaltungsrat. Dieser hat das Direktorium gutachtlich zu beraten und über den Voranschlag wie über den Rechnungsabschluß und die Bilanzen zu beschließen.

Was den Geschäftsgang betrifft, so sind Anträge auf Leistungen an den Rentenausschuß zu richten. Gegen seinen Bescheid ist Berufung an das Schiedsgericht zulässig, gegen dessen Urteil Revision beim Oberschiedsgericht. Auch eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist vorgesehen.

Die Reichsversicherungsanstalt zahlt auf Anweisung des Rentenausschusses durch die Post, und zwar in der Regel durch die Postanstalt, in deren Bezirk der Empfänger zur Zeit des Antrags wohnte. Die Zahlstelle wird ihm vom Rentenausschuß mitgeteilt.

Freiwillig kann man in die Versicherung nur im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes unter gewissen Voraussetzungen eintreten, darf sie auch in bestimmtem, engbegrenztem Umfang auf eine höhere Gehaltsklasse als diejenige, der man angehört, durch Zusatzbeiträge erstrecken, ferner, nachdem man ihr mindestens fünf Jahre zwangsweise angehört, freiwillig fortsetzen oder eine erworbene Anwartschaft durch Zahlung einer Anerkennungsgebühr von 3 M. jährlich aufrecht erhalten.

Schließlich ist, wenn auch nur in aller Kürze, auf den, weil am flüchtigsten verfaßt, am wenigsten befriedigenden, freilich auch schwierigsten Teil des Gesetzes hinzuweisen, der sich mit der Zulassung von Ersatz- und Zuschußkassen wie mit Ersatzverträgen beschäftigt. Sofern nämlich die teilweise sehr weitgehenden gesetzlichen Anforderungen erfüllt werden, können gewisse bestehende Pensionskassen und dergleichen an Stelle der Reichsversicherungsanstalt als Versicherungsträger zugelassen werden oder wenigstens neben dieser. Unter Ersatzverträgen sind Versicherungsverträge zu verstehen, welche für einen Angestellten bei einem Lebensversicherungsunternehmen abgeschlossen sind und vom Gesetzgeber bzw. der Reichsversicherungsanstalt als ausreichende Versorgung angesehen werden.

*

*

*

Das Gesetz muß natürlich, wie jedes Sozialversicherungsgesetz, möglichst uniformieren, egalisieren, davon absehen, einzelnen oder Gruppen von Angestellten Ausnahmestellungen einzuräumen, und so müssen viele Tausende Angestellter es in den Kauf nehmen, daß während für sie bisher durch Privatunternehmungen besser gesorgt worden war, dies künftig aufhört und sie dieselbe Versicherung erhalten wie die meisten ihrer bisher allerdings ganz unversorgt gewesenen Kollegen.

Nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der dem Gesetz Unterstellten vermag heute aus eigener Wissenschaft das Gesetz daraufhin zu prüfen, ob es für ihn einen Fortschritt, wie er ihn wünschte, dokumentiert. Aber wenn auch die über das Gesetz zunächst Hoherfreuten — und das sind wohl die meisten Angestellten — einmal erst volle zehn Jahre lang lediglich Einzahlungen zu leisten haben, Auszahlungen aber erst nach Ablauf dieser Karenzfrist erhalten, wenn auch die Witwen und Waisen der Versicherten in den ersten fünf Jahren keine Renten bekommen, so ist es durchaus nicht

ausgeschlossen, daß auch die vielen heute Zufriedenen ihre Auffassung über das Gesetz ändern.

Auf alle Fälle wird aber der Korpsgeist der Angestellten durch das Gesetz gestärkt, und die große Masse der ihm Unterstellten wird nicht vergessen, daß sie außerordentlich viel von Regierung und Parteien erreichen können, wenn sie einigermaßen geschickt geleitet, laute und uner-müdliche Propaganda treiben sowie hierbei nachdrücklich auf ihre Stimmen-zahl und deren Verwertungsmöglichkeit hinweisen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des neuen Sozialversiche-rungszweiges ist schon mit Rücksicht darauf, daß rund 2 Millionen Personen darunterfallen, außerordentlich groß. Das Gesetz bedeutet naturgemäß wenigstens in vielen Fällen eine nicht unerhebliche finanzielle Be-lastung der Unternehmer, welche ja die Hälfte der gesamten Kosten aufzu-bringen haben. Ob und wie die Unternehmer diese Kosten abwälzen oder überwälzen werden und auf wen sie letzten Endes fallen, kann nur vermutet werden. Jedenfalls sind die Beiträge für zahlreiche Betriebe nicht so un-bedeutend, daß die Unternehmer auch die den versicherten Angestellten gesetzlich auferlegten Beitragsleistungen freiwillig mitübernehmen werden, wie dies bei Invalidenversicherung namentlich bei Dienstboten häufig der Fall ist. Die Versicherung entspringt dem Wunsche der Majorität der An-gestellten. Es wäre daher auch durchaus verkehrt, würden diese nicht durch die Beitragsleistungen immer wieder daran erinnert werden, daß und wie sie versichert sind. Keine reine Wohltat soll die Versicherung sein, sondern vielmehr auch eine Maßregel zu wirtschaftlicher Erziehung. Im übrigen werden alle sozial, ethisch und hygienisch wert-vollen Folgeerscheinungen, wie sie die Invalidenversicherung der Arbeiter gebracht hat, sich auch bei der Angestelltenversicherung zeigen, und zwar vielleicht noch in höherem Maße. In wie weit so die Belastung durch eine Entlastung ausgeglichen wird, bleibt abzuwarten. Freilich werden auch üble Begleiterscheinungen nicht ausbleiben, als deren schlimmste die Renten-hysterie zu bezeichnen ist.

Alles in allem bedeutet die Angestelltenversicherung einen Fortschritt in der Versorgung zahlreicher hilfsbedürftiger Per-sonen, wenn man als objektiver Beurteiler auch nicht umhin kann, zahl-reiche Einzelheiten des Gesetzes, vielleicht auch manche seiner Prinzipien, als zum mindesten sehr verbesserungsbedürftig zu bezeichnen.



AMTSGERICHTSRAT DR. KÖHNE, BERLIN: DER STAND DER JUGENDGERICHTSBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND.



IT Beginn des Jahrhunderts kam aus Amerika die Kunde von einer neuartigen Behandlung der verwahrlosten und verbreche-rischen Jugend. Man vernahm, daß besondere Einrichtungen ge-troffen wurden, um der Eigenart jugendlicher Delinquenten gerecht zu werden, daß besonders qualifizierte Richter mit ihrer Aburteilung betraut wurden, denen die Strafjustiz über Erwachsene im allgemeinen nicht oblag.

Diese Einrichtungen und die Mitteilungen über ihre günstigen Erfolge reizten in Europa zur Nachahmung. Freilich waren sie nicht einfach übertragbar, da der Verschiedenheit ethischer und rechtlicher Volksstimmungen sowie der Verschiedenheit der Behördenorganisation Rechnung getragen werden mußte. Immerhin wurde zunächst ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung in Birmingham ein Jugendgericht eingerichtet, in Paris eine einzelne Strafkammer mit der Aburteilung Jugendlicher betraut und von dieser die Hilfe der freiwilligen Liebestätigkeit in weitem Umfange in Anspruch genommen; auch in andern Staaten wurden die verschiedensten Versuche gemacht, die Straftätigkeit durch Rettungstätigkeit zu ergänzen. Diese Versuche haben nun Erfahrungen gezeitigt, die es ermöglichten, der strafrechtlichen Behandlung Jugendlicher und insbesondere der Jugendgerichtsbarkeit eine Grundlage durch Gesetz in England, Frankreich und Belgien zu verschaffen.

In Deutschland fehlt es bisher den Jugendgerichten an einer gesetzlichen Grundlage. Aber durch die aufopfernde Tätigkeit und das Zusammenwirken von Verwaltungsbehörden, Gerichten, Erziehern, Ärzten, Geistlichen und Jugendfürsorgevereinen ist so Bedeutsames geschaffen, daß es in keiner Weise hinter den Einrichtungen jener Länder zurücksteht, denen die Gesetzgebung die Arbeit erleichtert hat, im Gegenteil vielfach an Wirksamkeit die ausländischen Einrichtungen übertrifft.

Nur wenige Vorschriften sind es, durch die unsere Gesetzgebung jugendliche Rechtsbrecher privilegiert. Dazu gehört die Bestimmung, daß Kinder unter 12 Jahren strafrechtlich nicht verfolgt werden dürfen, daß Kinder zwischen 12 und 18 Jahren freizusprechen sind, sofern sie nicht die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besitzen, daß sie für den Fall ihrer Verurteilung milder zu bestrafen sind als Erwachsene, daß sie im Prozeß in höherem Grade der Verteidigung bedürfen als Erwachsene, daß ihren gesetzlichen Vertretern gewisse Rechte einzuräumen sind, daß sie bei der Strafvollstreckung nicht mit Erwachsenen zusammengebracht und besonderer Behandlung unterworfen werden. Diese Vorschriften sind aus der Erkenntnis entsprungen, daß die vergeltende Gerechtigkeit gegenüber Jugendlichen noch etwas andere Aufgaben hat als gegenüber Erwachsenen. Sie beschränken sich aber doch auf das Gebiet der vergeltenden Gerechtigkeit, ohne dem Erziehungs- und Besserungsgedanken Einfluß zu gewähren. Der Erziehungs- und Besserungsgedanke spielte auf einem ganz andern Gebiete eine wesentliche Rolle. Während in den Ländern der angelsächsischen Rasse es an jeder geordneten staatlichen Tätigkeit für solche Kinder fehlt, deren Familienbande zerrissen sind, hat das deutsche Recht in seinen Vorschriften über elterliche Gewalt und Vormundschaftswesen, über Sorgerechte und Sorgepflichten ein fein durchdachtes System, das es ermöglichen soll, jedem Kinde diejenige Sorge und Erziehung zuteil werden zu lassen, die ihm eine gesunde Entwicklung ermöglicht. Und darüber hinaus haben seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts alle deutschen Bundesstaaten Gesetze über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger erlassen, die eine Ersatzerziehung dort ermöglichen, wo mit der natürlichen Erziehung Erfolge nicht zu erzielen sind. Freilich ist seit langem jedem Kenner unseres Volkslebens bekannt, daß die fein ausgeklügelten Bestimmungen des Gesetzes in zahlreichen Fällen der harten Wirklichkeit nicht genügten, daß zahllose Kinder trotz aller Mühen der Behörden diejenige Erziehung entbehren mußten, die allein ihnen eine normale Entwicklung verbürgen könnte. Eine besondere Rücksicht auf jugendliche Personen, die mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen, nehmen die erwähnten Gesetze nicht. Es fehlte jeder

Zusammenhang zwischen der strafrichterlichen und vormundschaftsrichterlichen Tätigkeit. Eine eigentümliche Privilegierung jugendlicher Verurteilter geschah dann in fast allen deutschen Bundesstaaten im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts durch Einführung der Strafaussetzung mit Aussicht auf bedingte Begnadigung. Es wurde nämlich gestattet, daß jugendliche Personen, die erstmalig oder wegen besonders entschuldbarer Straftaten zu Freiheitsstrafen verurteilt sind, nicht sofort diese Strafe zu verbüßen haben, sondern Strafaufschub erhalten, und wenn sie sich während einer bestimmten Bewährungsfrist gut führen, dem Monarchen zur Begnadigung empfohlen werden. Diese Einrichtung enthält mit Rücksicht auf die Eigenart jugendlicher Personen eine Durchbrechung der sonst geltenden kriminalpolitischen Grundsätze; sie erkennt an, daß es unter Umständen im Staatsinteresse liegt, Delikte Jugendlicher ungesühnt zu lassen. Indessen zieht sie nicht die letzten Konsequenzen. Eine Beaufsichtigung, wirksame Kontrolle, erzieherische Einwirkung während der Bewährungsfrist ist nicht angeordnet; auch die erlassene Strafe des Jugendlichen wird im Strafregister vermerkt, so daß der Verurteilte all diejenigen Nachteile zu erleiden hat, die eine Vorbestrafung im bürgerlichen Leben nach sich zieht, Nachteile, die vielleicht schwerer wiegen als die Bestrafung selbst.

Man sieht aber, ganz unabhängig von dem amerikanischen Vorbilde ist auch der deutschen Gesetzgebung und Verwaltung zum Bewußtsein gekommen, daß die Eigenart jugendlicher Verbrecher eine eigenartige Behandlung fordert. Noch stärker ist diese Erkenntnis all denjenigen Personen und Vereinen aufgegangen, die in karitativer Tätigkeit erkennen mußten, wie unendlich verschieden die Not Jugendlicher von der Erwachsener ist, und wie einschneidender Fürsorge bei den heutigen schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gerade die Jugend bedarf, um zu gedeihlicher Entwicklung zu gelangen.

Aber alle die zahlreichen gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften, Bestrebungen und Wünsche entbehrten des inneren Zusammenhangs und der zielbewußten Zusammenfassung. Als nun die Kunde von den amerikanischen Einrichtungen nach Europa herüberdrang, machte sich die Überzeugung geltend, daß es nicht angängig sei, daß der Vormundschaftsrichter seine Funktionen übe, ohne die Straftaten der ihm unterstellten Minderjährigen zu beachten, daß der Strafrichter die Straftaten sühne, ohne an die Besserung der Bestraften zu denken, daß die freiwillige Liebestätigkeit ihres Amtes walte, ohne den Zusammenhang mit den Behörden aufrechtzuerhalten.

Drei schwere Nachteile waren es, die das unterschiedslose Aburteilen erwachsener und jugendlicher Personen zeitigte. Die häufige Berührung jugendlicher Angeklagter mit schwer verdorbenen Elementen in den Warterräumen und Sitzungssälen des Gerichts hatte die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der ersteren zur Folge. Feierliche Sitzung in prunkvollen Räumen mit Anklagebank, Verteidigung und allen den in der gewöhnlichen Strafsitzung erforderlichen Formen führte leicht dazu, eine perverse Eitelkeit jugendlicher Angeklagter zu wecken. Richter, die selten Jugendliche aburteilen, können nur schwer sich in ihre eigentümliche seelische Verfassung einleben, sind daher leicht geneigt, sie formell falsch zu behandeln und materiell die als Voraussetzung ihrer Strafbarkeit geltende Einsichtsfähigkeit zu bejahen. Es ist charakteristisch, daß jahrelang nur etwa 4 % aller angeklagten Jugendlichen wegen mangelnder Einsichtsfähigkeit freigesprochen sind, obwohl unter ihnen sich sehr zahlreiche Kinder im Alter von 12 oder 13

Jahren und geistig Minderwertige befanden. Es fehlte endlich, wie schon hervorgehoben, die richtige Grenzziehung zwischen der Notwendigkeit der Sühne und der Erziehung, weil die Beurteilung, die nur einheitlich möglich war, zwei verschiedenen Richtern, die miteinander in keinem Zusammenhang standen, dem Straf- und dem Vormundschaftsrichter übertragen war.

Seit dem Jahre 1908 ist nun versucht, durch Verwaltungsanordnungen den geschilderten Mängeln abzuhelpen. Diese Verwaltungsanordnungen ergingen zwar auf Grund von Empfehlungen und Richtlinien, die in den einzelnen Bundesstaaten von der Zentralinstanz erlassen wurden, waren aber doch im wesentlichen Emanationen der Lokalinstanzen, zeigten mithin erhebliche Verschiedenheiten.

Dem Wunsche, eine Berührung zwischen jugendlichen und erwachsenen Angeklagten zu vermeiden, konnte sowohl bei Strafkammern als bei Schöffengerichten Rechnung getragen werden, indem die Jugendlichen entweder in einem andern Gebäude oder an andern Tagen abgeurteilt werden als die Erwachsenen. In kleinen Orten, in denen nur ein Gerichtsgebäude vorhanden ist und es an ausreichendem Material für besondere Jugendlingsitzungen fehlt, werden vielfach die Jugendlichen zu einer früheren Morgenstunde vorgeladen. Eine Spezialisierung der für die Aburteilung Jugendlicher zuständigen Richter ist natürlich nur an größeren Orten möglich. Sie kann dort aber ebenfalls sowohl für die Strafkammern wie für die Schöffengerichte geschehen und ist tatsächlich vielfach durchgeführt. Sehr wesentlich ist dabei, daß auch die staatsanwaltlichen Geschäfte in die Hände eines Jugendstaatsanwalts gelegt werden. Auch das ist an vielen Orten geschehen. Die wichtigste Reform aber, die Zusammenlegung der straf- und vormundschaftsrichterlichen Funktionen in der Hand eines Richters, eine Einrichtung, die allein den Namen des Jugendgerichts verdient, ist bisher nur bei den Schöffengerichten durchgeführt. Immerhin hat sie weite Verbreitung gefunden, sie besteht wohl in den meisten Großstädten und vielen Mittelstädten Deutschlands und kommt der überwiegenden Zahl angeklagter Jugendlicher zugute, da deren große Mehrzahl von den Schöffengerichten bzw. Amtsgerichten, nur eine kleine Minderzahl von den Strafkammern abgeurteilt wird. Diese Personalunion läßt sich freilich in denjenigen Bundesstaaten nicht durchführen, in denen als Vormundschaftsgericht eine Verwaltungsbehörde fungiert, nämlich in Württemberg, Mecklenburg und Hamburg. In allen andern Staaten ist sie durchführbar und meist auch durchgeführt. Sie hat den Vorteil einer richtigen Abgrenzungsmöglichkeit von Straf- und Besserungsmaßnahmen, sie führt den Richter zu einer tieferen und gerechteren Beurteilung und gibt ihm den Anstoß, die Straftat nicht nur zu sühnen, sondern auch die Wurzeln abzugraben, aus denen sie entstanden ist. Als Mittel zu der letztgedachten Aufgabe stehen dem Richter alle jene Machtmittel zu Gebote, die das bürgerliche Recht in seinen familienrechtlichen Vorschriften und das Landesrecht in seiner Gesetzgebung über die Fürsorgeerziehung in seine Hände gelegt hat. So umfassend diese Machtmittel auch sind, so hat sich doch ergeben, daß sie nicht ausreichen. In zahlreichen Fällen lag weder eine gesetzliche Voraussetzung für Anordnung einer Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft vor, noch erschien die Anordnung der Fürsorgeerziehung ratsam. Und dennoch zeigte die Straftat, daß der Jugendliche sich auf abschüssiger Bahn befindet, weil er aufsichtslos war oder besonders vorsichtiger Behandlung bedurfte, sich in falschem Berufe befand oder gar in den gefährlichsten Zeiten seiner Entwicklung unter Arbeitslosigkeit litt. Hier mußte geholfen werden, ohne

daß die bestehende Gesetzgebung Hilfsmittel bot. Den Jugendrichtern bot sich nun die reich entwickelte und reich gegliederte freie Liebestätigkeit als Helferin an. Konfessionelle und interkonfessionelle Vereine, deren statutenmäßiger Zweck die Jugendfürsorge ist, Geistliche, Lehrer, Studenten, die organisierte Arbeiterschaft und zahlreiche Frauen stellten sich zur Verfügung, um gefährdete Jugendliche zu stützen, aufsichtslos zu beaufsichtigen oder Kinderhorten zuzuführen, arbeitslos zu beschäftigen, in Lehrstellen unterzubringen, für veredelnde Vergnügungen zu sorgen und dergleichen mehr. Die Richter nahmen natürlich die ihnen gebotene Hilfe mit Freuden an. Sie bildeten das Institut der sogenannten Schutzaufsicht aus, das eine Grundlage im Gesetze nicht hat, aber doch dessen Sinn und Willen entspricht. Hand in Hand mit den Helfern bemühen sie sich, alle diejenigen Einwirkungen von den Jugendlichen fernzuhalten, die diese zum ersten Fehltritt geführt haben. In aufopfernder Weise werden sie dabei von den Ärzten unterstützt; die früher fast allgemein geltende Ansicht der Richter, daß man in kurzer Rücksprache mit den Angeklagten erkennen könne, ob diese gesund oder geistig krank sind, wird glücklicherweise mehr und mehr erschüttert. Noch schwieriger als bei Erwachsenen ist eine richtige psychische Diagnose bei jugendlichen Personen im Entwicklungsalter. Hier leisten die Psychiater den Jugendrichtern vielfach in uneigennütziger Tätigkeit die größten Dienste. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, den Richtern Einblicke in die Eigentümlichkeiten der jugendlichen Psyche zu gewähren und sie auf die zahlreichen Abweichungen von der normalen Entwicklung, die man gerade bei Verwahrlosenden findet, hinzuweisen.

Selten hat eine geistige Bewegung ihr Ziel so scharf ins Auge gefaßt, und selten hat sie sich die Billigung der öffentlichen Meinung in so hohem Grade zu erwerben gewußt, wie die Jugendgerichtsbewegung. Ihrer Einheitlichkeit und dem Austausch der Erfahrungen dienen die Jugendgerichtstage, die von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge seit dem Jahre 1909 zusammenberufen sind und bereits dreimal zu gemeinsamer Beratung aller an der Jugendfürsorge mitwirkenden Organe geführt haben.

Nunmehr hat die Reichsregierung den Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes fertiggestellt, veröffentlicht und der Kritik unterbreitet. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind die folgenden: Es sollen durch die Landesjustizverwaltungen, wo das Bedürfnis besteht, bei den Amtsgerichten besondere Abteilungen, Jugendgerichte, gebildet werden. Als Jugendschöffen sollen Personen berufen werden, die in der Jugenderziehung besonders erfahren sind, auch Volksschullehrer. Öffentliche Klage soll gegen einen Jugendlichen nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Ist in solchem Falle dennoch Klage erhoben, so soll das Gericht befugt sein, das Verfahren einzustellen. Dann hat die Vormundschaftsbehörde ihres Amtes zu walten unter Benutzung aller ihr zur Verfügung stehenden Hilfsmittel. Sie soll aber auch ein neues Mittel erhalten, nämlich das Recht, den Jugendlichen unter Aufsicht eines männlichen oder weiblichen Fürsorgers zu stellen. Der Entwurf erweitert den Kreis der notwendigen Verteidigung im Strafverfahren gegen Jugendliche und führt daneben eine Beistandschaft ein, die den Jugendlichen in allen den Fällen schützen soll, in denen er einen Verteidiger nicht hat. Untersuchungshaft soll nur in ganz seltenen Fällen und dann mit besonderer Vorsicht in Anwendung gebracht werden. Die Hauptverhandlung gegen Jugendliche soll von andern derart gesondert werden, daß eine Berührung

mit erwachsenen Angeklagten vermieden wird. Das Gericht soll befugt sein, nach seinem Ermessen die Öffentlichkeit ganz oder teilweise auszuschließen. Es darf auch anordnen, daß der Angeklagte zeitweise aus der Hauptverhandlung entfernt wird, wenn von einzelnen Erörterungen ein nachteiliger Einfluß auf ihn zu befürchten ist.

Dies sind die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfs. Wenn sie Gesetz werden, geben sie zweifellos den bestehenden Einrichtungen die gesetzliche Grundlage und beseitigen einige schwer empfundenen Nachteile des gegenwärtigen Zustandes. Für ganz ausreichend wird man sie freilich noch nicht halten können. Es dürfte nicht angängig sein, die Einrichtung von Jugendgerichten ganz in das Belieben der Verwaltung zu stellen, gewisse Richtlinien werden gesetzlich festzulegen sein. Die Zuständigkeit der Jugendgerichte wird über das bisherige Maß ausgedehnt werden müssen, und es wird ferner dafür Sorge zu tragen sein, daß die bessernde und heilende Fürsorge nicht denjenigen gegenüber versagt, die von den Strafkammern abgeurteilt werden. Die bedingte Strafaussetzung wird aus einer Verwaltungsanordnung zu einer gesetzlichen Maßregel gemacht werden müssen, und sie wird so auszubauen sein, daß sie sich als Glied der Jugendfürsorge in das System der übrigen Sühne- und Besserungsmaßregeln einfügt. Endlich wird auch in einem Jugendgerichtsgesetz die Möglichkeit einer Rehabilitation bei langjähriger guter Führung nicht außer Acht bleiben dürfen, damit nicht eine in früher Jugend begangene Torheit das ganze spätere Leben eines Jugendlichen verderben kann.

Es ist sehr zu hoffen, daß diese Wünsche, die wahrlich nicht utopische sind, bei der Gesetzgebung Gehör finden mögen. Wie dem aber auch sei, mit Stolz kann die deutsche Jugendgerichtsbewegung auf das Geschaffene, mit Hoffnung in die Zukunft schauen.



LANDRICHTER DR. ERNST SONTAG, BERLIN: DIE VORARBEITEN ZU EINEM NEUEN DEUT- SCHEN REICHSSTRAFGESETZBUCH.

I.

DAS geltende deutsche Strafgesetzbuch ist 42 Jahre alt. In unserer raschlebigen Zeit für ein jedes Gesetz gewiß schon ein ehrwürdiges Alter, besonders aber für ein Strafgesetzbuch; denn in den Jahrzehnten seit seiner Schaffung hat das Recht wohl auf keinem Gebiete solche Forstschritte gemacht, sind ihm so viel neue Erkenntnisquellen eröffnet worden, als auf dem Gebiete des Strafrechts.

Ich brauche in dieser Hinsicht nur an die vollkommen neue Lehre der Kriminalpsychologie und -psychiatrie und an die Fortschritte der gerichtlichen Chemie zu erinnern. So ist es die höchste Zeit, daß wir in Deutschland ein neues Strafgesetzbuch bekommen. Die Vorarbeiten hierzu sind seit einer Reihe von Jahren bereits im Gange und, entsprechend der schwerwiegenden Bedeutung des in Leben, Ehre, Freiheit und Vermögen des Staatsbürgers eingreifenden Strafrechts von dem Kaiserlichen Reichsjustizamte aufs

sorgfältigste und weitausschauendste angelegt worden. Als erste Vorarbeit erschien auf Anregung des Reichsjustizamtes die „Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts“ in sechzehn Bänden, an welcher mehr als vierzig deutsche Hochschullehrer mitgearbeitet haben. Muß auch ein deutsches Strafgesetzbuch in erster Reihe an die heimische Rechtsentwicklung anknüpfen und dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes entsprechen, so darf doch andererseits ein modernes Gesetzgebungswerk sich nicht völkisch abschließen, sondern es muß über die Reichsgrenzen hinaus auch Ausschau nach gesetzgeberischen Versuchen und Erfahrungen der andern Kulturvölker halten.

Ein solches vergleichendes kritisches Werk über die Strafrechte aller Kulturvölker fehlte aber bisher. Es ist durch die genannte erste Vorarbeit zum deutschen Strafgesetzbuch geschaffen.

Die zweite Vorarbeit ist der im Jahre 1909 erschienene „Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch“, geschaffen von einer Kommission von wenigen Praktikern unter dem Vorsitz des damaligen Direktors im preußischen Justizministerium, Wirklichen Geheimen Rats Dr. Lucas. Die Kommission hat einen Gesetzentwurf von 310 Paragraphen und 2 Bände Begründung von 869 Seiten geliefert. Diese Arbeit ist der Öffentlichkeit zur Kritik unterbreitet worden. Von größeren kritischen Arbeiten, welche den ganzen Vorentwurf umfassen, sind außer Artikelserien in den verschiedenen juristischen Zeitschriften meines Wissens nur zwei erschienen: eine „Gegenentwurf“, aufgestellt von den Professoren Kahl, von Lilienthal, von Liszt und Goldschmidt (Berlin 1911, J. Guttentags Verlag) und „Kritische Betrachtungen zum Vorentwurf eines deutschen Gesetzbuches“ von dem Verfasser dieses Aufsatzes (Kattowitz 1911. Verlag Gebr. Böhm).

Nach angemessener Zeit ist im Reichsjustizamte abermals eine Kommission, diesmal in erheblich stärkerer Besetzung, zusammengetreten, welche den Vorentwurf unter Berücksichtigung der dazu erschienenen Kritiken einer Überarbeitung unterzieht. Diese Kommission ist noch am Werke, der Reichsanzeiger bringt wohl ab und zu kurze Veröffentlichungen über den Fortschritt ihrer Arbeit, aber eine offizielle, geschlossene und ausführliche Veröffentlichung von ihr liegt noch nicht vor. Man ist also darauf angewiesen, wenn man den Stand der deutschen Strafrechtsreform besprechen will, im wesentlichen noch den Vorentwurf von 1909 *) zugrunde zu legen. Die Änderungen der Strafrechtskommission sollen aber an einigen wichtigen Punkten berücksichtigt werden.

Dieser Entwurf will, wie er selbst sagt, keine Neu-, sondern eine Um- und Fortbildung des geltenden Rechts sein. Er will in „strenger Anknüpfung an das historisch Gewordene das allgemeine Strafrecht auf diejenige Stufe heben, die nach den jetzt herrschenden Überzeugungen als die nächst höhere anzusehen ist“. Diese Aufgabe ist ihm zweifellos geglückt. Der Entwurf ist grundsätzlich den Anschauungen der klassischen Strafrechtsschule nahe geblieben, hat aber mit voller Empfänglichkeit für die berechtigten Forderungen der modernen Schule, aus dieser soviel entnommen, wie den Bedürfnissen einer modern gerichteten Zeit entspricht.

II. Die wichtigsten Aufgaben waren in dem „Allgemeinen Teile“ des Strafgesetzbuches zu lösen.

*) Nachstehend „VE.“ abgekürzt.

Da war zunächst die vielumstrittene Frage, ob die Todesstrafe beizubehalten sei. Der Entwurf hat sie beibehalten.

Allgemein bekannt ist, daß es einen Stamm abgefeimter Verbrecher gibt, auf welche die Freiheitsstrafe, auch die Zuchthausstrafe gar keinen Eindruck mehr macht. Damit versagt das abschreckende Moment der Strafe, welches diesen Elementen gegenüber neben der Unschädlichmachung das einzige in Betracht kommende ist. Hier bringt der VE. eine wertvolle Neuerung mit der Bestimmung: „Zeugt die Tat von besonderer Roheit, Bosheit oder Verworfenheit oder ist nach den Vorbestrafungen des Täters anzunehmen, daß der gewöhnliche Strafvollzug auf ihn nicht die erforderliche Wirkung ausüben würde, so kann das Gericht im Urteile Schärfungen der Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe anordnen.“ Die Schärfungen sollen in geminderter Kost und harter Lagerstätte oder einem von beiden bestehen. Die Kommissionsvorschläge schränken das Anwendungsgebiet dieser Schärfungen ein.

Die Prügelstrafe einzuführen, hat der VE. meines Erachtens trotz des englischen, dänischen und amerikanischen Vorbildes mit Recht abgelehnt. Für Erwachsene bleibt die Strafe zu demütigend, dagegen würde ich sie bei Jugendlichen für Roheitsdelikte und besondere Unbotmäßigkeit gern eingeführt sehen.

Die Kommission weist die Ausführungsbestimmungen über den Strafvollzug einem besonderen Strafvollzugsgesetze zu.

Neben der Haft soll noch eine vierte Strafart unter der vorläufigen Benennung „Einschließung“ als custodia honesta eingeführt werden. Ihr Anwendungsgebiet soll größer sein als das der jetzigen Festungshaft.

Eines der erheblichsten Zugeständnisse des Entwurfes an die moderne Strafrechtsschule ist die Einführung der „bedingten Strafaussetzung“. Der Grundgedanke dieser Maßregel ist bisher schon fast in allen Bundesstaaten des Reiches in der Form der verwaltungsrechtlichen „bedingten Begnadigung“ verwirklicht gewesen. Die weite Fassung aber, welche der VE. dem bedingten Strafaufschub gegeben hat, erscheint nicht ohne Bedenken. Voraussetzung ihrer Zulässigkeit ist nach § 38 VE., daß der Verurteilte noch nicht wegen eines Verbrechens oder Vergehens mit Freiheitsstrafe vorbestraft ist. Danach steht also nichts im Wege, daß Personen, die mit Geldstrafe vorbestraft sind, und diese ist doch u. a. bei Körperverletzung, Betrug, Unterschlagung zulässig, beim zweiten oder dritten Delikt noch eine bedingte Strafaussetzung erlangen können. Weiter ist die Strafaussetzung bei Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten zulässig. Berücksichtigt man die immer weiter um sich greifende Milde der Strafgerichte, die mit dem Eindringen des Laienelementes in die Strafkammern natürlich noch gesteigert werden wird, so wird eine Strafe von fünf oder sechs Monaten schon einer recht schweren Tat entsprechen. Dem sucht freilich § 39 V. E. mit der Bestimmung vorzubeugen:

„Die Strafaussetzung ist nur zulässig, wenn der Täter nach den Umständen der Tat und nach seinem Vorleben einer besonderen Berücksichtigung würdig erscheint und zu der Erwartung berechtigt, daß er auch ohne den Vollzug der Strafe sich künftig wohlverhalten werde. Bei der Entscheidung ist auch auf die Beweggründe zur Tat, auf die seitdem verflossene Zeit, sowie auf das Verhalten des Verurteilten nach der Tat zu achten, insbesondere darauf, ob er sich nach Kräften bemüht hat, den Schaden wieder gut zu machen.“

Mögen diese Kautelen die Strafaussetzung für Vorbestrafte in der Regel verhindern, so scheinen sie mir keinen Schutz gegen eine Begünstigung der

wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung zu gewähren. Auf diese wird nämlich sehr oft alles das zutreffen, was der § 39 an entlastenden Momenten verlangt.

Die Verfasser des VE. haben sich hier von dem Gedanken der modernen Strafrechtsschule, daß die Strafe vor allem Präventivmittel sei, leiten lassen. Der tief im Volke wurzelnde Gedanke, daß die Strafe Vergeltungs- und Sühnezweck habe, tritt aber hier völlig zurück.

Ganz anders liegt es natürlich bei den Jugendlichen. Hier dürfen die bekannten Gesichtspunkte der nachteiligen Einwirkung der Strafvollstreckung, des schlechten Einflusses der Mitgefangenen, des Makels der Straftat für das ganze Leben volle Geltung beanspruchen.

Von den sichernden Maßnahmen zur Bekämpfung des Verbrechens ist die Einrichtung des Arbeitshauses bereits im geltenden Strafgesetzbuche vorhanden, jedoch nur für Bettler, Landstreicher, Zuhälter und Dirnen. Wenn aber der Zweck dieser Anstalten der ist, arbeitsscheues Volk an die Arbeit zu gewöhnen, so darf dieses Erziehungsmittel nicht auf die genannte Verbrecherkategorien beschränkt bleiben. Mit Recht dehnt deshalb § 42 VE. die Strafe des Arbeitshauses auf gewerbsmäßige Päderasten und Tribaden, Kuppler, Diebe, Erpresser, Betrüger, Hehler und gewerbsmäßige Glücksspieler aus, wenn deren strafbare Handlungen auf „Liederlichkeit und Arbeitsscheu“ zurückzuführen sind, und sie eine mindestens vierwöchige Freiheitsstrafe verwirkt haben.

Die Zeitdauer, für welche auf Arbeitshaus erkannt wird, soll künftig berechtigterweise der Richter und nicht mehr die Landespolizeibehörde bestimmen.

Völlig neu sind von sichernden Maßnahmen im Deutschen Reichsrechte das vom VE. eingeführte Wirtshausverbot und die Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt. Den innigen Zusammenhang zwischen Alkoholismus und Verbrechen aufzudecken, war erst der Wissenschaft der letzten Jahrzehnte, insbesondere der medizinischen vorbehalten.

Über das Wirtshausverbot bestimmt § 34 VE.:

„Ist eine strafbare Handlung auf Trunkenheit zurückzuführen, so kann das Gericht neben der Strafe dem Verurteilten den Besuch der Wirtshäuser auf die Dauer bis zu einem Jahre verbieten.“

„Ist Trunksucht festgestellt, so kann das Gericht neben einer mindestens zweiwöchigen Gefängnis- oder Haftstrafe die Unterbringung des Verurteilten in eine Trinkerheilanstalt bis zu seiner Heilung, jedoch höchstens auf die Dauer von zwei Jahren anordnen, falls diese Maßregel erforderlich erscheint, um den Verurteilten wieder an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen.“

Da nur das trinkende Verbrechen und nicht harmlosere gewohnheitsmäßig trinkende Kontravenienten bekämpft werden sollen, so läßt der Entwurf zutreffend die Nebenstrafe der Unterbringung in eine Trinkerheilanstalt erst nach ernstlicheren Verfehlungen zu und begrenzt diese nach unten mit einer mindestens zweiwöchigen Freiheitsstrafe. Dem Besserungszwecke dieser Maßnahme entsprechend, soll sie nur verhängt werden, falls sie erforderlich ist, den Trinker an ein geregeltes und gesetzmäßiges Leben zu gewöhnen.

Der VE. füllt eine in der Praxis oft empfundene Lücke aus, indem er von den voll zurechnungsfähigen Personen, die geistig Minderwertigen unterscheidet, d. h. solche, deren geistiger Zustand sich infolge von Geisteskrankheit, Blödsinn oder Bewußtlosigkeit unter dem Durchschnitts-

maße bewegt. Da ihre freie Willensbestimmung nur gemindert, nicht völlig ausgeschlossen ist, so sollen diese Personen nicht völlig straffrei ausgehen, aber milder bestraft werden als die voll Zurechnungsfähigen. Dieser mildere Maßstab wird in bequemster Weise dadurch gewonnen, daß auf die geringeren, für den Versuch angedrohten Strafen verwiesen wird.

Zum Schutze des Publikums wird weiter bestimmt, daß sowohl die wegen voller Unzurechnungsfähigkeit Freigesprochenen wie die wegen geminderter Zurechnungsfähigkeit Verurteilten nach gerichtlicher Anordnung im Interesse der öffentlichen Sicherheit in einer öffentlichen Heil- oder Pflegeanstalt verwahrt werden können.

Eine besondere Behandlung hat der Entwurf der zur Bewußtlosigkeit führenden Trunkenheit zuteil werden lassen. Ist sie selbst verschuldet, so soll sie künftig nicht mehr unter allen Umständen Strafausschließungsgrund sein, sondern der Trunkene soll, wenn er in diesem Zustande eine Handlung begangen hat, die auch bei fahrlässiger Begehung strafbar ist, mit der auf das fahrlässig begangene Delikt angedrohten Strafe bestraft werden.

Das Alter der Strafbarkeit hat der VE. vom vollendeten 12. auf das vollendete 14. Lebensjahr heraufgesetzt. Bei der Bestrafung Jugendlicher kann das Gericht neben oder anstelle einer Freiheitsstrafe Überweisung zu staatlich überwachter Erziehung anordnen, wenn die Tat hauptsächlich als Folge mangelhafter Erziehung erscheint oder sonst Erziehungsmaßregeln geboten sind.

Um in die Strafzumessungen der einzelnen Gerichte mehr Einheitlichkeit zu bringen, hat der VE. im § 81 Gesichtspunkte aufgestellt, welche bei Bemessung der Strafe berücksichtigt werden sollen. Er hat aber damit nur die selbstverständlichen Momente kodifiziert, die jeder verständige Richter heute schon anwendet. Neu und einschneidend aber ist die Bestimmung des § 83: „In besonders leichten Fällen darf das Gericht die Strafe nach freiem Ermessen mildern, und, wo dies ausdrücklich zugelassen ist, von einer Strafe überhaupt absehen.“

Ausdrücklich zugelassen ist aber diese Schaffung einer Straffreiheit bei allen Versuchshandlungen, bei Abgabe einer falschen uneidlichen Aussage, bei einfacher Körperverletzung, Beleidigung, Nahrungs- und Genußmitteldiebstahl, Fischwilderei und bei allen Übertretungen.

Gewiß gibt es Fälle, in denen die nach der Strenge des Rechts ergehende Verurteilung als unbillig empfunden wird. Dies sind auch die Fälle, welche von der öffentlichen Meinung gern gegen die Rechtspflege vorgebracht werden. Dies reicht aber meines Erachtens zur Schaffung einer so weitgehenden diskretionären richterlichen Gewalt, wie sie § 83 VE. vorsieht, nicht aus. Der Mißbrauch, der aller Voraussicht nach mit dieser Bestimmung getrieben werden wird, wird ihren Nutzen bei weitem überwiegen. Der VE. glaubt hier den Mißbrauch dadurch ausschließen zu können, daß er den Begriff des besonders leichten Falles definiert. Er erklärt einen solchen nur für vorliegend, wenn die rechtswidrigen Folgen einer Tat unbedeutend sind und der verbrecherische Wille des Täters nur gering und nach den Umständen entschuldbar erscheint, so daß die Anwendung der ordentlichen Strafe des Gesetzes eine unbillige Härte enthalten würde. Aber sind nicht bei den meisten Übertretungen die Tatfolgen unbedeutend und der verbrecherische Wille gering? Kann nicht ein zur Milde geneigtes Gericht solche Übertretungen zu oft entschuldbar und die gesetzliche Strafe für zu hart befinden? Zudem

wird der Strafzweck der Abschreckung durch einen solchen Paragraphen fast völlig gegenstandslos gemacht, denn wenn dem zur Tat Geneigten die Strafdrohung des Gesetzes einfällt und ihn unter dem alten Rechte eventuell von der Tat abhalten würde, wird ihm künftig die Gnadenhoffnung des § 83 bei- fallen, und er wird von dieser nur zu gern die Hemmungsmomente der Furcht vor der Strafe ausschalten lassen.

Eine scharfe Reaktion auf das Verbrechen bringt die vollkommene Neu- regelung der Rückfallsmaterie. Die Kriminalstatistik der letzten Jahre zeigt neben einem langsamen Sinken der Kriminalität überhaupt ein Steigen der Rückfallsverbrechen. Nicht mit Unrecht ist ein Teil der Schuld hieran auf die in der Praxis weit verbreitete zu milde Bestrafung der Rück- fälligen geschoben worden. Das geltende Reichsstrafgesetzbuch kennt den Rückfall überhaupt nur bei Diebstahl, Raub, Betrug und Hehlerei und gibt verklausulierte Bestimmungen, wann eine dritte zur Verurteilung gelangende Tat als Rückfall anzusehen sei. Der VE. will eine steigende Erhöhung der Strafen herbeiführen, indem er bestimmt, daß die Rückfallstrafe stets ange- messen höher sein muß als eine Erstbestrafung. Im dritten und fernerer Rückfalle beträgt die Strafe mindestens ein Viertel und höchstens das Dop- pelte der angedrohten höchsten Strafe, doch darf der gesetzliche Höchstbetrag der zur Anwendung kommenden Strafart nicht überschritten werden. Von mehreren angedrohten Strafarten ist die schwerste zu wählen. Welche wert- volle Stetigkeit und fortschreitende Steigerung wird eine solche Zwangs- bestimmung in unsere Rechtspflege und in die einzelnen Strafen der Ver- brecher bringen!

Von den Rückfälligen getrennt werden die gewerbs- und gewohnheits- mäßigen Verbrecher behandelt.

Unter diesen versteht der VE. Übeltäter, die mindestens fünfmal wegen Verbrechen oder vorsätzlicher Vergehen mit erheblichen Freiheitsstrafen, darunter mindestens einmal mit Zuchthaus, bestraft sind und die letzte Strafe vor nicht länger als drei Jahren verbüßt haben. Sie sollen in besonde- ren, ausschließlich für sie bestimmten Strafanstalten verwahrt werden, bei denen natürlich die Behandlung eine entsprechend strengere sein wird. Die Kommission fügt dem noch die wertvolle Bestimmung hinzu, daß im Sicher- heitsinteresse neben der Strafe eine zeitlich nicht beschränkte Verwahrung des Verurteilten (Sicherungshaft) eintreten soll.

III. Aus dem besonderen Teile können mit Rücksicht auf den mir zur Verfügung gestellten Raum nur einige wenige besonders markante Neuerun- gen hervorgehoben werden.

§ 122 VE. bedroht den mit Strafe, welcher böswillig eine Wahl- handlung zu verhindern oder zu vereiteln versucht oder durch Erregung von Lärm oder Unruhe stört.

Bei einer Anzahl Strafbestimmungen des geltenden Rechtes ist die aus- schließliche Androhung von Gefängnisstrafen bzw. Gefängnis- oder Haft- strafen als Härte empfunden worden. Dem trägt der VE. Rechnung, indem er wahlweise auch Geldstrafen zuläßt bei Pfandbruch, Beschimpfung von Re- ligionsgesellschaften, Störungen des Gottesdienstes, Leichenschändung (wobei übrigens auch die Asche Verstorbener ausdrücklich erwähnt wird), und wahl- weise Haft neben Gefängnisstrafe bei Gotteslästerung und Ehebruch.

Umgekehrt ist eine erfreuliche Strafschärfung bei der Tierquälerei festzustellen. Diese stellt sich häufig als so roh und boshaft dar, daß wir Praktiker es oft genug bedauert haben, darauf nur mit einer Höchststrafe

von 6 Wochen Haft reagieren zu können. § 146 VE. sieht Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten vor.

In dem Abschnitte Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Rechtspflege ist eine wertvolle und dringend notwendige Neuerung die Bestrafung der falschen uneidlichen Aussage eines Zeugen oder Sachverständigen. Es war in gewissen Verbrecherkreisen geradezu zur Regel geworden, bei Vernehmungen vor der Polizei oder dem Ermittlungsrichter das Blaue vom Himmel herunterzulügen oder andere zu solchen Lügen anzustiften, in dem Bewußtsein, es könne einem ja doch nichts passieren; mit der Wahrheit käme man immer noch rechtzeitig heraus, wenn man in der Hauptverhandlung als Zeuge vereidigt würde; aber vielleicht kam es eben gar nicht zu dieser Hauptverhandlung, weil die lügenhaften Zeugenbekundungen eine Einstellung des Verfahrens zur Folge hatten. Für inkonsequent halte ich es, daß die falsche uneidliche Zeugenaussage nur mit Gefängnis bestraft wird, während auf die fasche eidliche Zuchthaus steht. Ist die Verletzung der Rechtsautorität eine geringere, wenn der Zeuge nicht geschworen hat? Oder sollte in der schwereren Bestrafung der eidlichen Aussage noch ein Stück des mittelalterlichen *crimen laesae majestatis* Dei stecken, für welches es einst „nullam redemptionem det, nisi manum perdat“?

Bedauerlich ist, daß für Meineidsstrafen bei dem Vorliegen mildernder Umstände auch Gefängnis zugelassen ist. Der Staat kann im Interesse der Erforschung der prozessualen Wahrheit den Eid, auf den insbesondere in der Form des Zeugeneides die Mehrzahl aller Feststellungen im Straf- und Zivilprozeß aufgebaut ist, gar nicht genug mit den schärfsten seiner Macht- und Strafmittel umgeben; denn jeder Meineid birgt die Gefahr falschen Richterspruchs und unvergleichlich größerer Schäden in sich.

Die absolute Todesdrohung auf den Mord ist im Entwurf gefallen, bei mildernden Umständen soll lebenslängliches Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter 10 Jahren eintreten. Die Strafe wegen Totschlags ist von 5 Jahren Zuchthaus als Mindestmaß auf 2 Jahre Zuchthaus, bei mildernden Umständen auf Gefängnis nicht unter einem Jahre, herabgesetzt worden.

Bei der gefährlichen Körperverletzung hat der VE. erfreulicherweise und wie es nach der vielen an § 223 aStGB. geübten Kritik nicht anders zu erwarten war, auf den Begriff des gefährlichen Werkzeuges verzichtet und die Gefährlichkeit auf die Begehungsart abgestellt, dergestalt, daß gefährlich die Körperverletzung ist, welche „außer mittels gefährlichen Gebrauchs einer Waffe oder eines Messers in der Weise begangen ist, daß dadurch das Leben des Verletzten oder in erheblichem Maße seine Gesundheit gefährdet werden konnte“. Auch das ist mit Genugtuung zu verzeichnen, daß nicht der verbrecherische Erfolg, sondern die Intensität des verbrecherischen Angriffs, wie sie in dem Worte „konnte“ ihren Ausdruck findet, zum Maßstabe genommen worden ist.

Bedauerlicherweise hat es der Entwurf abgelehnt, die dringend notwendige und meines Erachtens durch die Paragraphen über Körperverletzung nicht umfaßte Strafbestimmung über Ansteckung und Gefährdung durch Beischlaf seitens eines Geschlechtskranken aufzunehmen.

Billigenswert ist im Interesse des Schutzes unserer Jugend, daß trotz des Geschreies der Homosexuellen die Strafandrohung gegen deren Verkehr beibehalten und folgerichtig auch auf den Geschlechtsverkehr unter Frauen ausgedehnt worden ist.

Der geltende Rechtszustand, daß jedes Gewähren von Wohnungen an Sittendirnen unter den Begriff der Kuppelerei fällt, hat zu unhaltbaren

Konsequenzen geführt; denn wohnen müssen diese Frauenspersonen doch irgendwo. So bestimmt der VE., daß die Strafandrohung wegen Kuppelei „auf die Gewährung von Wohnung keine Anwendung findet, sofern nicht der Täter mit Rücksicht auf die Duldung der Unzucht einen unverhältnismäßigen Gewinn zu erzielen sucht“.

Bei der Regelung der Betrugsmaterie vermisse ich einen Sonderparagraphen gegen den Kreditbetrug, wie ihn die Gesetze von Norwegen, Ungarn, England und Dänemark, das frühere sächsische Gesetz von 1855 sowie die österreichischen Entwürfe haben. Die Fälle des Kreditbetruges liegen häufig so raffiniert, daß sie nicht, wie der VE. annimmt, mit dem gewöhnlichen Betrugsparagraphen zu fassen sind. Gleicherweise vermisse ich Sonderparagraphen gegen den Bettelbetrug, gegen die vermögensrechtliche Ausbeutung des Aberglaubens und gegen gewisse Täuschungen bei Versteigerungen. Der VE. hat von Sonderfällen des Betruges einzig die Erschleichung freier Fahrt und die Zechprellerei behandelt.

IV. Habe ich bei dieser gedrängten Besprechung des VE. mich im wesentlichen zustimmend zu seinem Inhalt äußern können, so kann ich diesen Bericht doch nicht schließen, ohne festzustellen, daß ein erheblicher Mangel darin liegt, daß von den vielen strafrechtlichen Nebengesetzen, welche wir besitzen, nur die allerwenigsten in den VE. hineingearbeitet worden sind; daß wir also, wenn er in der jetzigen Fassung Gesetz würde, abermals einer Kodifikation des Strafrechts entbehren würden und uns die geltenden Strafbestimmungen aus einem paar Dutzend anderer Gesetze zusammensuchen müssen. Hier hat die jetzt arbeitende Kommission ein weites und dankbares Feld neuer schöpferischer Arbeit.



DR. FELIX REGNAULT, PARIS: DIE SELBSTVERTEIDIGUNG DER GESELLSCHAFT GEGEN DAS VERBRECHERTUM *).



IE Verbrecher scheuen sich nicht, alle Hilfsmittel des modernen Fortschritts zur Ausführung ihrer Verbrechen heranzuziehen; mit eben diesen Hilfsmitteln muß sich auch die Gesellschaft ihnen gegenüber zur Wehr setzen.

In gewissen böhmischen Städten wird das Bild der steckbrieflich verfolgten Verbrechers von Kinematographentheatern allabendlich vor die Menge projiziert.

In Frankreich will man wieder zur Strafe der Auspeitschung zurückgreifen, um so den berüchtigten *A p a c h e n* Furcht einzujagen. Doch gilt dies als eine barbarische Strafe, wenngleich sie noch in England immer ausgeübt wird. Allerdings hat man in diesem Lande jetzt ein wirksames neues Instrument erfunden, den „automatischen Kastigator“: dem Ansehen nach ein Sessel, der aber den Delinquenten, sowie er sich darauf niederläßt, sofort umklammert; ein System von Kulissen und Ringen umgrenzt jenen

*) Wir bringen diese Mitteilungen, die manchen unserer Leser interessieren dürften, wollen jedoch ausdrücklich bemerken, daß unsere Ansichten sich nicht mit denen unseres Mitarbeiters decken. — Anm. d. Red.

Teil des Körpers, der in „Behandlung“ genommen werden soll und ein sehr genauer Mechanismus regelt die Zahl und Stärke der (ebenso mechanisch) applizierten Schläge. Zur selben Zeit sagt ein Edison-Phonograph dem Unglücklichen Moralpredigten, Vorwürfe, Ermahnungen mit einem solchen Stimmumfang vor, daß alle Schreie des Gezüchtigten übertäubt werden.

Bekanntlich ist der polizeiliche Nachforschungsdienst durch die Entdeckungen des ausgezeichneten Arztes, Dr. Bertillon, sehr vervollkommen worden. Doch können diese Nachforschungen erst angestellt werden, wenn der Verbrecher bereits in Haft genommen ist. Der Polizeikommissar müßte sogleich wissen können, ob das vom Wachmann eingelieferte Subjekt schon mit dem Gericht zu tun gehabt habe. War solch eine Tatsache in alter Zeit den Verbrechern mit einem glühenden Eisen auf die Stirn gebrannt worden, so hat Dr. Icard aus Marseille jetzt zu gleichem Ende ein weniger barbarisches Mittel gefunden. Unter die Haut des Verurteilten wird an einer im voraus vereinbarten Stelle etwas flüssiges Paraphin eingespritzt. Dieses verhärtet sich und bildet eine bleibende Beule. Nach der Größe des Deliktes hätte die Paraphinmasse zu variieren, so daß der Polizeikommissar sogleich erkennen würde, ob es sich um einen Rückfälligen handelt, und ob er ein gefährliches Individuum vor sich habe. Nun hätte das Zentralgericht nur mehr die nähere Identität des Betreffenden festzustellen.

Eine neue Strafe, die Kastrierung, wurde in den Vereinigten Staaten schon vor einigen Jahren für Gewohnheitsverbrecher diskutiert. Dieses Verfahren würde in der Tat einen doppelten Vorteil bringen: der Übeltäter könnte sich nicht fortpflanzen, eine Gefahr der erblichen Belastung wäre also beseitigt; und ferner wird er seiner Wildheit beraubt, der Eunuch ist sanft und gefügig. Man kann darauf schwören, daß Banditen wie Garnier und Bonnot einen ganz anderen Charakter gehabt und also ihre Verbrechen nicht begangen hätten, wenn sie ihrer Mannbarkeit beraubt gewesen wären.

Diese Idee konnte bisher noch nicht verwirklicht werden. Es ist menschlich abstoßend, ein an sich gesundes Geschöpf dem Messer des Chirurgen anzuvertrauen, um es einer blutigen und nicht immer gelingenden Operation zu unterwerfen.

Dank einer Entdeckung der Herren Regaud und Nogier in Lyon werden diese Bedenken nunmehr verschwinden. Man wußte daß die Röntgenstrahlen auf die Geschlechtsorgane lähmend einwirken. Glücklicherweise können die Röntgenspezialisten, die unter der Befassung mit ihrer Kunst solcher Lähmung erliegen, durch entsprechende Ruhe ihre Virilität wiedererlangen.

Die Ärzte Regaud und Nogier gestalten die Sterilisation der Haustiere dank einem neuen Dispositiv zu einer endgültigen. Die Röntgenisierung wird mit harten Strahlen unter Ausschluß aller anderen Strahlen vorgenommen. Die Haut wird gegen die Bestrahlung durch Filtrierung der Strahlen durch eine 3 mm dicke Aluminiumplatte geschützt. Drei Sitzungen mit Zwischenräumen von je 14 Tagen führen die völlige Sterilisation schmerzlos und ohne sonstige organische Veränderung herbei. Die einzige sichtbare Begleiterscheinung ist ein Haarausfall.

Diese Entdeckung ist berufen, der Züchtung die größten Dienste zu leisten. Aber sie wird auch der Gerichtsbarkeit unentbehrlich werden; denn sie gestattet die Anwendung einer vorzüglichen, ja, der idealen Strafmethode: dieselbe ist schmerzlos und beraubt den Übeltäter der Lust zum Übeltun.

CHRONIK

GEFÄNGNISREFORM in England: Die ersten Ursprünge des Systems bedingter Verurteilung, wie es in England seit seiner Einführung am 1. Januar 1908 so großen Umfang angenommen hat, liegt im amerikanischen Staate Massachusetts, wo es im Jahre 1880 zuerst für Kinder ein geführt wurde. Im Jahre 1909 wurden in England 8962 Personen nach Verlesung ihres Urteils in Freiheit gesetzt mit der Bemerkung, daß sie sich einem Gerichtsbeamten regelmäßig vorzustellen und über ihre Lebensführung Mitteilung zu machen hätten; erst bei Verübung einer neuen Übeltat aber oder bei schlechter Führung hätten sie die bedingt erlassene Strafe anzutreten. Nur 184 solcher Fälle standen zu verzeichnen, also kaum 4 % der Verurteilten, und konnte dem Reste die Unbescholtenheit so gut wie bewahrt bleiben, was für das moralische Fortleben von großem Werte ist und ein Beweis für den starken, segensvoll moralischen Eindruck des Systems auf die Delinquenten, von denen sonst gewiß ein viel größerer Bruchteil rückfällig geworden wäre.

Bei jugendlichen Verbrechern wird häufig statt des Probation officer der Vater des Kindes selbst mit der Aufsicht betraut. Vielfach wird diese auch durch gewisse Wohltätigkeitsverbände und deren im Ehrenamt tätige Sekretäre geführt.

Dieses System der bedingten Verurteilung ist einerseits für die jugendlichen Delinquenten, anderseits bei leichteren Vergehen bisher unbescholtener Erwachsener vorgesehen. Bei besonders schweren Vergehen jugendlicher Personen tritt an seine Stelle das sogenannte Borstel-System bzw. die nach der ersten diesbezüglichen Institution zu Borstel so genannten Besserungsanstalten. Sie haben keinerlei Gefängnischarakter, und Haupt-

gewicht in der Tageseinteilung wird auf Turnen, Arbeit im Freien, Vorlesungen, Musik, handwerksmäßige Ausbildung in Gewerben, welche fachliche Geschicklichkeit erfordern, sowie auf Fortbildungsschulunterricht gelegt. Der Samstagnachmittag ist Spiel und Sport gewidmet.

In der ersten Anstalt zu Borstel selbst wird von 82 % der jungen Leute ausgesagt, daß sie sich in zufriedenstellender Weise betragen, und von 303 jungen Leuten, die im vergangenen Jahre als befriedigend entlassen wurden, sind bloß 13 neuerdings in Verurteilung verfallen, wiederum ein weitaus geringerer Prozentsatz von Rückfällen als nach gewöhnlicher Gefängnishaft. Zudem muß bemerkt werden, daß in die Borstelinstitute nur wirklich schwere Verbrecher (hauptsächlich jugendliche Einbrecher u. dgl.) kommen; umso bemerkenswerter ist es, daß die Methode der Anstalt, das Ehrgefühl, die Selbstbeherrschung und Lust zur Aneignung von Kenntnissen zu erwecken, welche zur Führung eines ehrlichen Lebenswandels befähigen können, so schöne Erfolge aufweist.

Die meisten jungen Leute werden der Anstalt für 2 bis 3 Jahre übergeben. Eine ähnliche Anstalt besteht für Mädchen in Aylesbury. Sie werden dort in Nähen, Schneidern und andern Gewerben unterrichtet. Bereits nach kurzer Zeit der regelmäßigen Tätigkeit wandelt sich ihr Wesen und zeigen sie freiwillige Aufmerksamkeit und Eifer für die Sache.

Ähnliche Bestimmungen werden seit dem Gesetz über Behandlung jugendlicher Verbrecher (1908) auch in den Gefängnissen, in welchen Personen unter 25 Jahren verwahrt werden, angewendet.

Sehr viel Gewicht wird ferner auf die Unterstützung der aus den Besserungsanstalten Entlassenen gelegt;

ein eigenes Bureau, die Central Association for the Aid of discharged Convicts, welches von der Regierung und verschiedenen wohltätigen Gesellschaften gemeinsam erhalten wird, besorgt Arbeitsgelegenheiten für junge Leute, unterstützt sie am Beginn eines neuen Lebens.

Die zweite große Reform des Gesetzes vom Jahre 1908 bestand in der Einrichtung einer besonderen Behandlung für die Gewohnheitsverbrecher, d. h. für jene Personen, welche in der Verbrecherlaufbahn gleichsam ihren Lebensberuf erblicken und bewußt, in möglichster Vervollkommnung der verbrecherischen Methoden sich diesem Tätigkeitszweige hingeben.

Personen über 30 Jahre, die bereits einmal eine Zuchthausstrafe abgebußt haben und neuerdings eine gleich schwere Verfehlung begehen, können nach Maßgabe ihrer sonstigen Lebensumstände vom Richter in diese Kategorie eingereiht werden.

Sie werden zu langfristiger Gefängnishaft verurteilt, können auch durch gute Führung keinen Anspruch auf Verkürzung der Haft erlangen, wohl aber auf eine Reihe wichtiger Erleichterungen in der Gefängnisdisziplin, derart, daß ihnen schließlich keinerlei wesentliche Beschwer mehr auferlegt wird und die Entziehung ihrer Freiheit nur mehr dem Zwecke dient, ihnen die Wiederaufnahme ihres Verbrecherlebens außerhalb der Gefängnismauern unmöglich zu machen.

Vorlesungen und Konzerte wurden in das Monatsprogramm dieser Anstalten eingefügt.

Das englische System geht also erstens darauf aus, jugendliche Delinquenten durch entsprechende Behandlung im Geiste wissenschaftlicher Psychologie zu arbeits- und lebens-tüchtigen Menschen umzuformen und andererseits Gewohnheitsverbrecher, bei denen solche Methoden keinerlei Er-

folg versprechen würden, aus dem Leben dermaßen auszuschneiden, ohne ihnen im übrigen irgendwelche ausveralteten Rache- oder Vergeltungsinstinkten entstehende Buße aufzuerlegen.

S. Green.



Ein Gesetz über Jugendgerichte in Frankreich ist im Monat Juli in Kraft getreten, das allerdings zunächst nur gewisse Teilgedanken der allgemeinen Reform verwirklicht. Bisher war der Richter beauftragt, bei Delinquenten unter 18 Jahren festzustellen, ob sie mit oder ohne Kenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung vorgegangen wären. Nunmehr wird jede eigentliche Strafhandlung für Delinquenten unter 13 Jahren ausgeschlossen und bloße Übergabe an Gesellschaften, die sich mit der Pflege verwahrloster Kinder beschäftigen, kommt in Frage. Für Minderjährige zwischen 13 und 18 Jahren werden eigene Gerichtsverhandlungen mit Beschränkung der Öffentlichkeit geschaffen, eigene Untersuchungsrichter werden bestellt, welche weniger das Objekt des Verbrechens oder Vergehens als die persönlichen Eigenschaften des Delinquenten erforschen und die Möglichkeit, ihn auf den rechten Weg zurückzuführen, berücksichtigen sollen. Man sieht also, daß es sich keineswegs um eine weitgehende Gesetzgebung im Sinne des ausgezeichneten englischen Gesetzes, welches das verbrecherische Kind aus dem Bereiche der Strafgerichtsbarkeit in das der Fürsorgeerziehung überleitet, handelt, aber immerhin um einen Schritt auf gleichem Wege.

René Dubois.



Gewerbliche Schiedsgerichte in England: Anlässlich des letzten Transportarbeiterstreiks schlug die Re-

gierung vor, daß jeder Konflikt zwischen englischen Fabrikanten und Arbeitern zunächst einem Einigungsamte, aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehend, vorgelegt werden soll. Erst, nachdem die Angelegenheit so verhandelt und damit der öffentlichen Meinung die Möglichkeit geboten sei, zum Konflikt auf Grund der Konstatierungen des Einigungsamtes klar Stellung zu nehmen, soll es den Arbeitern gestattet sein, in Streik zu treten. Kommt ein Vertrag durch Vermittlung dieses Einigungsamtes zustande, so soll, um dessen Einhaltung zu gewährleisten, von Seiten der Gewerkschaften wie andererseits des Arbeitgeberverbandes eine bedeutende Summe bei einer Bank hinterlegt werden.

Tatsächlich wurde dieser Vorschlag im Falle des Transportarbeiterstreiks von den Arbeitern angenommen, während die Unternehmer einwandten, daß ihre Vereinigung in einen Arbeitgeberverband, welcher solche kollektive Arbeitsverträge wirksam abschließen könne, nicht tunlich erscheine. Die Regierung beabsichtigt jedoch gesetzgeberische Schritte zur Verwirklichung ihres Planes.

J. Brown.

Ein internationales Wechselrecht: Seit mehreren Jahren sind Verhandlungen zwischen den führenden Handelsstaaten im Gange, welche auf Vereinheitlichung des Wechselrechtes hinielen. Die stets intensiver werdenden Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten bedürfen in der Tat einer internationalen Rechtsinstitution zur Abwicklung der im internationalen Verkehr erwachsenden Verpflichtungen.

Nach langen Vorarbeiten, die insbesondere von Kammergerichtsrat Dr. Felix Meyer in Berlin geleitet

wurden, trat am 15. Juli in der Hauptstadt der Niederlande eine internationale Wechselkonferenz zusammen. Eine Konvention zur Einführung eines Weltwechselrechtes ist von Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Mexiko, Montenegro, Nicaragua, den Niederlanden, Norwegen, Österreich-Ungarn, Paraguay, Rußland, Schweden, der Schweiz und der Türkei unterzeichnet worden. Mehrere andere Staaten haben die Unterzeichnung für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.



Eine kühne Reform des Strafvollzuges: Der Gouverneur des Staates Oregon in Amerika hat kürzlich eine Verordnung für Gefängnisreform in diesem Staate erlassen, die ganz neuen Ideen dient. Statt die Häftlinge in der üblichen Weise am Entweichen zu verhindern, läßt man sie auf Ehrenwort frei; sie dürfen tagsüber an den Straßen und auf Gutshöfen innerhalb eines Umkreises von 8 km vom Gefängnis sich ohne Aufsicht aufhalten und haben sich bloß abends wieder zu melden. Von 140 Häftlingen des Staatsgefängnisses hat sich bis nun bloß einer der Verpflichtung seines Ehrenwortes entzogen. Die Häftlinge tragen keine Gefängniskleidung, und ein gewisser Teil ihres Verdienstes wird für sie beiseite gelegt und ihnen nach Ablauf ihrer Strafzeit ausgehändigt.

Bevor der Gouverneur dieses weitgehende Wagnis begann, wollte er in einem Einzelfall erproben, ob seine psychologische Anschauung, daß das Ehrenwort gerade einen im Leben so erniedrigten Menschen besonders scharf fassen werde, richtig sei. Er telephonierte an den Gefängnisdirektor dieser solle ihm einen der Sträflinge, der eine fünfzehnjährige Gefängnisstrafe abzubüßen hatte, ohne jede Be-

gleitung oder Bewachung nach dem Gouverneurspalast schicken. Tatsächlich kam der Mann. Dies gab dem Gouverneur Mut zu obiger Verordnung, die bisher durchaus gute Früchte trug.



Eine Frau als Polizeikommissar:

Die Stadt Hunnewell im amerikanischen Staate Kansas hat als erste eine Frau als Polizeikommissar angestellt, Frau Rosa Osborn. Vom weiblichen Bürgermeister der Stadt ernannt, wandte die Dame sofort nach Antritt ihrer Stellung ihr Hauptaugenmerk den heimlichen Schenken, Stätten der Unsittlichkeit usw. zu und führte in kurzer Zeit eine gründliche Reinigung der Stadt herbei. An der Spitze eines Polizeidetachements nahm sie eine Reihe von Haussuchungen vor und veranlaßte speziell die Schließung solcher Schenken, deren Haupteingang geschlossen war, in die aber von rückwärts Kunden eintreten konnten. Ebenso wurden eine Reihe von Spielhöhlen geschlossen und ihre Besitzer dem Gefängnis überantwortet.

Green.



Ein Dienstbotengesetz in Dänemark: Die dänische Regierung hat dem Parlamente eine Vorlage unterbreitet, durch welche das Rechtsverhältnis zwischen Dienstgebern und Dienstboten geregelt werden soll.

Zunächst wird vorgesehen, daß kein Dienstvertrag die Dauer eines Jahres überschreite, und der Dienstbote bei Austritt aus dem Dienst das Recht auf ein Zeugnis des Dienstherrn besitze.

In allen neu errichteten Gebäuden müssen die Dienstbotenzimmer mindestens 16 cbm Luft enthalten, respektive, wenn sie für zwei Personen bestimmt sind, mindestens 25 cbm.

Dienstboten im schulpflichtigen Alter können nicht vor 6 Uhr morgens und überhaupt nicht in den letzten drei, der Schulzeit vorangehenden Stunden beschäftigt werden, damit sie nicht ermüdet zur Schule kommen.

Der Dienstherr ist verpflichtet, den Besitz der Dienstboten gegen Brandschaden zu versichern. Im Krankheitsfall muß er für Pflege sorgen. Die Festlegung der Sonntagsruhe und der freien Wochenabende wird den einzelnen Verträgen überlassen, allgemein jedoch bestimmt, daß jeder Dienstbote nach 6 Monaten Dienstzeit das Recht auf einen dreitägigen Urlaub besitzt, nach Ablauf eines Jahres auf einen Urlaub von einer ganzen Woche.

Der Dienstbote anderseits ist zur Ersetzung des Schadens, den er durch Nachlässigkeit bei der Arbeit dem Dienstherrn zugefügt hat, verpflichtet.

Die Fälle, in denen der Dienstherr zu sofortiger Entlassung des Dienstboten ohne Einhaltung der Kündigungsfrist berechtigt ist, respektive in denen der Dienstbote ohne Einhaltung der Kündigungsfrist seinen Herrn verlassen darf, sind in den einzelnen Verträgen vorgesehen.

Alle Konflikte zwischen Dienstherrn und Dienstboten werden durch ein besonderes Gericht, Tyendenaevn, geschlichtet. In jeder Gemeinde wird ein solches errichtet. Es setzt sich aus Leuten zusammen, die vom Gemeinderate für 6 Jahre aus den Bewohnern der Gemeinde erwählt werden.

R. Hagerup.



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

SYNTHETISCHE WELTKULTUR.

IN den letzten Monaten hatten wir an gleicher Stelle die Beiträge zur Weltkultur, welche aus Deutschland und England, Skandinavien und Amerika, Asien und Australien erfließen, zu skizzieren versucht. Nunmehr soll das Gesamtbild der neuen Zivilisation, wie sie im Zeitalter des Kulturaustausches vor unseren Augen emporwächst, all der genannten und vielfältigen Kulturzüge aus Frankreich, der Schweiz und noch manch anderem Lande, das in den einleitenden Artikeln nicht speziell erwähnt wurde, zusammenfassend entworfen werden.

Die politische Physiognomie der werdenden Weltkultur kann mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit schon heute berechnet werden. Die Gedanken der Volkssouveränität *) setzen sich in ihrer doppelten Erscheinungsform, als parlamentarische Regierung und lokale Selbstverwaltung, überall in Okzident und Orient durch. Auch die Form des Wahlrechts, die diesen Parlamentarismus charakterisiert, ist gerade in den letzten Jahren stets einheitlicher geworden. Österreich und mehrere süddeutsche Staaten haben das allgemeine Wahlrecht eingeführt; in England wird es eben jetzt über Initiative der liberalen Regierung vorbereitet; in Italien bedeutet die letzte Wahlreform einen starken Schritt in gleicher Richtung. In Ungarn sind sich alle Parteien der Notwendigkeit derselben Reform bewußt. Frankreich und die Schweiz, Amerika und die nordischen Staaten, ja selbst Spanien, besitzen das allgemeine Wahlrecht seit langem, und eigentlich sind es von den wichtigeren Staaten der Erde nur mehr Preußen und Rußland, die bewußt der allgemeinen Entwicklung Widerstand leisten. Eben diese Isolierung aber, wie auch ein Blick auf die geschichtlichen Faktoren, welche dieselbe bedingen, zeigen klar, daß es nur der Selbsterhaltungstrieb herrschender, doch in ihrer Herrschaft bedrohter Klassen ist, welche die Wahlungleichheit aufrechterhält, werde sie auch mit soziologischen Vorwänden verbrämt. Wie lange es diesen herrschenden Klassen gelingen werde, ihr Bollwerk zu verteidigen, soll hier nicht vorherzusagen versucht werden. Es kann — speziell in Preußen — noch sehr lange dauern, weil kaum eine herrschende Minderheit der Geschichte bei aller Rückständigkeit gegenüber dem Kultur-niveau der übrigen Bevölkerung doch in sich so stark und gefestigt, von der Zersetzung, die sonst alten Aristokratien eigen, frei ist, wie das preußische Junkertum. Aber, wie Ausnahmen stets die Regel bestätigen, mag die These von der allgemeinen Durchsetzung eines demokratischen Wahlrechts, trotz der Selbstausschließung Preußens, festgehalten werden.

*) Wie im Juni näher ausgeführt.

Auch die weitere Ausdehnung des Wahlrechts auf die erwachsenen Frauen, die heute noch in Deutschland vielfach als Utopie angesehen wird, ist im Lichte der konsequenten ausländischen Entwicklung als ein zweifelloser Zielpunkt der menschlichen Gesamtkultur aufzufassen: Australien und Neuseeland sind mit der Erteilung dieses Wahlrechts seit langem vorangegangen; Finnland und Norwegen sind in letzterer Zeit gefolgt; in Schweden und Dänemark ist man im Begriffe, es einzuführen und damit das Frauenstimmrecht zu einer für alle nordgermanischen Länder geltenden Einrichtung zu machen. Wer das spezifische Verhältnis zwischen diesen Ländern und Deutschland betrachtet, sich darüber klar ist, wie letzteres in Psychologie und Literatur den Spuren der nordischen Anreger folgt, wer sich der Rassenverwandtschaft und der bei aller Vorgeschiedenheit Skandinaviens doch unleugbaren Verwandtschaft der sozialen Verhältnisse bewußt ist, wird die endliche Verleihung des Stimmrechts auch der deutschen Schwester der Frau des Nordens nicht bezweifeln können.

In Amerika hat die Frauenstimmrechtsgesetzgebung in letzter Zeit durch die Erteilung politischen Stimmrechts an die Frauen Kaliforniens und die Aufnahme der Stimmrechtsforderung in das politische Programm der von Roosevelt geführten Fortschrittspartei einen großen Schritt nach vorwärts getan; in England ist die Entwicklung bei ihrer letzten krisenhaften Zuspitzung angelangt; in Frankreich ist die Erteilung des Frauenstimmrechts für die Gemeindevertretung als erste Etappe zum politischen Stimmrecht im Berichte, den der Abgeordnete Buisson namens der zuständigen Parlamentskommission eingebracht hat, vorgesehen.

Diese Stimmrechtsverleihung an die Frauen wird dann *) weiter eine Orientierung der Politik in der Richtung humanitärer und sozialer Forderungen im Sinne der altruistischeren Seelenverfassung der Frauen zum Gefolge haben. Und es wird dem Frauenstimmrecht vorbehalten sein, durch die Entalkoholisierung der breiten Volksschichten deren beste Kräfte des Selbstschutzes frei zu machen.

Die ökonomische Entwicklung aller Kulturstaaen geht klar in der Richtung einer Zusammenfassung der gewerblichen Betriebe in Kartelle und Trusts vor sich, wie (in der Septemhernummer) an Hand der vorbildlichen Gestaltung Amerikas näher gezeigt wurde. Eben die amerikanische Erfahrung lehrt, daß diese Konzentrierung der Industrie bedeutende technische Vorteile und Ersparnismöglichkeiten für die Gesamtheit mit sich bringe, andererseits aber auch die Gefahr des Machtmißbrauchs seitens der Beherrscher dieser Privatmonopole. Das Problem läßt sich nach Australiens Vorbilde **) durch Verstaatlichung aller durch ihre natürliche Entwicklung monopolistisch ausgeweiteten Industrien lösen. Ansätze hierzu sind in der Verstaatlichung der deutschen und neuerdings auch zum Teil der französischen und sonstiger ausländischer Bahnen, sind in der von der englischen Regierung erwogenen Verstaatlichung des englischen Bahnsystems, in der teilweisen Verstaatlichung des deutschen Bergbaus sowie in anderer Linie — in der Verstaatlichung der für das Gemeindeleben wichtigen Transport- und Lebensmittelbetriebe (deren Etappen in der Februarnummer aufgezeigt wurden) gegeben. Diese Entwicklung mag freilich, ehe sie ihren Endpunkt erreicht, noch viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, in Anspruch nehmen.

*) Wie in den Juninummern wiederholt dargelegt.

**) Siehe Novemhernummer 1912.

Die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses und seine Neugestaltung im Sinne gewandelter Prinzipien wird wohl rascher vor sich gehen. Die patriarchalischen Züge einer noch nahen Vergangenheit verschwinden rapid. Der rücksichtslose Interessenkampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der vielfach (so in den Streiks der Bahn- und Bergarbeiter in Frankreich und England) die allgemeinen Interessen schwer gefährdet und furchtbare Wertezerstörungen verursacht, die die unteren Schichten im Grunde schwerer empfinden als die höheren, ist an ihre Stelle getreten.

In den letzten Jahren zeigen sich indes auch in Europa, nach dem (im Septemberheft beschriebenen) Beispiel Australiens, Ansätze zu einer Überwindung dieses ökonomischen Krisenzustandes durch ein industrie-konstitutionalistisches Friedenssystem. Tarifverträge, gesetzliche Festsetzungen in Heimarbeit und Industrien öffentlichen Interesses (England), Zwangsschiedsgerichte (Dänemark) und französische Regierungsvorlage weisen den Weg zur Bildung neuer Organe, welche die Arbeitsbedingungen unter Vermeidung des wertezerstörenden Kampfes regeln und dem Arbeiter seine Stellung als gleichberechtigtem Faktor des Wirtschaftslebens verbürgen.

Tiefgreifende Wandlungen bereiten sich anderseits für die zweite Massenschicht der Kulturstaaten, die Bauernschaft, vor. Bessere technische Schulung gibt ihnen die Möglichkeit, nach Art des amerikanischen Farmers eine nach wissenschaftlichen, nicht bloß traditionellen Gesichtspunkten wirtschaftende Bodenindustrie zu begründen. Allerdings mag es bis zur Erreichung des Vorbildes noch lange dauern. Eine genossenschaftliche Entwicklung, wie Dänemark sie vorgebildet hat und wie auch Deutschland und Frankreich sie allmählich verfolgen, bereitet anderseits die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Produktion vor.

Im Unterrichtswesen der Kulturvölker läßt sich diese Entwicklungstendenz zur Demokratisierung, zur Teilnahme auch der breiten Massen an den Schätzen des Wissens, zur Bildung einer neuen, kulturell tätigen Aristokratie aus den begabtesten Kindern des Volkes, scharf verfolgen.

Deutschland steht ja leider in dieser Richtung weit zurück.

Wirklich vorbildliche Einrichtungen bestehen diesbezüglich in Frankreich mit seinem unentgeltlichen Schul- und nahezu unentgeltlichen Hochschulunterricht (für die Mittelschulen wird die gleiche Forderung mit Nachdruck vertreten), mit seiner unentgeltlichen Verleihung der Lehrmittel, unentgeltlichen Speisung und Kleidung bedürftiger Schulkinder, mit seiner Stipendienverteilung an die begabtesten Schüler der Volksschule. — Sie bestehen in Neuseeland mit seiner systematischen Zusammenfassung aller begabten Knaben und Mädchen (die auf Kosten des Staates zur Hochschule hinangeführt werden); in Norwegen mit seinen systematischen Volkshochschulkursen; in Dänemark mit seinen ländlichen Hochschulen, die zur Winterszeit die arbeitsfreien Bauerssöhne und Landarbeiter aufnehmen und ihnen allgemeines Wissen vermitteln; in Amerika mit seinen Abendschulen, die dem tätigen Sohne des Volkes gestatten, seinen Lebensunterhalt durch Tagesarbeit zu erwerben und sich gleichzeitig für eine geistige Karriere vorzubereiten.

Gerade auf dem Gebiete des Erziehungswesens ist naturgemäß der bewußte Austausch fortschrittlicher Erfahrungen, dem ja hier Klassenvorurteile kaum im Wege stehen, ein besonders intensiver, und mehr und mehr werden so diese Errungenschaften Gemeingut der Völker. Selbst in Deutschland

hat der Volkshochschulgedanke um sich gegriffen, im benachbarten Österreich, speziell in Wien mit seinem „Volksheim“, sogar schöne Blüten gezeitigt.

Nach Frankreichs Vorbild verspricht auch die spezifische Unterrichtsmethode des weltlichen Moralunterrichts und des Unterrichts in der Bürgerkunde sich überall einzuleben. In England wird der Gedanke von der Moral Education Ligue mit wachsender Schlagkraft vertreten, und pittoreskerweise hat diese Bewegung früher noch als in England selbst im indischen Vorpostenlande Mysore zur praktischen Einführung eines weltlichen Moralschulunterrichts geführt *).

Dieser Moralunterricht tut denn auch insbesondere dem Staatsbedürfnis nach Erhaltung und Pflege gewisser rein moralischer Instinkte in der werdenden Generation, dem der konfessionelle Unterricht nur teilweise entsprach, Genüge und macht letzteren hierin überflüssig. Er kann daher aus einer obligatorischen zu einer fakultativen Institution, die statt dem Staate den einzelnen Religionsgemeinschaften übertragen wird, umgestaltet werden.

Auch die Trennung von Staat und Kirche, wie Amerika und Australien sie von jeher besaßen, hat sich in den letzten Jahren in Frankreich und mehreren Kantonen der Schweiz durchgesetzt. Sie gewinnt auch in Deutschland, vor allem in freiheitlich protestantischen Kreisen, mehr und mehr Anhänger. Ist es doch klar, daß diese Gemeinden der protestantischen Linken sich nur dann, ihrem inneren Wesen folgend, frei entfalten, eine Verschmelzung religiösen Gefühls und moderner Lebensauffassung pflegen können, wenn ihnen der Lebensatem nicht durch Maßregelung seitens der Staatskirche, wie sie z. B. auf die freiheitlichen Pfarrer Jatho und Traub Anwendung fand, entzogen wird. In Amerika hat eben diese Trennung von Staat und Kirche zu einer Wandlung des religiösen Lebens, zu einer Zurückdrängung der dogmatischen und einer Betonung der moralischen Gesichtspunkte geführt; auch für die Zukunft Europas läßt sich darum, je weiter die Trennung von Kirche und Staat um sich greift, eine freiheitliche Orientierung des religiösen Lebens, welche Brücken hinüberschlägt zu den freireligiösen Bildungen im Lager des Freidenkertums, hoffen.

Ob sich diese Entwicklung konzentrieren und zu einer allgemeinen freireligiösen Stimmung führen wird, ob das Ideal des bewußten Menschheitsfortschrittes als eines biologischen Imperativs — der planvollen Bildung und Vervollkommenheit unserer sozialen und kulturellen Institutionen — zur leitenden Idee dieser freireligiösen Bewegung wird erkoren werden, das läßt sich wohl mit Gewißheit heute noch nicht sagen. Auch die indischen Gedanken der planvollen Selbstvervollkommenheit der Menschheit um ihrer selbst willen mögen dieser neuen Entwicklung wertvolle Beiträge liefern.

Was die Fortentwicklung der wissenschaftlichen und technischen Kultur anlangt, kann ihr naturgemäß eine spezifische Richtlinie nicht gesteckt werden. Es kann sich da nicht um Verbreitung gewisser, in Avantgardeländern ausgebildeter Gesichtspunkte, sondern nur um eine organische Fortentwicklung, vermöge der geistigen Spannkraft in den Intelligenzen der Menschheit, handeln. Noch weniger wird die Kunst spezifische oder einheitliche Direktiven befolgen. Alle die wechselvollen, mit jeder neuen

*) In Japan wird ein solcher — in allerdings für westlichen Geschmack etwas verletzender, allzusehr auf die Pflege einseitig nationaler Gesinnungen zugespitzter Weise — erteilt.

geistigen Strömung sich wandelnden Stimmungen der Völker werden sich in ihr spiegeln.

Die Kunst, so kann wohl vorausgesagt werden, wird übrigens auch ferner ein differenzierendes Moment innerhalb der Menschheitsfamilie bleiben und in jedem Volke sich nach andern seelischen Imperativen entfalten.

Und das ist gut so, denn sie wird dadurch um so reicher sein.

Die ökonomische, soziale und politische Entwicklung der Kulturvölker scheint jedoch einer synthetischen Epoche entgegenzugehen, wie sie durch die Entwicklung der Verkehrsmittel gegeben ward, die zum ersten Mal in der Geschichte ein einheitliches Wirtschaftsgebiet: Erde, geschaffen haben.

Diese synthetische Weltkultur wird das Vorzüglichste all der bestehenden Einzelkulturen in höherer Einheit verbinden, und erst von diesem Hochplateau werden sich dann neue Gipfel spezifisch nationaler Kultur, im Sinne der spezifischen Rassenbegabung, erheben.

KORRESPONDENZEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

DR. CHARLES RICHET, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT PARIS, PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT: DIE KOSTEN EINES EUROPÄISCHEN KRIEGES.



WENN der Krieg zwischen Dreibund und Triple-Entente ausbrechen sollte, um die Frage eines serbischen Adriahafens zu entscheiden, so wären die europäischen Staaten gezwungen, 20 Millionen Soldaten zu mobilisieren und 10 Millionen auf die Schlachtfelder zu entsenden. Diese Mobilisierung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande würde nach offiziellen Quellen umfassen

Deutschland	3 600 000 Mann
England	1 500 000 „
Frankreich	3 400 000 „
Italien	2 800 000 „
Österreich	2 600 000 „
Rumänien	300 000 „
Rußland	7 000 000 „

zusammen: 21 000 000 Mann.

Wenn der Krieg durch die Streitfrage, ob Serbien eine Flotte halten dürfe oder nicht, entfacht würde, so wäre Europa gehalten, für Transporte, Bewaffnung, Ausrüstung, Pulver, Verproviantierung wie anderseits durch Zerstörung von Städten und Dörfern zwei bis drei Millionen Mark pro Tag auszugeben resp. zu verlieren, wie aus folgender Tabelle erhellt:

Ausgaben pro Tag für die Gesamtheit der Großmächte:

1. Ernährung der Truppen (bei Annahme, daß die Lebensmittelpreise nicht sofort erhöht werden	50 Millionen M.
2. Verpflegung der Pferde	4 „ „
3. Sold	17 „ „
4. Entlohnung der Arsenal- und Hafenarbeiter (4 M. pro Tag).....	4 „ „
5. Mobilisierung (im Mittel 100 km, auf 10 Tage verteilt)	8 „ „
6. Transport der Lebensmittel, Ausrüstungsgegenstände, Waffen	16 „ „

Übertrag: 99 Millionen M.

Übertrag: 99 Millionen M.

7. Munition:

Infanterie (10 Patronenkartons pro Mann und Tag)	16	„	„
Artillerie (10 Schüsse per Geschütz und Tag)	5	„	„
Schiffsartillerie (2 Schüsse per Geschütz und Tag)	1½	„	„
8. Heeresausrüstung (auf 10 Tage verteilt)	16	„	„
9. Sanitätswesen (500 000 Verwundete oder Kranke à 4 M. pro Tag)	2	„	„
10. Schiffsbewegungen (6 Stunden Fahrt pro Tag)	2	„	„
11. Minderertrag der Steuern (25 %)	40	„	„
12. Hilfeleistung für die Mittellosen (80 Pf. pro Tag für ein Zehntel der Bevölkerung)	27	„	„
13. Requisitionen, Schaden an Städten und Dörfern; Brücken usw.	8	„	„

Summa: 216½ Millionen M.

Alle diese Ziffern würden sich insofern erhöhen, als unmittelbar nach Ausbruch der Feindseligkeiten alle Preise steigen müssen. Alle Einkäufe müßten zu diesen erhöhten Preisen stattfinden und alle die notwendig werden- den Anleihen zu erhöhtem Zinsfuß abgeschlossen werden.

Des ferneren ist die Zerstörung des Kriegsmaterials in Rechnung zu ziehen; angenommen, daß ein Drittel des Kriegsmaterials in Heer und Flotte zerstört werde, so belaufen sich bei Verteilung auf eine Periode von 30 Tagen diese Verluste an zerstörtem Kriegsmaterial auf 20 bis 30 Millionen Mark pro Tag. Die 70 Panzerschiffe Englands zum Beispiel bedeuten allein ein Vermögen von 2½ Milliarden M.; nimmt man an, daß ein Drittel dieser Flotte untergehe oder schwere Beschädigungen erleide, so würden sich die Verluste in der angegebenen Zeitspanne auf etwa 25 Millionen M. pro Tag belaufen.

Man bleibt darum zweifelsohne unterhalb der Wirklichkeit, wenn man die Verluste am europäischen Volksvermögen auf 250 bis 300 Millionen M. pro Tag anschlägt.

Wenn, um die Frage eines serbischen Adriaufens zu entscheiden, der Krieg ausbräche, so würde man nach vierzehn Tagen mindestens 500 000 Verwundete und 100 000 Tote zählen, zusammen also an Menschenverlusten etwa 100 mal so viel als die Bevölkerung von Alessio oder Durazzo, mindestens 10 mal so viel als die Bevölkerung des Landstreifens, der den Hafen mit den von den Serben bewohnten Gebieten verbinden würde, und mehr als 5 mal als die Gesamtbevölkerung an der balkanischen Küste von der montenegrischen bis zur griechischen Grenze ausmacht.

Wenn dieser Krieg um die Frage eines serbischen Adriaufens entbrennen sollte, so würde ein großer Teil der Fabriken Europas geschlossen werden müssen, ein wesentlicher Teil des flachen Landes veröden, ein großer Teil des Handels zugrunde gehen, viele Banken bankrott werden.

Wenn dieser Krieg um die Frage, ob Alessio serbisch oder albanisch werden soll, entbrennen sollte, so würden Hungersnot und Cholera in London, Berlin und Paris, Wien und Moskau, Mailand und Rom ausbrechen, denn die Lebensmittelversorgung würde stocken, der Kräftezustand der Bevölkerung sich verschlechtern, und diese könnte den von den Heeren her drohenden Epidemien weniger Widerstand leisten. Für die in Not und Elend

KORRESPONDENZEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

DR. CHARLES RICHET, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT PARIS, PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT: DIE KOSTEN EINES EUROPÄISCHEN KRIEGES.



ENN der Krieg zwischen Dreibund und Triple-Entente ausbrechen sollte, um die Frage eines serbischen Adriahafens zu entscheiden, so wären die europäischen Staaten gezwungen, 20 Millionen Soldaten zu mobilisieren und 10 Millionen auf die Schlachtfelder zu entsenden. Diese Mobilisierung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande würde nach offiziellen Quellen umfassen

Deutschland	3 600 000 Mann
England	1 500 000 „
Frankreich	3 400 000 „
Italien	2 800 000 „
Österreich	2 600 000 „
Rumänien	300 000 „
Rußland	7 000 000 „

zusammen: 21 000 000 Mann.

Wenn der Krieg durch die Streitfrage, ob Serbien eine Flotte halten dürfe oder nicht, entfacht würde, so wäre Europa gehalten, für Transporte, Bewaffnung, Ausrüstung, Pulver, Verproviantierung wie anderseits durch Zerstörung von Städten und Dörfern zwei bis drei Millionen Mark pro Tag auszugeben resp. zu verlieren, wie aus folgender Tabelle erhellt:

Ausgaben pro Tag für die Gesamtheit der Großmächte:

1. Ernährung der Truppen (bei Annahme, daß die Lebensmittelpreise nicht sofort erhöht werden	50 Millionen M.
2. Verpflegung der Pferde	4 „ „
3. Sold	17 „ „
4. Entlohnung der Arsenal- und Hafenarbeiter (4 M. pro Tag).....	4 „ „
5. Mobilisierung (im Mittel 100 km, auf 10 Tage verteilt)	8 „ „
6. Transport der Lebensmittel, Ausrüstungsgegenstände, Waffen	16 „ „

Übertrag: 99 Millionen M.

Übertrag: 99 Millionen M.

7. Munition:

Infanterie (10 Patronenkartons pro Mann und Tag)	16	„	„
Artillerie (10 Schüsse per Geschütz und Tag)	5	„	„
Schiffsartillerie (2 Schüsse per Geschütz und Tag)	1½	„	„
8. Heeresausrüstung (auf 10 Tage verteilt)	16	„	„
9. Sanitätswesen (500 000 Verwundete oder Kranke à 4 M. pro Tag)	2	„	„
10. Schiffsbewegungen (6 Stunden Fahrt pro Tag)	2	„	„
11. Minderertrag der Steuern (25 %)	40	„	„
12. Hilfeleistung für die Mittellosen (80 Pf. pro Tag für ein Zehntel der Bevölkerung)	27	„	„
13. Requisitionen, Schaden an Städten und Dörfern; Brücken usw.	8	„	„

Summa: 216½ Millionen M.

Alle diese Ziffern würden sich insofern erhöhen, als unmittelbar nach Ausbruch der Feindseligkeiten alle Preise steigen müssen. Alle Einkäufe müßten zu diesen erhöhten Preisen stattfinden und alle die notwendig werden- den Anleihen zu erhöhtem Zinsfuß abgeschlossen werden.

Des ferneren ist die Zerstörung des Kriegsmaterials in Rechnung zu ziehen; angenommen, daß ein Drittel des Kriegsmaterials in Heer und Flotte zerstört werde, so belaufen sich bei Verteilung auf eine Periode von 30 Tagen diese Verluste an zerstörtem Kriegsmaterial auf 20 bis 30 Millionen Mark pro Tag. Die 70 Panzerschiffe Englands zum Beispiel bedeuten allein ein Vermögen von 2½ Milliarden M.; nimmt man an, daß ein Drittel dieser Flotte untergehe oder schwere Beschädigungen erleide, so würden sich die Verluste in der angegebenen Zeitspanne auf etwa 25 Millionen M. pro Tag belaufen.

Man bleibt darum zweifelsohne unterhalb der Wirklichkeit, wenn man die Verluste am europäischen Volksvermögen auf 250 bis 300 Millionen M. pro Tag anschlägt.

Wenn, um die Frage eines serbischen Adriaufens zu entscheiden, der Krieg ausbräche, so würde man nach vierzehn Tagen mindestens 500 000 Verwundete und 100 000 Tote zählen, zusammen also an Menschenverlusten etwa 100 mal so viel als die Bevölkerung von Alessio oder Durazzo, mindestens 10 mal so viel als die Bevölkerung des Landstreifens, der den Hafen mit den von den Serben bewohnten Gebieten verbinden würde, und mehr als 5 mal als die Gesamtbevölkerung an der balkanischen Küste von der montenegrinischen bis zur griechischen Grenze ausmacht.

Wenn dieser Krieg um die Frage eines serbischen Adriaufens entbrennen sollte, so würde ein großer Teil der Fabriken Europas geschlossen werden müssen, ein wesentlicher Teil des flachen Landes veröden, ein großer Teil des Handels zugrunde gehen, viele Banken bankrott werden.

Wenn dieser Krieg um die Frage, ob Alessio serbisch oder albanisch werden soll, entbrennen sollte, so würden Hungersnot und Cholera in London, Berlin und Paris, Wien und Moskau, Mailand und Rom ausbrechen, denn die Lebensmittelversorgung würde stocken, der Kräftezustand der Bevölkerung sich verschlechtern, und diese könnte den von den Heeren her drohenden Epidemien weniger Widerstand leisten. Für die in Not und Elend

gerätenen Familien könnte außerdem nur unzureichende Fürsorge getroffen werden. Ein halbes Jahrhundert wäre notwendig, um die Ruinen wieder aufzurichten und den entfachten Haß zu tilgen; mindestens 20 Millionen europäischer Familien würden in Elend, Trauer und Tränen gestürzt werden.



STOYAN, MARKOVICH: DIE ALBANISCHE FRAGE.



IE siegreiche serbische Armee, welche im Begriff war, Albanien zu besetzen, hat bekanntlich auf ihrem Wege ein österreichisches Machtgebot gefunden, durch welches die Wahrung der nationalen Individualität Albaniens gegenüber den slawischen Balkanstaaten gefordert ward. Österreich ist damit scheinbar zum Träger des Nationalitätsprinzips, wie es Napoleon III. verkündet hatte, geworden, und wenngleich es dasselbe in seinen eigenen Grenzen durchaus zurückweist, eine Reihe verschieden gearteter Völker, zum Teil gegen ihren Willen, unter seinem Szepter zusammenfaßt, hat es im Falle Albaniens das Prinzip in einer so weitgehenden Weise sich zu eigen gemacht, daß selbst der überzeugteste Vertreter der Idee sich mit diesem Überschwang kaum wird befreunden können.

Gewiß bricht sich in unserer Zeit mehr und mehr der Gedanke Bahn, daß jedes Volk selbst zu bestimmen habe, welchem Staat es angehören will, bzw. ob es sich selbst unabhängig zu verwalten wünscht, gewiß ist ferner zuzugeben, daß die Albaner die slawische Herrschaft ablehnen und die Unabhängigkeit fordern; andererseits jedoch müssen für die Existenz eines unabhängigen Staates gewisse Voraussetzungen politischer Reife gegeben sein und fordert der ökonomische Expansionsdrang unserer Zeit mit gebieterischer Gewalt, daß kein Land, das irgendwelche ausbeutungsfähigen Naturschätze besitzt, sich deren Erschließung widersetze. Eben diese Scheu vor dem wirtschaftspolitischen Vakuum, dieser immanente Drang der wirtschaftlich zeugungsfähigen Völker, sich nach noch unerschlossenen Gebieten hin auszudehnen, hat ja die italienische Überflutung Tripolitaniens, die französische Überflutung Marokkos und im allgemeinen die europäische Überflutung Afrikas mit sich gebracht. Kann man jedoch ernstlich meinen, daß eine unabhängige albanische Regierung, selbst wenn sie sich konstituieren ließe, für die Erschließung des Landes, für den Bau entsprechender Verkehrslinien entsprechende Vorsorge treffen würde?

Beurteilen wir die hierfür gegebenen Voraussetzungen! Albanien wird nicht von einer Bevölkerung bewohnt, die sich zum Gedanken der nationalen Einheit durchgerungen hätte. Nach außen betont sie gewiß rein instinktiv ihren Unabhängigkeitsdrang, und in Zeiten äußerster Not mochten sich die sonst einander befehdenden Stämme zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen, aber bis heute haben diese Stämme ihre vollkommene Trennung, ihre Geschlossenheit bewahrt; trotz der nominellen türkischen Herrschaft, die sich ja im wesentlichen nur in der Erpressung von Steuern und Rekruten äußerte, bildete jeder Stamm einen Staat für sich, ähnlich wie ja in den meisten Gebieten der Erde die Stammesautonomie lange Jahrtausende vor der Begründung von Nationalstaaten gewährt hat. Irgendwelche Bereitwilligkeit der Stämme, diese ihre Existenz zugunsten einer höheren nationalen Einheit aufzugeben, hat sich bisher nicht bemerkbar gemacht, und

ließe sie sich auch entwickeln, so würde ihre Sonderung nach drei großen Konfessionen (Mohammedaner, Griechisch-Orthodoxe und Katholiken) der Begründung der nationalen Einheit noch weiter hindernd im Wege stehen.

Ferner sind die Albanesen fast ausschließlich Hirten und Ackerbauer; in den wenigen Städten hat bisher das türkische Element geboten, ein organisiertes albanisches Bürgertum, das die Elemente für geordnete Verwaltung und wirtschaftliche Entfaltung liefern könnte, besteht nicht.

Das Land ist außerdem arm und unwirtlich; es kann schwer oder gar nicht aus eigenen Kräften die Ressourcen aufbringen, die für den Bau von Gebirgsbahnen, die allein das Land erschließen können, notwendig sind.

So läßt sich wohl kaum die Hoffnung aufrechterhalten, daß sich Albanien frei und unabhängig entwickeln und dabei politische Reife und wirtschaftliche Blüte erlangen könnte. In Wahrheit wird es wohl auf österreichische und italienische Hilfe zu rechnen haben; diese Hilfe wird aber nicht umsonst geboten werden, sondern ein stillschweigendes Protektorat der beiden Mächte wird die Unabhängigkeit Albaniens zu einer bloß nominellen herabdrücken. Auch für die beiden Schutzmächte wird dies auf die Dauer kein befriedigender Zustand sein, da sie, so lange das Land nicht einer der beiden Mächte wirklich anheimfällt, nicht in die Lage kommen werden, die Früchte ihrer großen Arbeit und der großen, mit der Erschließung Albaniens verbundenen Kosten wirklich zu genießen. So öffnet die von Österreich geforderte Lösung des Problems den Ausblick auf einen später sich entwickelnden Streit zwischen Österreich und Italien, sie verhindern es, daß die Balkanfrage endgültig gelöst werde und damit aus der Reihe der Zankäpfel Europas ausscheide.

Gerade die Eingliederung der Balkanländer in die Reihe der konsolidierten Staaten Europas hätte jedoch vom europäischen Standpunkt aus die wertvollste Folge der gegenwärtigen Umwälzung werden können. So wird Albanien vielleicht eine ähnliche verderbliche Rolle als Zwietrachtbringerin zwischen zwei Großmächten zu spielen haben, wie Schleswig-Holstein sie in den Jahren 1864 bis 1866 gespielt hat.

Mag man jedoch auch zugeben, daß die Lösung, welche der geschilderten gegenübersteht, nämlich die Annektierung Albaniens durch die Balkanvölker, auch ihrerseits schwere Bedenken nationaler Vergewaltigung in sich schließe, mag auch zugegeben werden, daß sich gerade aus dieser Bedenklichkeit der von Serbien geforderten Lösung manche Argumente für die von Österreich geforderte paradoxe Lösung schöpfen lassen, so kann der zweiten österreichischen Forderung, daß Serbien der Weg nach dem Adriatischen Meere zu versagen sei, auch diese relative Berechtigung nicht zugesprochen werden. Die serbische Forderung ließe sich ja ohne weiteres durch Abtretung eines Landstreifens längs der montenegrinischen Grenze ohne wesentliche Schmälerung Albaniens erreichen; Serbien würde dadurch einen wesentlichen Faktor staatlicher Unabhängigkeit, nämlich die freie Verkehrsmöglichkeit mit allen andern Mächten auf der freien Meeresstraße gewinnen; irgendwelche Schädigung realer österreichischer Interessen wäre ja damit nicht verbunden, es sei denn die des Interesses Österreichs, Serbien gegenüber in der Versagung des freien Transitverkehrs ein Pressionsmittel in der Hand zu haben. Gerade dieser macchiavellistische Gesichtspunkt ward in den Verhandlungen bisher nicht betont; man sprach von Gefahren für die Beherrschung des Adriatischen Meeres, wenngleich ja gerade dieser Gesichtspunkt als absurd erscheinen muß, wenn man bedenkt, daß bereits Montenegro ohne irgendwelchen bisher

sichtbaren Schaden für Österreich den freien Zugang zum Meere besitzt und daß eventuell das Verbot einer Umgestaltung des zu begründenden serbischen Hafens in einen Kriegshafen ausgesprochen werden könnte.

Die Kompromißlösung, die die Sympathien der Weltmächte besitzt, Serbien seinen Hafen, Albanien seine Autonomie gewährleistet, mag so für die Gegenwart für alle Teile annehmbar erscheinen, ob auch dem in weitere Zukunft blickenden Staatsmanne neue dunkle Wolken für den Weltfrieden sichtbar erscheinen mögen. Aufrichtige Freunde des Friedens können nur hoffen, daß das albanesische Volk größere politische Reife und größere Kräfte der Selbstverwaltung zeigen möge, als ihm bisher von einsichtigen Beurteilern zugetraut werden. Der österreichisch-italienische Traum einer Kolonie auf europäischem Boden, dem keiner der beiden Staaten offene Worte leihen will und der doch allein ihre hartnäckige Handlungsweise erklärlich erscheinen läßt, würde so vielleicht zerstreut werden können zum Heile der beteiligten Völker selbst und jedenfalls zum Heile der Menschheit. — Wir wagen diese Entwicklung nicht als wahrscheinlich zu erhoffen, aber die Wünsche aller Einsichtigen müssen sich an sie knüpfen.



MIKAËL WARANDIAN: DIE TÜRKISCHE KRISE IN IHRER BEZIEHUNG ZUM ARMENISCHEN PROBLEM.

DAS Schicksal der europäischen Türkei wird in diesen Wochen entschieden, grundstürzende Veränderungen geben den Völkern Mazedoniens und Albaniens die langersehnte Freiheit. Aber die allgemeine Zufriedenheit über diese Erlösung von Völkern, die bisher unter türkischem Joche und türkischer Mißwirtschaft schmachteten, sollte Europa nicht vergessen lassen, daß auch in der asiatischen Türkei, daß speziell im Osten Kleinasiens gleiche Probleme gleicher Lösung harren.

Schon im Jahre 1878 hat Europa arg gefehlt, als es sich ausschließlich der unterdrückten Völker auf dem Boden der europäischen Türkei annahm, die Völker Kleinasiens jedoch und speziell die Armenier ihrem Schicksal überließ, während doch dort die Rassenkonflikte besonders tragisch sind. Dort wohnen rückständige und barbarische Völkerstämme, die Kurden, Lazen, welche mit ihrer Wildheit, ihrem Plünderinstinkt, der Abwesenheit produktiver Arbeit und absoluten Verachtung des Menschenlebens und Eigentumbegriffes noch durchaus den Charakter von Horden der Vorzeit tragen. In ihrer Mitte jedoch, umgeben von kulturellen Wüsteneien, liegt, einer Kulturoase gleich, Armenien, bewohnt von einem Volke westlicher Sinnesart, einem asiatischen Volke europäischer Gesittung, das seit vielen Jahrhunderten, seit dem Verluste seiner politischen Unabhängigkeit, mit sehnender Erwartung des Friedens und der Sicherheit harrt, die ihm gestatten sollen, sich den Werten des Ackerbaues und des Handels hinzugeben, seine Mission als kultureller Vermittler zwischen Ost und West zu erfüllen.

Statt dessen wird das armenische Volk stets aufs neue von Plünderzügen und Bluttaten heimgesucht. Die Alt- und die Jungtürkei gleichen sich in dieser Richtung in hohem Grade; unter der Regierung Abdul Hamids, vor ihm, nach ihm, mit und ohne offizielle Ermutigung, mit und ohne Befehl hat

man diese Metzeleien ausgeführt; die alte Methode bleibt in Kraft, und man ist geneigt zu sagen, daß ein schrecklicher Fluch über dieser türkischen Rasse laste, die es niemals zuwege bringt, in westlicher Weise zu regieren und entweder selbst in schlimme Barbarei zurückfällt oder doch die wilden Völker unter ihrem Zepter von solcher Barbarei nicht zurückzuhalten versteht.

Die Revolution des Jahres 1908 schien einen Augenblick lang den Traum der Armenier vom Frieden in ihrem Lande zu verwirklichen; man sprach in Europa von der Wiederauferstehung dieses gequälten Volkes, von seiner Befreiung vom asiatischen Despotismus.

Es war eine Illusion: acht Monate nachher kam es zum ersten Versuch einer Gegenrevolution, und die Mordlust der mohammedanischen Bevölkerung hatte in Adana neue Gelegenheit, sich zu betätigen. — Zehntausend Opfer! Kurz nachher, als die Jungtürken wieder absolute Herren der Situation geworden waren, ließen sie wohl einige der Anstifter der Metzeleien mit dem Tode bestrafen, gleichzeitig jedoch fünf armenische Führer hängen, weil sie das Verbrechen begangen hätten, die Armenier zur Selbstverteidigung gegenüber den metzelnden Horden anzueifern.

Die letzten vier Jahre seit Wiedereinführung der Konstitution waren für die Armenier auf türkischem Boden eine Periode besonders grausamer Enttäuschung; wohl brachte ihnen die Konstitution Freiheit der Rede, Freiheit der Presse und Freiheit der Versammlungen, aber sie brachte ihnen nicht die Freiheit des Lebens und des Eigentums. Die Plünderungen der Kurden und die Erpressungen der Beamten gingen weiter, wenn auch in einem verminderten Maße wie unter Abdul Hamid, und die Jungtürken blieben taub gegenüber den Klagen der armenischen Bevölkerung; diese blieb weiter den Machtgelüsten der Kurden ausgeliefert, die bald in offener Plünderung, bald vermöge angemäßer feudaler Herrscherrechte das armenische Volk der Früchte seiner Arbeit beraubten. Der Kurde schreitet auch heute noch mit erhobenem Kopfe, stets geschliffenem Dolch einher, stolz auf den Schutz, den er nach wie vor bei den hohen und niederen Beamten der Türkei genießt.

Der Gedanke ist nicht abzuweisen, daß die Fortdauer dieses Systems einer tieferen Absicht der konstantinopolitanischen Machthaber entsprach. Trotzdem Armenien unter allen christlichen Völkern der Türkei das loyalste ist, trotzdem es aus seinem Lebensinteresse heraus an der Integrität der Türkei festhält, wird es von dieser als Feind betrachtet und behandelt: es soll sich nicht normal und frei auf seinem angestammten Boden entwickeln, es soll nicht fortschreiten und gedeihen. Nach Ansicht der Türken ist dieses kleine Volk trotz seiner nützlichen Rolle für Handel und Wandel im Reiche, trotz seiner geistigen Vermittlerstellung durch seine Existenz selbst eine schwere Gefahr für den Bestand der ottomanischen Hegemonie, und die Herren der neuen Türkei setzen, vielleicht mit weniger Gewalttätigkeit, aber mit mehr Zielbewußtsein, die Bestrebungen fort, die freie Entwicklung des feindlichen Volkes zu hemmen.

Auch auf ökonomischem Gebiete tritt dies zutage, speziell in der Frage der Erschließung des Landes durch Eisenbahnen, deren gerade dieses Land mit reichen Naturschätzen, aber zurückgebliebenen Verkehrswegen besonders bedürfte. Die armenischen Deputierten haben in Konstantinopel immer wieder die Notwendigkeit eines solchen Bahnbaues betont und auf die Unabweisbarkeit solcher Vorkehrungen auch in strategischer Beziehung hingewiesen, denn im Falle eines Krieges mit Rußland würde die Bahn die türkische

Mobilisation bedeutend erleichtern; aber all dies blieb bei der Regierung, die von einer Eisenbahn in Armenien nichts wissen wollte, wirkungslos, die Bahn wurde nicht gebaut.

Gleicher böser Wille zeigt sich in all den andern Fragen, welche das Wohl der armenischen Bevölkerung betreffen. Die Jungtürken meinen, es sei genug, ihr Preß- und Redefreiheit, freie Ausübung ihres Kultus und Unterhaltung ihrer nationalen Schulen zugestanden zu haben, weil das Regime Abdul Hamid ja nicht einmal das tat.

Wir wollen gewiß nicht die Bedeutung dieser konstitutionellen Errungenschaften geringschätzen, aber darüber können doch nicht die beiden großen Mängel auch des jungtürkischen Regierungssystems, Vernachlässigung aller ökonomischen Notwendigkeiten und schlechte Verwaltung, welche der Unsicherheit von Leben und Eigentum nicht zu steuern vermag, übersehen werden. Immer wieder hat sich das armenische Patriarchat an die Pforte mit Beschwerden wegen ungenügender Sicherung gewandt, ohne jedoch Abhilfe zu erlangen. Binnen zwei Jahren wurden 194 Armenier von den Kurden getötet, ohne daß eine wesentliche Schutzmaßregel ergriffen worden wäre; mit wenigen Ausnahmen sind es eben dieselben Beamten des alten Regimes, die Armenien weiter verwalten und heute nicht mehr Interesse an der Ermordung eines Armeniers nehmen als ehemals. Vergebens haben die armenischen Deputierten und alle autonomen Organisationen des Volkes dagegen protestiert. Persönlicher guter Wille und Denkart der Beamten sind in einem solchen Lande mehr als gutes Gesetz; ob ein Wali gewillt ist, ehrlich und stark zu regieren oder ob er Ausschreitungen gegenüber Schwachen duldet und dem Reichen gegenüber für Geld zur Rechtsbeugung bereit ist, darauf kommt es an; das Wort Gladstones: „Nicht wie die Gesetze sind, sondern wie sie von den Menschen gehandhabt werden, das entscheidet“, gilt auch heute noch, und gerade die Bösartigsten unter denen, welche die Armeniermetzeleien geleitet haben, Mussa Bey, Kassim Bey, Mir-Mihe, Kior-Husseyin, die unter Abdul Hamid auf Betreiben der Großmächte gefangen gesetzt waren, heute sind sie wieder frei und spielen ihre verderbliche Rolle weiter.

Immer wieder hat die armenische Presse in Konstantinopel und der Provinz auf die Übeltaten dieser Männer hingewiesen: alles vergebens. Die kurdischen Banditen wurden nicht ernstlich beunruhigt, obwohl es der Zentralregierung so leicht gewesen wäre, dem ein Ende zu bereiten: es hätte genügt, sich einiger der berühmtesten und raubgierigsten Häuptlinge zu bemächtigen.

Gewisse armenische Parteiorganisationen, wie insbesondere die „Daschnakzutiun“ genannte Partei, haben wiederholt Selbsthilfe gegenüber den Kurden und ihren Beschützern beschlossen; sie haben auch an offene Auflehnung wie die Mazedonier gedacht, und gewiß hat es ihnen nicht an Mut zur Ausführung dieser Pläne gefehlt. Immer wieder jedoch machte man einen loyalen Versuch, mit den Jungtürken in Frieden zu leben, obwohl eine Enttäuschung auf die andere folgte. Man verlangte von der Regierung, daß sie den Armeniern wenigstens gestatte, sich ihre Polizei einzurichten und gegen offenbare Gewaltakte und Plünderung der Kurden zu verteidigen; die Regierung verweigerte ihnen dies Recht, ohne ihrerseits etwas zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu tun.

Von kurzen Ausnahmepersonen abgesehen, ist also alles beim alten geblieben; nach wie vor sieht man es in Konstantinopel gern, daß die Kurden durch ihre Plünderungen und Gewalttaten die friedliche Entfaltung des armenischen Volkes hemmen und dieses hindern, ein Machtfaktor zu werden.

Zum Unglück für die Armenier leben sie nirgends in großen, kompakten Massen zusammen, sondern ihr Ackerland ist überall den Bergen benachbart, in denen die kurdischen Stämme hausen, deren ständigen Überfällen sie ausgesetzt sind. Die Kurden sind bewaffnet, und die Zentralregierung gestattet ihnen dieses gern, während den Armeniern das Waffentragen untersagt ist; umsonst haben diese in Konstantinopel immer wieder gegen diesen Zustand, der sie den Kurden schutzlos preisgibt, protestiert, aber stets vergebens. Gerade dies erklärt übrigens die Häufigkeit der Metzeleien, da die Kurden durch ihre offenbare Überlegenheit und die Gleichgültigkeit der türkischen Regierung zu jeder Gewalttat ermutigt werden.

Seit der jungtürkischen Revolution ist übrigens ein neues Motiv für die Kurden, die Armenier noch bitterer zu verfolgen, zu den früheren Motiven des Rassenhasses und des Neides ob des durch Arbeit erworbenen Reichtums des armenischen Volkes hinzugetreten. Die Kurden hassen nämlich die neue Verfassung, ähnlich etwa wie die Albanesen sich eine Zeitlang gegen die Jungtürken auflehnten, und lassen an den Armeniern ihren Zorn über die neue Ordnung der Dinge aus, die immerhin einige ihrer Willkürhandlungen einschränkt.

Vor kurzem schien der Augenblick gekommen, der ihnen wieder völlige Genugtuung bringen sollte, als nämlich die nach dem Sturze der Jungtürken eingesetzte Regierung die schlimmsten Günstlinge Abdul Hamids, welche die Führer bei den Armeniermetzeleien waren, amnestierte. Seither warten die Kurden noch eifriger des Augenblicks, da sie die periodischen Gewalttaten gegen die Armenier wieder durch Massengemetzel ersetzen können.

Durch all dies ist die Loyalität der Armenier gegenüber der türkischen Sache allerdings geringer geworden als früher, die grausame Enttäuschung ob des jungtürkischen Regimes läßt nun für keine Hoffnung auf wahre Wandlung innerhalb des türkischen Reiches mehr irgendwelchen Raum, und so ist die Strömung für eine Annexion durch Rußland, für Vereinigung der armenischen Gebietsteile mit dem russischen Reiche gewachsen. Mehrere armenische Zeitungen sprechen sich offen für Rußland aus; eine armenische Deputation hat sich kürzlich an das religiöse Haupt der Armenier, den Catholicos, gewandt, damit er um den Schutz durch Rußland bei dem Zaren einkomme. Gerüchte laufen durch das Land, daß Rußland die gegenwärtige Krise benutzen wolle, um das türkische Armenien zu annektieren, und sie werden nicht mit Mißmut aufgenommen, so sehr man auch überzeugt ist, daß auch die russische Herrschaft ihre schweren Schattenseiten hat. Die erzwungene Russifizierung, die politischen Verfolgungen, denen das armenische Volk ob seiner liberalen Gesinnung im russischen Reiche ausgesetzt ist, all das läßt auch diese Zukunftsmöglichkeit in düsterem Lichte erscheinen, aber vielleicht ist sie doch besser als die Anarchie von heute auf türkischem Gebiet.

Fassen wir zum Schlusse die hauptsächlichsten Forderungen des armenischen Volkes zusammen: Wir fordern vor allem Sicherheit von Leben und Eigentum; daß man uns gestatte, Waffen zu tragen, um uns gegen die Kurden verteidigen zu können, oder — daß auch letztere entwaffnet werden.

Wir verlangen ferner Rückgabe der armenischen Ländereien, welche die Kurden 1895/96 uns geraubt haben.

Wir fordern Abschaffung der kurdischen Feudalrechte, Herstellung einer geregelten Gerichtsbarkeit und Verwaltung, Zulassung der Armenier in die Gendarmerie, Bestrafung aller Gewalttaten, Amtsentsetzung der Beamten, welche dieselben gewähren ließen.

Wir fordern ferner bessere Fürsorge für die Wirtschaftsinteressen des Landes, Reorganisation der Finanzen, Abschaffung der Steuerwillkür.

Wir fordern endlich größere Selbstverwaltung in Dorf und Bezirk; bessere Abgrenzung, um die Rassenkämpfe zu mindern.

Der unparteiische Leser wird sich überzeugen können, daß diese Forderungen keinen revolutionären Charakter tragen, daß sie eigentlich in jedem zivilisierten Lande an sich selbstverständlich wären. Wir wagen zu hoffen, daß das türkische Reich, durch die schweren Schicksalsschläge, deren Opfer es geworden, belehrt, sich endlich zu einer weitblickenden Politik in den Landesteilen, die ihm verbleiben, aufraffen wird, daß endlich den kurdischen Räubereien ein Ziel gesetzt werde und Gesetz und Ordnung in Armenien einziehen. Vielleicht wird die Türkei jetzt endlich einsehen lernen, daß unser kleines armenisches Volk, wenn man ihm Sicherheit für die Früchte seiner Leistungen verbürgt, ein Faktor schaffender Arbeit und eine Quelle von Reichtum und Macht für das türkische Reich werden könne.



DR. ERNST ČRUŽKA, LUNDENBURG IN MÄHREN: NEUE ENTWICKLUNGSTENDENZEN IM DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHEN VOLKE.



DER nationale Streit soll in Böhmen auf dem Wege eines friedlichen Ausgleichs beigelegt werden. Die Volksvertreter der Deutschen und Tschechen haben sich seit langer Zeit bemüht, den langwierigen Kampf durch eine ehrliche, offene Auseinandersetzung über ihre gegenseitigen Differenzen zu mildern und geordnete Zustände herbeizuführen, da durch den Zwist die wirtschaftliche und kulturelle Blüte des Landes geschädigt wurde.

Es war ein bedeutsames Ereignis, als am 15. September die tschechischen und deutschen Lehrer in Prag für die Fortsetzung der Ausgleichsverhandlungen eintraten. Da der böhmische Landtag wegen der nationalen Krise nicht mehr tagte, waren die Gehaltsverhältnisse der Lehrerschaft nicht geregelt worden. Die Not hatte sie geeinigt und zu dem Entschluß gedrängt, die Arbeitsfähigkeit des Landtages zu fördern und alle „störenden Elemente“, die das wichtige Ausgleichswerk vernachlässigten oder gar verzögerten, für die Folgen ihres Verhaltens verantwortlich zu machen.

In vielen Zeitungen liest man, daß durch den nationalen Ausgleich im Lager beider Völker eine Gleichgültigkeit in nationalen Fragen eintreten werde. Wer derartige Gedanken hegt, täuscht sich über den Wert des nationalen Ausgleichs, der nicht die völkischen Gegensätze zwischen Tschechen und Deutschen beseitigen kann, sondern dazu dient, ihnen Schutz für ihre Sprache, Schule und politischen Rechte zu gewähren und gewissermaßen Sonne und Wind etwas regelmäßiger unter sie zu verteilen. Besonders sollten die Deutschen den Rat Bismarcks befolgen, die Tschechen nicht zu reizen, ihre Kämpfe mit ihnen mehr sachlicher zu führen und ein verträgliches Verhältnis zwischen beiden Teilen anzubahnen. Wenn nach Ansicht des großen Kanzlers Veröhnlichkeit und „christliches Wohlwollen“ im nationalen Leben gegenüber

dem Tschechen vorherrscht, wird voraussichtlich eine Annäherung zwischen den friedlichen Parteien stattfinden. Dann könnte der freiheitliche Deutsche mit dem gleichgesinnten Tschechen in allen kulturellen Fragen, die nicht mit den einseitigen nationalen Interessen verquickt sind, gemeinsam vorgehen, was im Kampfe für die Freiheit der Schule und Wissenschaft erwünscht wäre. Die fortschrittlichen Gruppen beider Nationen haben sich entfremdet, gehen ihren Eigenweg und zersplittern ihre Kräfte, wenn es sich darum handelt, ohne Unterschied der Nationalität für die Aufklärung der österreichischen Völker einzutreten.

Viele Politiker sind durch die nationalen Probleme vollständig in Anspruch genommen worden. „Wir können nicht auf zwei Fronten kämpfen“, hieß es, so oft man auf den Bildungsmangel weitester Kreise hinwies. In öden kleinlichen Zänkereien bewegte sich die Tätigkeit der Parteiführer. Da sie kein Verständnis für kulturelle Aufgaben hatten, wandten sich die intelligenteren Kreise von ihnen ab. Somit können wir in dem nationalen Streite zwei Phasen unterscheiden, die merkwürdige Abschnitte in der österreichischen Geschichte bilden. Emil Brockhausen hat darüber in der „Neuen freien Presse“ geschrieben, daß es eine Zeit gab, in der die Deutschen radikal gesinnt waren, sich den kulturellen Forderungen der übrigen Nationen ablehnend zeigten und ihnen das Verlangen nach Errichtung von Hochschulen rundweg abschlugen. Sie sahen mit Besorgnis auf die Einwanderung slawischer Elemente in ihre Gemarkungen, erhoben ihre Stimmen gegen das Wachstum tschechischer Minoritäten auf deutschem Gebiete und wollten nur germanisieren, um die Herrschaft des Deutschtums zu wahren. Dadurch zogen sie sich den Haß und die Feindschaft aller nichtdeutschen Völker zu, die ihre Selbständigkeit verteidigten und sich gegen die dominierende Klasse zur Wehr setzten. Es entstanden tschechische, polnische Universitäten, und über kurz oder lang wird auch eine italienische Hochschule errichtet werden; Lehranstalten, die die naturellen Bedürfnisse der nichtdeutschen Stämme befriedigen und ihnen die Möglichkeit gewähren, sich auf geistigem Gebiete mit den Deutschen zu messen. In dieser zweiten Phase hält Emil Brockhausen eine radikale Taktik der Deutschen gegenüber den emporstrebenden Brudernationen für ungeeignet und erklärt sich für den Wunsch, die Deutschen sollten den österreichischen Völkern fortan als führende, überlegene Kulturnation sich bewähren und diese geistige Herrschaft lange zu ihren Gunsten erhalten. Dazu ist jedoch eine vollständige Veränderung der wilden Formen der nationalen Fehde notwendig. Nicht darf sie mit den Waffen des Hasses und der erzürnten Leidenschaften geführt werden, sondern muß gedämpft werden, weil man keineswegs zerstören und Unruhe durch eine barbarische Hetze verbreiten will. Die deutsche Nation kann aber nur dann regieren, wenn sie die tüchtigere, intelligentere ist. Emil Brockhausen glaubt, daß ihr auch in der Zukunft die frühere, geschichtliche Stellung in Österreich gehören wird. Wir wollen seinen Glauben von der deutschen Unübertrefflichkeit auf kulturellem Gebiete nicht bekämpfen, denn wir sehen gerade aus seiner Ansicht eine Fortschrittsmöglichkeit hervorleuchten, indem die Deutschen mit den Slawen, Polen, Ruthenen usw. einen geistigen Kampf führen wollen, in dem das Privilegium der besseren Nation gewonnen werden soll.

Ein derartiger Sieg ist des Schweißes der Edlen wert. Wer ihn erringen will, darf nicht mit dem Gefühl der Feindschaft auf den Rivalen blicken, sondern muß mit dem Bewußtsein zu Werke gehen, daß er es verschmäht, da zu hassen, wo er als der reifere Teil gilt. Durch hervorragende Kulturwerke

erzwingt er sich Achtung, wirkt beispielgebend auf seine Nachbarn, und macht es so zu einem wichtigen Bestandteil nationaler Gesinnung, daß man, über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus, die gesamte Menschheit mit seinen Leistungen in Bewegung setzt. Denn eine Nation gewinnt allgemeine Bedeutung dadurch, daß sie nicht ein kleines, weltabgeschiedenes Völklein, sondern ein Glied in der Reihe der übrigen Kulturgemeinschaften zu sein begehrt.

CHRONIK

INTERNATIONALE Institutionen: Zu wenig sind vielleicht noch die zahlreichen internationalen Institutionen, welche in ihrer Gesamtheit eine wahre internationale Verwaltung bilden, bekannt. Sie werden in einer Schrift des amerikanischen „Verbandes für internationale Verständigung“ über das Werden einer Verfassung der vereinigten Staaten der Erde dargelegt. Die erste bedeutsame internationale Institution war der Weltpostverein, der im Jahre 1862 angebahnt, 1874 formell begründet wurde. Im gleichen Zeitraume, 1865, trat der Welttelegraphenverein und im Jahre 1906 dann der Weltverband für drahtlose Telegraphie ins Leben.

Ein gesamteuropäischer Frachtenvertrag trat im Jahre 1893 in Kraft und soll binnen kurzem auf Afrika und Asien ausgedehnt werden. Seit dem Jahre 1875 besteht eine internationale Vereinigung für Maße und Gewichte, deren Durchführung von einem internationalen Bureau in Paris überwacht wird. Zur Verhütung des Sklavenhandels bestehen internationale Bureaus in Brüssel und Sansibar. Seit 1896 endlich besteht eine internationale Vereinbarung über literarisches und künstlerisches Eigentum. Das internationale landwirtschaftliche Institut in Rom, das internationale

Amt für Arbeitsschutz in Basel und das internationale Bureau der Zuckerkonvention in Brüssel hat ähnliche Funktionen für wichtige ökonomische und soziale Fragen.

Die genannten internationalen Bureaus haben bereits ganz wesentliche jährliche Budgets, so das

	M.
Bureau des Weltpostvereins	100 000
des Welttelegraphenvereins	80 000
das Internationale Eisenbahn-bureau	80 000
das Internationale landwirtschaftliche Institut	60 000
das Internationale Arbeitsbureau	56 000
das Internationale Kolonialinstitut	80 000
das Internationale Bureau für Maße und Gewichte	60 000
... für Unterdrückung des Sklavenhandels	12 000
... für Veröffentlichung der Zollltarife	100 000
... für Sozialhygiene	120 000
das Internationale geodätische Bureau	12 000
das Internationale seismologische Institut	16 000
das Internationale ozeanographische Institut	80 000
das Internationale Institut für Herstellung eines wissenschaftlichen Kataloges	140 000

das Internationale Bureau
 des Haager Gerichtshofes 24 000
 ... für Patente 48 000
 das Internationale Bureau
 für literarisches Eigentum 48 000
 Zusammen etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen:
 also bloß etwa $\frac{1}{4}\%$ von den 8 Mil-
 liarden, die alljährlich für mili-
 tärzwecke ausgegeben werden.
 Die werdenden Institutionen des inter-
 nationalen Staatenbundes sind jeden-
 falls weniger kostspielig als die mili-
 tärischen Vorkehrungen, welche durch
 den noch nicht beendeten Ausbau des
 internationalen Rechtszustandes be-
 dingt sind.



Mallorca: Die wichtigste der balearischen Inseln ist Mallorca.

Interessant ist sie vor allem deshalb, weil sie neben Katalonien, mit dem sie enge Beziehungen verbinden, neben den baskischen Provinzen mit ihrer modernen Industrie, eine dritte und doch so ganz anders gerichtete Ausnahme von der allgemeinen, wenn auch nur relativ richtigen Regel eines Stillstandes, ja, Verfalls spanischer Kultur darstellt.

Von den beiden erstgenannten Industrieländern weicht es insofern völlig ab, als seine Bewohner überwiegend Landwirtschaft treiben, moderne Handelsmethoden, moderne soziale Probleme und moderne geistige Kultur haben kaum den Weg zu Mallorcas Felsenküsten gefunden.

Insofern könnte von einem gewissen Zusammenhang mit dem übrigen Spanien wohl gesprochen werden.

Und doch zeigt eine kurze Wanderung über die Insel, wie kindlich der Grundsatz von Spaniens Verfall, auf diesen Einzelfall wie gewiß auch auf manche anderen Punkte des großen, vielfach differenzierten Landes angewendet erscheinen muß.

Die Ebenen der Insel sind dicht

mit Gemüse und Fruchtbäumen bepflanzt, überall trifft man Spuren regsten werktätigen Fleißes.

Die Bergabhänge sind von 10 zu 10 m in Terrassen angesetzt, die sorgsam gepflegte Steinmauern voneinander scheiden. Ölbaumkulturen werden so auf felsigem Grunde ermöglicht, der von fern gesehen durchaus unwirtlich erscheint. So ist es denn auch der Insel möglich, trotz des fast völligen Fehlens einer Industrie, mehr als 100 Einwohner auf dem Quadratkilometer (zusammen 300 000) zu ernähren.

Daß diesem emsigen Fleiß der Landbevölkerung eine tüchtige Verwaltung entspricht, lehrt ein Blick auf die Kunststraßen des Landes. Zwischen dem Hauptort Palma mit kaum 60 000 Einwohnern und einer kleinen Landstadt im Westen der Insel, Soller, liegen 1500 m hohe Felsgebirge, über die nur ein Paß in Höhe von 500 m führt. Obwohl zweifelsohne der Verkehr zwischen beiden Städten niemals große Dimensionen annehmen kann, da Soller selbst nahe am Meere liegt und die Produktion seiner Orangenwälder vom eigenen Hafen, der mit Barzelona durch regelmäßigen Schiffsverkehr verbunden ist, direkt verfrachten kann, hat man doch eine Kunststraße über das Gebirge gebaut: in 50 Kehren steigt sie an der Westküste hinan und führt dann zur Südküste hinüber. Sie ist an Breite und Güte der Erhaltung den Kunststraßen, die von Deutschland über die Alpen führen, ebenbürtig.

Nicht genug an dieser Straße, wird eben jetzt ein Tunnel durch das Gebirge gebohrt, der die Tracierung einer Zweigbahnlinie nach Soller ermöglichen soll.

Ebenso sind die Hafen- und Quaianlagen in Palma musterhaft, die Straßen sauber, die Häuser wohlgepflegt. Die materielle Kultur der Insel steht durchaus auf der Höhe bester europäischer Vorbilder.

Von irgendwelchem Erschlaffen, Entwaldung des Landes, Vertrocknen seiner Hilfsquellen, südlicher Trägheit der Bewohner findet man keine Spur.

Was nun die geistige und künstlerische Kultur anlangt, die den Hintergrund zu dieser blühenden materiellen Kultur bilden müßte, um das schöne Bild zu vervollkommen, so muß scharf unterschieden werden.

Mangels einer Industrie gibt es keine modernen Sozialprobleme. Das Leben ist patriarchalisch, Kirche und Adel besitzen noch großen Einfluß.

Der frühere konservative Ministerpräsident von Spanien, Don Maura, ist aus Mallorca gebürtig und vertritt den Wahlkreis noch heute im spanischen Parlament. Auch die offizielle spanische Sitte und Sprache haben die Insel in weitergehendem Grade gewonnen, als das unabhängige katalonische Industrieand. Nur noch im Familienkreise spricht man die mallorquinische Sprache, im öffentlichen Leben nur spanisch.

Aber wie in dem vielfach ähnlichen Französisch-Kanada, wie auf den Inseln Westindiens, so entwickelte sich auch hier beim Wegfall einer scharf ausgeprägten sozialen und geistigen Kultur eine intensive Gemütskultur, die aus dem empfindsamen, phantasievollen Seelenleben der Landbewohner ihre Kräfte schöpft.

Abends werden überall nationale Lieder gesungen, und in den Städten des Landes schaffen moderne lyrische Dichter eigenartige Gesänge.

Der Domherr Costa hat die Schönheit in der mallorquinischen Landschaft in eigenartigen Versen gefeiert; Alkower in spanischer und in katalonischer Sprache, vor allem in seiner Gedichtsammlung „Meteore“, feinsinnige Poesien geschaffen; Gabriele Alomar hat in Anlehnung zu klassisch-heidnischen Vorbildern und in bewußtem Gegensatz zur kirchlich mittelalterlichen Welt Spaniens, feurige Gedichte geschrieben und zuletzt eine Sammlung: „Feuersäulen“ herausgegeben. Alomar schrieb in katalonischer Sprache, die ja der mallorquinischen enge verwandt ist.

Auch die Malerei und vor allem die Musik hat begabte Vertreter gefunden.

Die architektonische Kunst setzt das Werk der Vergangenheit in schöner Weise fort, die Kathedrale von Palma, überwiegend aus dem 19. Jahrhundert stammend, zeigt imposante Formen.

Mallorca ist ein Beispiel, wie auch die spanische Kultur unter günstigen Daseinsbedingungen sich in hergebrachter Weise forterben und dabei schöpferisch bleiben kann.

R. Broda.

SOZIALE ENTWICKLUNG

GEORG SCHMIEDL, WIEN: DAS LEHRERINNENZÖLIBAT IN ÖSTERREICH.



TROTZ des siegreichen Vordringens des Weibes auf dem Kampfgebiete der politischen Gleichberechtigung mit dem Manne, trotz des unaufhaltsamen Eindringens der Frau in alle „männlichen“ Berufe beobachten wir in Österreich seit Jahren eine Einengung weiblicher Tätigkeit im Lehramte durch das sogenannte Lehrerinnenzölibat.

Man versteht darunter die Verpflichtung der Lehrerin an öffentlichen Schulen, ihr Amt niederzulegen, sobald sie in den Ehestand tritt.

Ein Landtag nach dem andern — die gesetzgebenden Körperschaften der österreichischen Kronländer — beschließt diese Einschränkung der Wirksamkeit der Lehrerinnen, ohne daß sich ein nennenswerter Widerstand dagegen erhebe.

Wenn im nachstehenden alle die Gründe erörtert werden, die für diese Maßregel ins Treffen geführt werden, so wird sich zeigen, daß kein einziger wirklich stichhältig ist, und diese Verletzung der Menschenrechte des Weibes nur dadurch erklärt werden kann, daß eine Einrichtung nun aufgehoben wird, die bei ihrer Einführung der Volksempfindung nicht entsprochen hatte. Das Gleiche kann man bezüglich der Aufnahme der Juden in den staatsbürgerlichen Verband der modernen Staaten wahrnehmen. Gesetzliche Gleichberechtigung auf allen Gebieten, in Wirklichkeit Ausschluß aus den meisten Verwaltungszweigen, Fernhalten von führenden Stellen, soziale Isolierung! Alle Toleranzedikte blieben und bleiben wirkungslos, weil die Wandlung im Volksempfinden sich noch nicht vollzogen hat und die freiheitlichste und gerechteste Regierung es nicht wagen darf, dem toten Gesetze Leben einzuhauchen.

Als schwerstes Geschütz gegen die verheiratete Lehrerin wird gewöhnlich von kirchlich gesinnter Seite die sittliche Gefährdung der Schuljugend angefahren. Das kindliche Gefühl werde verletzt, wenn die Zeichen der Mutterschaft bei der Lehrerin zutage treten und der an diesem Zustande Beteiligte auch an derselben Anstalt wirke. Deshalb wurden vorerst Lehrer-Ehepaare an verschiedene Anstalten versetzt. Abgesehen von allem andern ist es doch klar, daß die Furcht, die Persönlichkeit der Lehrerin werde in den Augen des Kindes an Ehrfurcht verlieren, deshalb schon nicht begründet ist, weil ja auch die Mutter die gleichen Wandlungen durchmacht, ohne an Liebe und Verehrung ihrer Kinder zu verlieren.

Von derselben Seite, die sich die „Erhaltung der Familie“ zum Ziele setzt, wird betont, daß die Häuslichkeit leide, wenn die Mutter einem Berufe obliegt, was auch ökonomische Nachteile im Gefolge habe. Dasselbe ließe sich auch gegen zahlreiche Frauen ins Feld führen, die, mit Zustimmung jener Kreise, im Post-, Telephon- und Bahnbetriebe, sowie in vielen Staatsämtern in Verwendung stehen. Manche der Gegner der Lehrerehe beschäftigen in ihren eigenen Betrieben verheiratete Frauen und erheben in den gesetzgebenden Körperschaften nicht ihre Stimme gegen die Anstellung von Frauen, ja bemühen sich oft, ihre und ihrer Freunde Töchter in öffentlichen Ämtern, bei Banken, Sparkassen und Gemeindebetrieben unterzubringen.

Ein oft gehörter Einwand ist der, daß ein solches Lehrerehepaar ein zu großes Einkommen beziehe, doppeltes Quartiergeld, doppelte Ruhegehälter.

Abgesehen von dem kleinlichen, neidvollen Standpunkte, dem ein solcher Einwand entspricht, ist zu entgegnen, daß die Bezüge doch für solche Leistungen bezahlt werden, die sich durch die Verehelichung der beiden Lehrpersonen in nichts ändern. Das außeramtliche Verhältnis solch zweier Menschen kann das Verhalten des Staates ihnen gegenüber nicht beeinflussen. Dies geschieht auch tatsächlich nicht dort, wo Ehepaare öffentliche Ämter bekleiden. Daran haben alle jene, die die Lehrerin zur Ehelosigkeit verdammen, niemals Anstoß genommen.

Der gleich nichtige Einwand ist es, wenn erwähnt wird, die verheiratete Lehrerin nehme dem Manne, der eine Familie zu erhalten habe, eine Stelle weg.

Nicht davon zu reden, wie verschwindend klein die Zahl solcher Stellen ist im Verhältnis zu der Menge sich anbietender Männer, heißt es doch Menschen dem Hunger preisgeben, wenn sie der Staat hindert, auf die ihnen geeignetste Weise ihr Brot zu verdienen. Dies Recht hätte er nur dann, wenn er für den Unterhalt solcher Frauen sorgte. In einer Zeit, die, wie selten eine, so rasch alle sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse umwälzt, ist ein derartiger Eingriff in die Lebensbetätigung des einzelnen, sei es auch einer Frau, nicht möglich. Nebenbei: welcher Widerspruch liegt doch darin, daß auf der einen Seite über den steten Rückgang der Geburten geklagt und auf der andern dagegen die Eheschließung erschwert wird.

Wenn auch oft als Grund des Heiratsverbotes die zu gewärtigenden vielwöchentlichen Versäumnisse in der Zeit der Niederkunft angeführt werden, so erledigt sich dieser Einwand durch den Hinweis auf die gleichen Verhältnisse bei den in andern Berufen tätigen Frauen und auch durch das schon oben über den Rückgang der Geburten Gesagte, wobei noch hinzugefügt werden kann, daß die Sterblichkeit der Lehrerkinder eine sehr geringe und somit einen nicht zu unterschätzenden Umstand für die Freunde wachsender Bevölkerung darstellt.

Was das von den Gegnern des Eheverbotes angeführte Argument betrifft, demzufolge das Zölibat eine Abwehrmaßregel der Gemeindegewaltigen auf dem flachen Lande gegen die Heiratskonkurrenz bedeutet, der ihre Töchter seitens der vielumworbenen Lehrerin ausgesetzt sind, sei nur festgestellt, daß ihm keine größere Bedeutung beizumessen ist. Ernster zu nehmen ist schon der Einwand der Bekämpfer des Zölibates, der den Mut zur Ächtung der Lehrerin in deren politischen Rechtlosigkeit sucht. Dies findet seine Begründung in der Tatsache des in den österreichischen Gemeinden bestehenden Wahlkörpersystems mit seiner geringen Wählerzahl, wobei oft nur eine Stimme die Entscheidung herbeiführt. An die Stelle der aus der Schulstube verdrängten Lehrerin treten dann Lehrer, auf deren Stimme man bei Wahlen, auf deren agitatorisches Wirken im Sinne der herrschenden Partei man rechnen kann.

Eine gewisse Berechtigung hat es auch, wenn ausgeführt wird, daß Mädchen, die zur Ehelosigkeit verurteilt sind, nach und nach in demselben Maße, in dem ihre Hoffnung auf Mutterschaft schwindet, nebst körperlichen Abnormitäten auch einem Gemütszustande anheimfallen, der sie leicht unter die Herrschaft der Kirche bringt und sie so zum Schuldienste ungeeignet macht.

Vom Standpunkte der psychologischen und Sozialpädagogik gibt es nur eine Begründung der Verwerfung des Eheverbotes, die für sich allein schon alle Einwände entkräftet.

Das ist die jedem einleuchtende Forderung, daß nur der erziehen kann, der selbst Kinder hat. Sei der ledige Lehrer auch mit allen Eigenschaften des wahren Pädagogen ausgestattet, das ihm anvertraute höchste Gut der Menschheit, die Kinder, wird er nur dann mit richtiger Schätzung verwalten können, wenn er selbst Kinder hat, an denen er die Entwicklung des Leibes und der Seele beobachten und so erst die richtige Distanz zur gerechten Beurteilung der Schuljugend erlangen kann. Wenn er all die mannigfachen, täglich wechselnden Sorgen, Mühen und Freuden, die der Besitz eigener Kinder mit sich bringt, erfahren hat, dann erst wird er ein gerechter und nachsichtiger Beurteiler fremder Kinder sein können.

Und überdies! Mann und Weib, wohl psychologisch und physiologisch verschieden ausgestaltet, doch miteinander erst eine Lebenseinheit bildend, müssen beide, soll es gelingen, am Erziehungswerke beteiligt sein.

Sind schon aus diesem Gesichtspunkte Mönche und Nonnen als Erzieher untauglich, so sollte gerade der Staat um so eher verheiratete Lehrer und Lehrerinnen bevorzugen.

Und schließlich! Die heutige Schule, nicht mehr Lernschule allein, sondern in stets wachsendem Maße Erziehungsschule, endlich Arbeitsschule, ja soziale Schule, kann und muß nur Lehrer haben, die nicht außerhalb des sozialen Lebens, sondern mitten drin stehen, seine Wandlungen mitmachen, seine Forderungen selbst verspüren, ihre Kräfte an den mannigfachen Widerständen messen, um so lebendig, an Beispielen aus dem Bildersaal bunter Lebenserfahrungen, die Jugend zu unterrichten. Denn nur das kann man wahrhaft gut andern vermitteln, was man selbst kann und selbst erlebt hat. Solcher Unterricht erst ist fruchtbar.



J. SENGBUSCH, RIGA: ANTIALKOHOLUNTERRICHT IN RIGA.



Es gibt gewiß keinen denkenden Menschen, dem das viele durch den Alkohol verursachte Elend nicht nahe gegangen wäre, dem sich nicht einmal die Frage aufdrängt: Wie sollen wir helfen? Die Antwort darauf geben uns die Amerikaner, die Norweger, die Schweden, die Finnländer, die ihre Jugend in den Schulen aufklären über das Wesen des Alkohols, über den Schaden, den er verursacht. Dieser Unterricht ist ein Bestandteil der Naturgeschichte, und zwar behandelt er die Funktionen der menschlichen Organe; er muß bei richtiger Leitung den Kindern höchst interessant sein. In vielen Schulen in den mittleren Klassen wird die Naturgeschichte des Menschen gar nicht oder sehr oberflächlich behandelt, und doch — was liegt dem Kinde näher, als sein eigener Körper, dessen Wachstum, Zunehmen und Abnehmen? Aber all diese Fragen sind ihm meist unbekannter als das Innere Afrikas.

Vor 4½ Jahren kam Frau Alli Trygg-Helenius *) nach Riga. Sie hielt hier einen Vortrag über die Notwendigkeit, die Jugend über das Wesen des

*) Mitbegründerin der Ortsgruppe Helsingfors unseres Instituts. Anm. d. Red.

Ein oft gehörter Einwand ist der, daß ein solches Lehrerehepaar ein zu großes Einkommen beziehe, doppeltes Quartiergeld, doppelte Ruhegehälter.

Abgesehen von dem kleinlichen, neidvollen Standpunkte, dem ein solcher Einwand entspricht, ist zu entgegnen, daß die Bezüge doch für solche Leistungen bezahlt werden, die sich durch die Verehelichung der beiden Lehrpersonen in nichts ändern. Das außeramtliche Verhältnis solch zweier Menschen kann das Verhalten des Staates ihnen gegenüber nicht beeinflussen. Dies geschieht auch tatsächlich nicht dort, wo Ehepaare öffentliche Ämter bekleiden. Daran haben alle jene, die die Lehrerin zur Ehelosigkeit verdammen, niemals Anstoß genommen.

Der gleich nichtige Einwand ist es, wenn erwähnt wird, die verheiratete Lehrerin nehme dem Manne, der eine Familie zu erhalten habe, eine Stelle weg.

Nicht davon zu reden, wie verschwindend klein die Zahl solcher Stellen ist im Verhältnis zu der Menge sich anbietender Männer, heißt es doch Menschen dem Hunger preisgeben, wenn sie der Staat hindert, auf die ihnen geeignetste Weise ihr Brot zu verdienen. Dies Recht hätte er nur dann, wenn er für den Unterhalt solcher Frauen sorgte. In einer Zeit, die, wie selten eine, so rasch alle sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse umwälzt, ist ein derartiger Eingriff in die Lebensbetätigung des einzelnen, sei es auch einer Frau, nicht möglich. Nebenbei: welcher Widerspruch liegt doch darin, daß auf der einen Seite über den steten Rückgang der Geburten geklagt und auf der andern dagegen die Eheschließung erschwert wird.

Wenn auch oft als Grund des Heiratsverbotes die zu gewärtigenden vielwöchentlichen Versäumnisse in der Zeit der Niederkunft angeführt werden, so erledigt sich dieser Einwand durch den Hinweis auf die gleichen Verhältnisse bei den in andern Berufen tätigen Frauen und auch durch das schon oben über den Rückgang der Geburten Gesagte, wobei noch hinzugefügt werden kann, daß die Sterblichkeit der Lehrerkinder eine sehr geringe und somit einen nicht zu unterschätzenden Umstand für die Freunde wachsender Bevölkerung darstellt.

Was das von den Gegnern des Eheverbotes angeführte Argument betrifft, demzufolge das Zölibat eine Abwehrmaßregel der Gemeindegewaltigen auf dem flachen Lande gegen die Heiratskonkurrenz bedeutet, der ihre Töchter seitens der vielumworbenen Lehrerin ausgesetzt sind, sei nur festgestellt, daß ihm keine größere Bedeutung beizumessen ist. Ernster zu nehmen ist schon der Einwand der Bekämpfer des Zölibates, der den Mut zur Ächtung der Lehrerin in deren politischen Rechtlosigkeit sucht. Dies findet seine Begründung in der Tatsache des in den österreichischen Gemeinden bestehenden Wahlkörpersystems mit seiner geringen Wählerzahl, wobei oft nur eine Stimme die Entscheidung herbeiführt. An die Stelle der aus der Schulstube verdrängten Lehrerin treten dann Lehrer, auf deren Stimme man bei Wahlen, auf deren agitatorisches Wirken im Sinne der herrschenden Partei man rechnen kann.

Eine gewisse Berechtigung hat es auch, wenn ausgeführt wird, daß Mädchen, die zur Ehelosigkeit verurteilt sind, nach und nach in demselben Maße, in dem ihre Hoffnung auf Mutterschaft schwindet, nebst körperlichen Abnormitäten auch einem Gemütszustande anheimfallen, der sie leicht unter die Herrschaft der Kirche bringt und sie so zum Schuldienste ungeeignet macht.

Vom Standpunkte der psychologischen und Sozialpädagogik gibt es nur eine Begründung der Verwerfung des Eheverbotes, die für sich allein schon alle Einwände entkräftet.

Das ist die jedem einleuchtende Forderung, daß nur der erziehen kann, der selbst Kinder hat. Sei der ledige Lehrer auch mit allen Eigenschaften des wahren Pädagogen ausgestattet, das ihm anvertraute höchste Gut der Menschheit, die Kinder, wird er nur dann mit richtiger Schätzung verwalten können, wenn er selbst Kinder hat, an denen er die Entwicklung des Leibes und der Seele beobachten und so erst die richtige Distanz zur gerechten Beurteilung der Schuljugend erlangen kann. Wenn er all die mannigfachen, täglich wechselnden Sorgen, Mühen und Freuden, die der Besitz eigener Kinder mit sich bringt, erfahren hat, dann erst wird er ein gerechter und nachsichtiger Beurteiler fremder Kinder sein können.

Und überdies! Mann und Weib, wohl psychologisch und physiologisch verschieden ausgestaltet, doch miteinander erst eine Lebenseinheit bildend, müssen beide, soll es gelingen, am Erziehungswerke beteiligt sein.

Sind schon aus diesem Gesichtspunkte Mönche und Nonnen als Erzieher untauglich, so sollte gerade der Staat um so eher verheiratete Lehrer und Lehrerinnen bevorzugen.

Und schließlich! Die heutige Schule, nicht mehr Lernschule allein, sondern in stets wachsendem Maße Erziehungsschule, endlich Arbeitsschule, ja soziale Schule, kann und muß nur Lehrer haben, die nicht außerhalb des sozialen Lebens, sondern mitten drin stehen, seine Wandlungen mitmachen, seine Forderungen selbst verspüren, ihre Kräfte an den mannigfachen Widerständen messen, um so lebendig, an Beispielen aus dem Bildersaale bunter Lebenserfahrungen, die Jugend zu unterrichten. Denn nur das kann man wahrhaft gut ändern vermitteln, was man selbst kann und selbst erlebt hat. Solcher Unterricht erst ist fruchtbar.



J. SENGBUSCH, RIGA: ANTIALKOHOLUNTERRICHT IN RIGA.

Es gibt gewiß keinen denkenden Menschen, dem das viele durch den Alkohol verursachte Elend nicht nahe gegangen wäre, dem sich nicht einmal die Frage aufdrängt: Wie sollen wir helfen? Die Antwort darauf geben uns die Amerikaner, die Norweger, die Schweden, die Finnländer, die ihre Jugend in den Schulen aufklären über das Wesen des Alkohols, über den Schaden, den er verursacht. Dieser Unterricht ist ein Bestandteil der Naturgeschichte, und zwar behandelt er die Funktionen der menschlichen Organe; er muß bei richtiger Leitung den Kindern höchst interessant sein. In vielen Schulen in den mittleren Klassen wird die Naturgeschichte des Menschen gar nicht oder sehr oberflächlich behandelt, und doch — was liegt dem Kinde näher, als sein eigener Körper, dessen Wachstum, Zunehmen und Abnehmen? Aber all diese Fragen sind ihm meist unbekannter als das Innere Afrikas.

Vor 4½ Jahren kam Frau Alli Trygg-Helenius *) nach Riga. Sie hielt hier einen Vortrag über die Notwendigkeit, die Jugend über das Wesen des

*) Mitbegründerin der Ortsgruppe Helsingfors unseres Instituts. Anm. d. Red.

Alkohols aufzuklären, ferner zwei Probestunden, wie solch ein Aufklärungsunterricht sich gestalten müßte. Besonders packend war eine Geschichte, die sie uns von einem ihr nahestehenden finnländischen Studenten erzählte, der dem Trunke verfallen war und damit seinen Angehörigen unsägliches Elend und Leid bereitete. Einst hatte Frau Helenius diesem Studenten gesagt: Mensch, besinnen Sie sich doch, können Sie denn wirklich solches Herzeleid den alten Eltern, der schwerarbeitenden, vergrämten Schwester bereiten? Da antwortete besagter Student: „Warum sagen Sie mir j e t z t so etwas, wo mein Elend 100mal größer ist als das meiner Eltern? Sie sind Lehrerin, warum sagen Sie nicht der Jugend, die Sie unterrichten, was der Alkohol anrichtet, damit diese zeitig den Alkohol als einen Feind vor Augen hat?“

Die Anwesenheit von Frau Alli Trygg-Helenius in Riga, wo schon der Kampf gegen den Alkoholismus durch den Verein zur Förderung der Volkswohlfahrt angeregt worden war, blieb nicht vergeblich. Der Anti-Alkohol-Unterricht wurde durch den deutschen Frauenbund tatsächlich in die neugegründete Luisen- und Dorotheenschule eingeführt.

Schreiberin dieser Zeilen hatte sich an ein energisches Studium der Alkoholfrage gemacht, wurde bei der zweiten Anwesenheit von Frau Helenius auf ihre Kenntnisse geprüft und erhielt ein Zeugnis hierüber. Das war höchst wichtig, denn in Rußland spielen die Diplome eine große Rolle. Gleichzeitig beschäftigte sich Schreiberin dieser Zeilen eingehend mit der Frage: Wie mache ich diese Aufklärung den Kindern verständlich und gleichzeitig interessant? Um sich hierüber klar zu werden, war Zeit vonnöten, doch ich hoffe, nicht umsonst Zeit, Mühe und Interesse auf die Sache verwendet zu haben — das zeigen mir die leuchtenden Augen meiner kleinen Zuhörer in den Stunden, die wir Abstinenzstunden genannt haben. Der Name ist nicht glücklich gewählt. Die Erwachsenen, also die Eltern der Kinder, auch der noch zu gewinnende Schulvorstand, haben beim Hören dieses Namens sofort ein Mißtrauen, als wollte man ihnen ihr geliebtes Bier und ihren Wein verketzern. Wir sagen den Kindern: Glaubt nur das, was wir euch beweisen können, was ihr selbst verstehen könnt. Und das ist wichtig. Hierzu folgt ein Beispiel. Ich fragte einen mir nahestehenden 17jährigen jungen Menschen: Warum trinkst du kein Bier? Seine Antwort lautete: „Ich habe die Bücher über die Alkoholfrage gelesen, und du fragst mich noch, warum ich nicht trinke?“

Die Art und Weise meines Unterrichts in der Alkoholfrage habe ich in einer kleinen Broschüre niedergelegt: „Wie man Abstinenz-Unterricht erteilt“ (Ein Lehrbuch für Lehrer und Eltern, ein Lesebuch für Kinder) von Frau Jenny Sengbusch. Herausgegeben vom Verein zur Förderung der Volkswohlfahrt. Mein Unterricht umfaßt folgende Kapitel: I. Das Entstehen des Alkohols; II. Bestandteile unserer Nahrung; III. Verdauung A; IV. Verdauung B; V. Das Herz, das Blut; VI. Die weißen Blutkörperchen. Die Adern; VII. Gehirn und Nerven; VIII. Dauernde Krankheiten des Gehirns und der Nerven; IX. Körperliche Arbeit und Alkohol; X. Alkohol und Körperwärme. Vom Durst; XI. Geistige Fähigkeiten des Menschen; XII. Unsittliches Leben; XIII. Alkohol. Krankheit. Tod.

Häufig erzähle ich zum Schluß der Abstinenzstunde eine kleine Geschichte, lasse ein Gedicht in der Klasse lernen, was stets mit großem Jubel begrüßt wird. Eine große Wichtigkeit beim Unterricht ist das wiederholte

Betonen, daß diese Aufklärung den Kindern nicht gegeben wird, um sich damit wichtig zu machen und Erwachsene, welche gern alkoholhaltige Getränke genießen, zu belehren. Wohl aber lege ich den Kindern ans Herz, daß sie ihren Altersgenossen von dem Gelernten erzählen. Ferner fordere ich die Kinder auf, ihrer Mutter, in deren Schulzeit man vom Alkohol noch nicht redete, das Gehörte mitzuteilen. Die Folgen hiervon sind bei uns schon zu sehen. Eine große Zahl der Mütter meiner Schüler und Schülerinnen sind dem Abstinentenbund der Frauen beigetreten.

In einer Schule, in der ich die letzte Klasse zu unterrichten habe, junge Mädchen von 16—17 Jahren, gibt es in den ersten Stunden stets stürmischen Widerspruch. Vater hat so gesagt und Mutter so usw. Ich höre das stets sehr geduldig mit an und verspreche meinen aufgeregten Schülerinnen Antwort auf alle diese Einwendungen im Verlauf der weitem Kapitel, die wir durchnehmen werden. In einer der letzten Stunden verteile ich die verschiedenen durchgenommenen Kapitel als Aufsatzthemata — und hatte recht befriedigende Resultate. Freilich frage ich den Inhalt jedes durchgenommenen Kapitels in der nächsten Stunde ab und ruhe nicht eher, als bis die ganze Klasse auch das Durchgenommene wiederzugeben weiß. Nicht-verstandenes oder Halbverstandenes schadet nur den Kindern und gleichzeitig der Bekämpfung des Alkoholismus. Da ich mit froher Begeisterung meine Aufklärungsstunden gebe, so merke ich, daß diese Begeisterung auch meistens auf die Kinder übergeht. Ich erzähle ihnen, daß es in den amerikanischen Staaten Maine, Kanadas, Massachusetts ein Verbotsgesetz gibt, so daß weder Bier, Schnaps noch Wein im Staate zu kaufen ist, und daß dieses Gesetz nur zustande kam dadurch, daß die Kinder Aufklärungsunterricht erhielten — dann als Abstinenten groß wurden und solch ein Gesetz durchsetzten. Wenn ich den Kindern dann sage: Ihr habt ein schönes Werk vor euch; jetzt sollt ihr alle kleine Schneeflöckchen werden, aus denen die große Lawine entstehen wird, die allen Alkohol aus Riga wegfegt! Ist das nicht schön, zu helfen, daß so viel Elend verhindert wird? Wollt ihr solche Schneeflöckchen werden? Dann glänzen die Augen meiner Schüler und Schülerinnen ganz hell und bewußt.

Wenn auch im allgemeinen diese Aufklärungsarbeit eine Saat ist, deren Früchte Zeit zum Reifen brauchen, so habe ich doch in diesen 3½ Jahren mancherlei Erfreuliches neben aller Anfeindung erlebt. Mehrfach haben Kinder mir erzählt, daß die Väter und erwachsenen Brüder für die Alkoholfrage Interesse zeigten, die Kinder ausfragten über das, was sie in der Schule gelernt hatten — und schließlich ihr Trinken einstellten. Natürlich sind das Ausnahmen.

Im allgemeinen schaut der Gewohnheitstrinker, auch der mäßige, sein Kind mitleidig an, daß es an die Schulmärchen vom giftigen Alkohol glaubt. Das Kind aber, das die Aufklärung begriffen, hat Gelegenheit in aller Bescheidenheit seinem Vater gegenüber seinen Charakter zu stählen und trotz Spott und Sticheleien abstinente zu bleiben. Es ist etwas Großes, wenn ein Kind schon lernt, was folgender Spruch besagt:

Wer nur mittrinkt der andern wegen,
Dem ist an Selbstachtung wenig gelegen.

Schon im ersten Jahr meines Unterrichts fand ich Eingang in noch andern Schulen. Das geschah in folgender Weise. Der Volkswohlfahrtsverein, dessen ich schon am Eingange dieser Zeilen erwähnte, genießt bei

uns in Riga großes Ansehen. Dieser Verein bat in mehreren deutschen Schulen um Erlaubnis, daß ich dort in Gegenwart des Schulvorstandes eine Probestunde halten dürfe. Solches geschah. Der Unterricht gefiel und wurde eingeführt. Allmählich sind es zwölf Schulen geworden, in denen ich regelmäßig ein- bis zweimal monatlich über die Alkoholfrage spreche — in vier bis fünf andern Schulen wird von andern Pädagogen dieser Unterricht besorgt.

Aber das ist nur ein Anfang, denn wir haben viele hundert Schulen in unserer Stadt. Diese für den Aufklärungsunterricht zu gewinnen, ist noch eine bevorstehende Arbeit. Bisher scheiterten meistens unsere Anläufe daran, daß die Schulvorsteher selbst gern trinken und fürchten, die aufgeklärte Schuljugend werde sie weniger achten. Doch unsere Enthaltensamkeitssache ist eine gute Sache — die Jugend selbst verlangt darnach — sie wird siegreich vordringen trotz der vielen Hindernisse, die ihr gerade von Lehrern in den Weg gelegt werden. Vor einigen Jahren hatten Schüler in Mitau einen Vortrag von Frau Trygg-Helenius mitangehört. Sie waren durchdrungen von der Notwendigkeit, gleich jedem alkoholischen Getränk den Abschied zu geben, und redeten begeistert davon zu Hause. In der nächsten Religionsstunde setzte ihr Religionslehrer, ein in Mitau angesehener Pastor, den Knaben auseinander, daß sich die Sache doch nicht ganz so verhalte, wie die Dame es ihnen erzählt habe — daß ein mäßiger Alkoholgenuß nicht zu verachten sei. Welch unendlichen Schaden hat dieser Lehrer angerichtet! Hat doch Professor Kräpelin aus Statistiken nachgewiesen, daß jeder neunte Mensch am Alkohol zugrunde geht.

Nun noch einige Zeilen über das Verhalten unserer Schulobrigkeit zu diesem Unterricht. Zuerst natürlich mußte ich ein Lehrerinnendiplom vorweisen, dann ein Attest, daß ich die Alkoholfrage auch verstehe. Dazu diente mir die Bescheinigung von Frau Helenius, die ich mit deren Broschüre: „Gegen den Alkohol“ dem Inspektor einsandte. Dies wurde genehmigt.

Eine Prüfung, bei einem abstinentern Arzt abgelegt und ein Dokument hierüber mußte jedem Lehrer auch die Berechtigung zu diesem Unterricht geben.

Unserm Herrn Kurator, Exzellenz Prutschenko, der sich dem Alkohol-Unterricht freundlich gesinnt zeigte, möchte ich hier gern öffentlich meinen Dank aussprechen.

CHRONIK

DIE Dienstpragmatik der französischen Staatsbeamten: Seit mehreren Jahren steht die Dienstpragmatik der französischen Staatsbeamten im Vordergrund des öffentlichen Interesses Frankreichs. Nun endlich soll das Problem seiner Lösung entgegengeführt werden. Die

zuständige Parlamentskommission hat in der Tat auf Antrag ihres Berichterstatters Maginot einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der einerseits weitgehenden Wünschen der Beamten nach Sicherung ihrer Rechtsstellung und Beseitigung jeder Günstlingswirtschaft gerecht wird, andererseits aber

auch eine völlige Garantie gegen jede Wiederholung von Staatsbeamtenstreiks bietet.

Der neue Gesetzesplan unterscheidet scharf zwischen Staatsbeamten und bloß provisorisch angestellten Arbeitern und setzt dann eingehend fest, welche Bedingungen vorhanden sein müssen, um einem Kandidaten den Eintritt in den Staatsdienst zu eröffnen. Für das Vorücken im Dienst werden weiter eine Reihe von Bestimmungen festgelegt, unter anderen die, daß mindestens die Hälfte aller Beförderungen in jedem Dienstzweig nach dem Dienstalter erfolgen muß und höchstens die Hälfte auf Grund freier Entschliebung der vorgesetzten Behörde.

Die Beförderung innerhalb der gleichen Rangklasse, die bloß erhöhte Bezüge zur Folge hat, soll sich ausschließlich nach dem Dienstalter richten.

Was die Beförderung auf Grund spezieller Würdigung der Befähigung anlangt, so hat sie entweder nach einer Prüfung oder aber nach einer Tabelle zu geschehen, die von einer besonderen Kommission aufgestellt wird. Letztere ist aus einigen, von der Regierung ernannten Mitgliedern und zwei Delegierten der Beamten selbst und zwar Angehörigen der gleichen Rangklasse zusammengesetzt.

Die Dienstpragmatik setzt dann die einzelnen Disziplinarstrafen, die mit Mahnung und Verweis beginnen und mit Dienstentlassung enden, fest und bestimmt, daß außer der leichten Strafe des Verweises alle anderen Stufen nur ausschließlich nach Einholung eines Gutachtens durch eine Disziplinarcommission verhängt werden dürfen. Diese Kommission besteht aus drei Beamten, welche ihrer Rangklasse nach diese Stellung einnehmen, und zwei Delegierten der Beamten, welche der gleichen Rangklasse und

dem gleichen Dienstzweig wie der angeklagte Funktionär angehören. Die Delegierten werden alljährlich von der Beamtenschaft gewählt; das rangälteste Kommissionsmitglied führt den Vorsitz; der unmittelbare Vorgesetzte des Beamten, über dessen Angelegenheit verhandelt wird, kann der Kommission nicht angehören. Der Angeklagte kann eines der erwählten Kommissionsmitglieder und eines der anderen wegen Befangenheit zurückweisen. Die Verhandlung vor der Disziplinarcommission hat öffentlich und mündlich zu erfolgen, auch ist die Zuziehung eines Verteidigers zulässig.

Insoweit Disziplinarstrafen des dritten Grades (Rückversetzung in eine niedrigere Klasse, provisorische Dienstenthebung und Entlassung) in Betracht kommen, kann der Minister über den Spruch der Disziplinarcommission nicht hinweggehen, es sei denn, daß der Ministerrat selbst eine formale Entscheidung treffe.

Was die Beamtenverbände anbelangt, so erkennt das Gesetz ausdrücklich an, daß die Beamten sowohl Vereine, welche dem allgemeinen Vereinsgesetz unterliegen, als auch Gewerkschaften im Sinne des betreffenden Gesetzes bilden können. Die Vereine dürfen jedoch keinen politischen Zweck haben und dem gleichen Verbandsverbande können nur Beamte des gleichen Dienstzweiges angehören oder aber, soweit sie verschiedenen Dienstzweigen angehören, müssen sie aus der gleichen Rangklasse sein. Diese Vereine, welche derart nur Beamte spezieller Interessengemeinschaften zusammenfassen, können mit den Verbänden, die aus Beamten anderer Dienstzweige bestehen, nicht in Verbindung treten.

Die Beamtenverbände können an Stelle ihrer Mitglieder alle Klagen und Beschwerden verfolgen, wie auch ihre Wünsche direkt dem Minister vortragen. Dagegen ist ihnen ausdrück-

lich untersagt, ihre Mitglieder zum Streik aufzufordern. Die Leiter von Verbänden, welche sich über dieses Verbot hinwegsetzen sollten, erhalten eine Geldstrafe von 80—240 Mark und im Wiederholungsfalle die doppelte Geldstrafe oder eine Gefängnisstrafe von 6 Tagen bis zu einem Jahre; ebenso können die Verbände selbst in einem solchen Falle aufgelöst werden.

Ein Gesamtüberblick über diesen Entwurf zeigt deutlich seine Grundtendenz, einerseits alle berechtigten Wünsche der Beamten zu erfüllen, ihnen wahre Selbständigkeit gegen oben und wahre Garantie gegen jede ungerechte Behandlung zu verschaffen, andererseits jedoch die wichtigen Interessen des öffentlichen Lebens gegen jeden Gewaltakt der Beamten unbedingt sicherzustellen.

G. Dubois.

Erfolge des Frauenstimmrechts:

In der letzten Zeit haben die Frauen wieder in einer Reihe von Staaten politische Rechte gewonnen. In Island haben beide Häuser des Parlaments in der letzten Session mit großer Mehrheit beschlossen, das allgemeine Wahlrecht auch auf die Frauen auszudehnen und ihnen die Wählbarkeit unter gleicher Voraussetzung wie den Männern zu verleihen.

In Amerika hat das Parlament des Staates Kentucky den Frauen das Wahlrecht zu den Schulräten gegeben.

Der Senat des neuen Staates Arizona hat sich einstimmig für das Frauenstimmrecht ausgesprochen.

Beide Häuser des Staatsparlaments von Michigan haben mit 73 gegen 5 resp. 75 gegen 19 Stimmen die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen beschlossen; die endgültige Entscheidung liegt bei einem Refe-

rendum, das im November abgehalten werden soll.

In Schweden harrt eine Regierungsvorlage der Erledigung durch den Reichstag, welche den Frauen das Wahlrecht und die Wählbarkeit wie den Männern — im wesentlichen also allgemeines Wahlrecht — verleiht.



Die Sache des Frauenstimmrechts in Amerika hat bekanntlich durch dessen Durchführung in Kalifornien und durch den Eifer der dortigen Wählerinnen einen starken Schritt nach vorwärts getan; auch ließ Roosevelt als Präsidentschaftskandidat der fortschrittlichen Partei durch seinen Freund, Richter Lindsey aus Denver, erklären, er trete entschieden für Einführung des Frauenstimmrechtes bei allen politischen Wahlen in den Vereinigten Staaten ein.

Roosevelt führte als wesentliche Begründung für seinen neuen Standpunkt die Erkenntnis an, daß die weiblichen Wähler in den Staaten Colorado, Washington, Kalifornien sich durch ihren Widerstand gegen korrupte Leitung der politischen Entwicklung durch einige Geschäftspolitiker, wie sie ehemals gedroht, entschieden zur Wehr gesetzt hätten. Er hoffe, daß die Ehrlichkeit der amerikanischen Verwaltung durch das Frauenstimmrecht werde gehoben werden, ein Umstand, der übrigens mit der strikten Erfahrung Australiens und Neuseelands durchaus übereinstimmt.



Der Staat Kolorado in Amerika, der bekanntlich seit langem das Frauenstimmrecht besitzt, hat unter dem Einfluß dieser Institution kürzlich ein Mutterschaftsgesetz ge-

schaffen. Unbemittelte Mütter, seien sie ledig, verheiratet oder verwitwet, erhalten aus der Staatskasse wesentliche Unterstützungen, die ihnen die

Erhaltung der Kinder in deren ersten Lebensjahren erleichtern und ihnen selbst eine Stütze in dieser schweren Zeit gewähren.

TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

CHRONIK

DER Eugenik-Kongreß in London: Der in London abgehaltene Kongreß der Eugenics Education Society führte zur Errichtung eines internationalen Komitees.

Zweck der Bewegung ist es, die Gesetze der Vererbung innerhalb der menschlichen Gattung zu studieren und die erzielten Ergebnisse zu verbreiten. So sollen allmählich physiologische Methoden gefunden werden, die Veredlung der menschlichen Rasse auf dem Wege der Selbstzüchtung herbeizuführen; die Fortpflanzung Tüchtiger soll gefördert, die der Untüchtigen erschwert (in besonders extremen Fällen, wie bei Krüppeln, Alkoholikern, Schwachsinnigen, gefährlichen Verbrechern, unmöglich gemacht) werden. Unter den Referaten, die auf dem Kongresse gehalten wurden, sei dasjenige von Professor Vernon Kellog von der amerikanischen Stanford-Universität besonders genannt, in dem er den schädlichen Einfluß der Kriege auf die Entwicklung der Gattung dartut. Nicht nur die Tötung gerade der rassetüchtigsten Individuen im Kriege, sondern auch die Loslösung dieser rassetüchtigsten Elemente von der Möglichkeit rationeller Fortpflanzung während ihrer Friedensdienstzeit und die Verbreitung venerischer Krank-

heiten in den Kasernen sei der Rassenveredlung schädlich.

Andere Redner, wie der deutsche General v. Bardeleben, verteidigten demgegenüber den Krieg als Auslesefaktor, ohne jedoch die Sympathien der Versammlung gewinnen zu können.

Ein interessantes Referat wurde von Herrn Dr. Frederik Hoffmann über die verschieden weitgehende Fruchtbarkeit altamerikanischer und eingewanderter Familien in den Vereinigten Staaten gehalten. Die ersteren und speziell die protestantischen Familien der höheren Klassen haben nur wenige Kinder, die Eingewanderten, unter ihnen wieder besonders die Katholiken niedriger Volksklassen, viele. Hierdurch verschiebt sich der Schwerpunkt der amerikanischen Bevölkerung von jenen Volksgruppen, welche die freien Institutionen des Landes begründeten und ihre fortschrittliche Entwicklung gewährleisten, zu anderen, minderwerteten Bevölkerungselementen. Das gleiche Gesetz minderer Fruchtbarkeit höher kultivierter Menschen, das sich auch in Frankreich erwiesen, kommt in Amerika zur Geltung und nur entschiedene Maßregeln von seiten des Staates könnten dieser verderblichen Entwicklung, welche die höher kultivierten Völker und Klassen zu-

rücktreten läßt, die minder Kultivierten überwiegend zur Zeugung der künftigen Generation heranzieht, entgegenwirken.

Herr Blecken van Wagenen berichtete von den amerikanischen Staaten Indiana und Kalifornien über ihre Methode, die Fortpflanzung von Verbrechen zu verhindern. Sir John Mac Donell führte demgegenüber aus, daß die Verbrechen überwiegend aus sozialen Übelständen hervorgehen, nicht aus dem Vorhandensein gefährlicher Anlagen; nicht Behinderung der Verbrecher sich fortzupflanzen, sondern vielmehr Verbesserung der sozialen Bedingungen würde, wie das Beispiel der Schweiz beweist, dem Verbrechen wirksam entgegenwirken.



Die Weltzeit: Die internationale Zeitkonferenz, die kürzlich im Pariser Observatorium tagte, hat beschlossen, daß alle Beobachtungen über die Bestimmung und die Übermittlung der Zeit, die in den Observatorien der ganzen Welt gemacht werden, in Paris zentralisiert werden sollen. Die französische Hauptstadt besitzt, wie der Pariser Astronom Charles Nordman im „Matin“ ausführte, im Eiffelturm, ein unvergleichliches Hilfsmittel für die Aussendung der Stundensignale mit Hilfe der drahtlosen Telegraphie; dieses Meisterwerk der Technik leistet somit einen praktischen Dienst, an den bei seiner Erbauung niemand denken konnte. Obwohl die Stundensignale des Eiffelturmes bereits 6000 km weit ausgesandt werden, reichen sie doch für die entfernteren Orte noch nicht aus, und man hat eine Anzahl anderer Stationen gewählt, die über die ganze Erde verteilt sind und die die französischen Signale ergänzen sollen, indem sie in andern Zeiten Stundensignale aus-

schicken. Es wird also auf der Erde keinen Ort geben, an dem nicht wenigstens zweimal am Tage die Seeleute, die Forschungsreisenden, die Geometer, die Eisenbahnbehörden und die Uhrmacher die Zeit mit größter Genauigkeit feststellen können. Die ausgesandte Zeitangabe wird immer die des Anfangsmeridians von Greenwich sein. Als Stationen für die Aussendung von Zeitsignalen wurden von der Konferenz gewählt: Paris, San Fernando (Brasilien), Arlington (Vereinigte Staaten), Mogadiscio (Somaliküste), Manila (Philippinen), Timbaktu, Norddeich, Mas-sauah (Erythrea) und San Francisco. Die von der Konferenz getroffenen Bestimmungen bedürfen noch der Zustimmung der verschiedenen Regierungen.

Dr. J. M.



Esperanto-Statistik: Die deutsche Esper.-Liga zählt 192 Gruppen mit 6000 Mitgliedern; die British Esp. Assoc. 130, die 4—5000 Bekenner haben. In Frankreich gibt es 240 Sektionen mit 10 000 Anhängern. Auf der ganzen Erde sind 1600 Gruppen.



Esperanto und die Polizei: In Chemnitz in Sachsen tragen einzelne Schutzleute Abzeichen verschiedener Art auf dem linken Oberärmel, die beweisen, daß die Träger der Abzeichen in Esperanto ausgebildet sind oder Unterrichtskurse in französischer oder englischer Sprache absolviert haben, so daß sie sich mit Ausländern verständigen können. Die Abzeichen sind folgende: eine französische Flagge als Zeichen für die Kenntnis der französischen, die gekreuzten englisch-amerikanischen Flaggen für die Kenntnis der engli-

schen Sprache, der fünfzackige hellgrüne Esperantostern für die Kenntnis der Esperanto-Sprache.



Das „Englisch-Französische“.

Die allgemeine Bewegung nach synthetischer Sprachbildung hat in Frankreich letzthin eine drollige Blüte gezeitigt, das Englisch-Französische. Sein Verfasser meint, daß es für Franzosen und Engländer ohne weiteres verständlich sei und als Hilfssprache zwischen ihnen

dienen könne. Eine Probe mag erläutern, wieweit dies richtig ist:

In conclusion, permitt me todis that though many apparaiss to croy that langage be spécial créed for philologues and grammariens who decid its convenances, they oubli that after all langage in vertu of it's pouvoir to communiqu the pensees of un to the intelligence of another. If we pouv to etabliss an compromis langue which pouv to accompliss this in an pratiq façon, it be not nécessaire for we to craign such reproches as „linguistiq atrocité“ or „grammatical barbarité“.



BILDUNGSWESEN

EINAR BÖÖK, HELSINGFORS: KOMMUNALE ARBEITERBILDUNG IN FINNLAND.



In der Serie Freiburger staatswissenschaftlicher Forschungen hat Dr. Hertha Siemering neulich eine interessante Darstellung der Arbeiterbildung in Berlin und Wien gegeben. Die Verfasserin stellt in ihren Schlußbemerkungen die Übernahme der Arbeiterbildung in den Kreis kommunaler und staatlicher Aufgaben als ein Ziel der Zukunft hin.

Es ist wohl wenig bekannt, daß in Finnland kommunaler Arbeiterunterricht schon in mehreren Städten besteht. Darüber hier im folgenden einige Notizen.

Populärwissenschaftliche Vorträge wurden schon in den siebziger Jahren von jüngeren Mitgliedern der akademischen Kreise in Helsingfors veranstaltet. Fester wurde jene Aufklärungsarbeit organisiert, nachdem der Helsingforser Arbeiterverein gleich nach seiner Stiftung durch eine spezielle Unterrichtskommission Vortragsserien anordnete. Die Vorträge wurden, wie auch früher, sowohl in finnischer als in schwedischer Sprache gehalten.

Um das Jahr 1890 wurde die skandinavische, ursprünglich dänische Volkshochschulbewegung nach Finnland verpflanzt, und auf Initiative des damaligen Sekretärs der „Finnischen Gesellschaft für Volksaufklärung“, Dr. A. Granfelt, wurden vom Herbst 1891 an sogenannte Volkshochschulkurse in Helsingfors veranstaltet. Die finnischen Kurse wurden später von einer besonderen Vereinigung, dem Volkshochschulverein Helsingfors („Helsingin Kansanopistoseura“) übernommen. Die schwedischen Kurse sind

nunmehr von einigen Interessierten als „schwedische Volkshochschule in Helsingfors“ („Helsingfors svenska folkhögskola“) aufrechterhalten worden. Die Zahl der Zuhörer an diesen Kursen ist in den letzten Jahren verhältnismäßig gering gewesen. Ähnliche Kurse sind auch in andern Städten angeordnet worden.

Schon im Jahre 1898 fand man doch in Tampere (schwedisch Tammerfors), daß es vonnöten wäre, jenen Unterricht fester zu organisieren. Und wurde gleich kommunalisiert. Der Antrag von Freiherrn Dr. Yrjö-Koskinen auf Errichtung eines städtischen Arbeiterinstituts wurde von den Stadtverordneten einstimmig angenommen und das neue Institut am 16. Januar 1899 feierlich eröffnet.

Gleich nachher tauchte dieselbe Frage auch in Helsingfors auf; doch wollte man hier die Erfahrungen aus Tampere erst abwarten, zumal weil die Arbeiterbildung wissentlich zum ersten Male dort kommunal organisiert worden war. Seitdem haben die kommunalen Behörden in Helsingfors sich mehrmals — so 1903—04, 1907—08 und neuerdings — mit der Frage von der Errichtung eines städtischen Arbeiterinstituts auch in der Hauptstadt beschäftigt, ohne jedoch bisher zu positiven Ergebnissen zu gelangen. Jedenfalls schritt die Stadtverordnetenversammlung schon 1904 zur Anordnung von Vorlesungen auf Kosten der Stadt. Es werden zu diesem Zwecke jährlich zwei Kommissionen von Vertretern einiger fortschrittlichen und Arbeitervereine mit Vorsitzenden, die von den Stadtverordneten bestellt werden, eingesetzt und jene Kommissionen, eine für die schwedischen, die andere für die finnischen Vorlesungen, haben die praktischen Maßnahmen zur Veranstaltung der Vorträge, die meist in Serien gehalten werden, zu besorgen.

Das Herbstsemester dauert von Ende September bis Anfang Dezember, das Wintersemester von Ende Januar bis Mitte April. Für die finnischen Vorlesungen melden sich jedes Semester etwa 2 500 Zuhörer, für die schwedischen etwa 500. Bei so starkem Andrang wird immer derselbe Vortrag in verschiedenen Lokalen im Zentrum der Stadt und in den Arbeitervorstädten gehalten. Die Lokalkosten sind auch darum sehr hoch. Im ganzen hat die Stadt die letzten vier Jahre jedes Jahr 15 000 finnische Mark (= Franks) für die finnischen und 10 000 M. für die schwedischen Vorlesungen ausgeworfen.

Das jetzige System leidet aber gerade an Systemmängeln. Die steten Neuwahlen der Kommissionen und darum auch von Kursleitern gibt der Wirksamkeit ein Gepräge der Zufälligkeit. Man verlangt mit Recht größere Planmäßigkeit, festere Organisation der Arbeit. Und vor allem: man wünscht der Arbeiterbildung ein eigenes Heim, ein eigenes, geräumiges, zweckmäßiges Haus. Man wünscht mit einem Worte auch in der Hauptstadt ein städtisches Arbeiterinstitut zu schaffen.

Die Gegner oder Anzweifler dieser Idee können sich nicht mehr darauf berufen, daß das Tampere-Beispiel ein einzelnes wäre. Die Verfassungsreform vom Jahre 1906 und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts brachte die Bildungsbestrebungen in unserem Lande in immer kräftigeren Schwung, und die Folge war die Errichtung von städtischen Arbeiterinstituten in mehreren Städten — in Vasa 1906, in Oulu (Uleåborg) und Turku (Åbo) 1907, in Viipuri (Viborg) 1908 und in Kotka 1911. Auf Kosten der Gemeinde werden noch Arbeitervorlesungen veranstaltet, wenigstens in Pori (Björneborg), Pietarsaari (Jakobstad) und Joensuu. Der Unterschied zwischen den Arbeiterkursen und den Arbeiterinstituten wäre: erstens sind für die Institute

besondere Statuten von den Stadtverordneten erlassen worden, wo jene ausdrücklich als kommunale Institutionen anerkannt werden; zweitens sind für die Institute Vorsteher mit akademischer Bildung fest angestellt; drittens wird die Direktion eines Arbeiterinstituts entweder ganz, wie in Turku, Viipuri und Kotka, oder vorwiegend, wie in Tampere, Oulu und Vasa, von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzt; endlich wird so eine größere Planmäßigkeit und Kontinuität des Unterrichts selbst bewirkt.

Die popularwissenschaftlichen Vorträge bilden den Hauptteil des Unterrichts. Immer mehr ist jedoch der praktische Unterricht in fremden Sprachen, Rechnen, Buchführung und dergleichen hinzugetreten. Das Interesse des Publikums ist gewöhnlich nach der Neugier des ersten Jahres für kurze Zeit bedeutend schwächer geworden, hat sich aber dann allmählich und sicher gekräftigt und erhalten.

Wie schon oben erwähnt wurde, ist die Frage der Errichtung eines städtischen Arbeiterinstitutes in Helsingfors wieder unter Beratung. Und diesmal werden voraussichtlich auch unsere Hoffnungen in Erfüllung gehen. Der Stadt ist jüngst, eben zu diesem Zwecke, eine testamentarische Schenkung von etwa 130 000 M. zugefallen, die öffentliche Meinung nimmt den Plan schon als etwas Selbstverständliches hin, und so wird wohl die Hauptstadt Finnlands im Herbst 1914 der fest organisierten Arbeiterbildung die lichten Hallen eines eigenen Heims eröffnen.

CHRONIK

BUCHHANDEL und Volksbildung:*) Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß das Lesebedürfnis der großen Masse in falsche Wege geleitet worden ist. Dem Einfluß des Buchhändlers entzog sich die Masse und verfiel den übel berüchtigten Schundliteraturheften. Nachdem schon Reclam, Meyer, Hendel und andere versucht hatten, der Masse das billige Buch zu bringen, sind die billigen guten Büchersammlungen wie Pilze aus der Erde emporgewachsen, ohne aber die Verbreitung zu finden, die ihnen zukäme und die wünschenswert ist. Es scheint, als ob das Sortiment

bei dem Vertrieb dieser billigen Bücher versagt habe. Man muß hierbei berücksichtigen, daß eine starke und tätige Verwendung des Sortiments für diese billigen guten Sammlungen aus wirtschaftlichen Gründen auch wohl kaum möglich ist. Verschiedene Wege sind daher von den Volksbildungsvereinen eingeschlagen worden, um das zu erreichen, was dem Sortiment bisher nicht möglich war, nämlich die Massenverbreitung der guten und billigen Sammlungen in die Wege zu leiten. Der Buchhandel hat diesen Bestrebungen teils mißtrauisch zugesehen, teils sich ihnen auch feindlich entgegengestellt. Ein solcher Zwist liegt aber weder im Interesse des Buchhandels noch der Volksbildungsbestrebungen. Gestützt auf ein reiches, durch Umfrage

*) Walter Assmus, „Buchhandel und Volksbildung“. (Kultur und Fortschritt) 451, 52.) F. Dietrich, Gautzsch b. Lpz. 0,50 M.

bei den in Frage kommenden Verlegern und Volksbildungsvereinen gewonnenes Tatsachenmaterial habe ich mich in der vorliegenden Broschüre bemüht zu zeigen, was bisher geschehen ist zur Verbreitung der billigen Sammlungen durch Jahrmarktsbuden, Bücherausstellungen, Volksbuchhandlungen usw. und wie sich durch Zulassung von Volksbildungsvereins - Buchhandlungen und auch bei Jahrmarktsbuden und Ausstellungen ein Zusammenarbeiten der beiden feindlichen Brüder zum Besten des Ganzen sehr wohl ermöglichen läßt.

Walter Assmus.
Berlin.

Wechselseitige Unterstützungsvereine in den belgischen Schulen: In Belgien haben sich die französischen „Mutualités Scolaires“ (wechselseitige Unterstützungsvereine der Schuljugend) vollkommen eingebürgert, und jeden Montag zieht der Schullehrer bei allen Kindern, welche den Verbänden beigetreten sind, 8 Pfennige für deren Zwecke ein.

Dieses System hat den Nachteil, daß die Kinder der Armen, die von ihren Eltern die nötigen Summen nicht ausgefolgt erhalten, in dieser Angelegenheit wie ausgeschlossen beiseite stehen, wodurch die Kluft zwischen Arm und Reich wieder

einmal unangenehm betont wird. Zum Ausbau der Schülerunterstützungsvereine haben sich in Belgien Wohltätigkeitsvereine gebildet, die im Namen jedes, selbst nicht zahlungsfähigen Kindes die betreffenden Beiträge erlegen, wodurch diesen Kindern außerdem auch der Bezug unentgeltlicher Arzneimittel und die künftige Altersrente gesichert wird.

Arbeiterfortbildungskurse in Frankreich: Die Stadtgemeinde Tourcoing in Nordfrankreich betreibt seit einer Reihe von Jahren mehrere Gewerbeschulen und Fortbildungskurse für die arbeitende Bevölkerung, welche einen überaus umfassenden Charakter angenommen haben. Wesentliche private Stiftungen gesellen sich zu den städtischen Mitteln und ermöglichen die Unterhaltung einer Mittelschule und einer Handelsschule, in denen unentgeltlicher Unterricht erteilt wird. An diese Schulen schließen sich dann praktische Kurse an, die nicht nur von jungen Leuten, sondern auch von erwachsenen Arbeitern besucht werden können. Diese werden in verschiedenen Räumen für Lehrlinge und für Erwachsene abgehalten; besonders die letzteren wenden sich mit großer Begeisterung diesen Kursen zu.